



BMVBS-Online-Publikation, Nr. 17/2013

Gewalt und Kriminalprävention in der Sozialen Stadt

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

Wissenschaftliche Begleitung

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin
Susanne Glöckner

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Dr. Rupert Kawka

Bearbeitung

empirica ag
Dr. Marie-Therese Krings-Heckemeier,
Maike Heckenroth, Timo Heyn

unter Mitarbeit von:

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.
Dirk Baier

Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

Zitierhinweise

BMVBS (Hrsg.): Gewalt und Kriminalprävention in der Sozialen Stadt.
BMVBS-Online-Publikation 17/2013.

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist nicht unbedingt mit der
des Herausgebers identisch.

ISSN 1869-9324

© BMVBS Oktober 2013

Ein Projekt des Forschungsprogramms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau
(ExWoSt)“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
betreut vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt
für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Inhaltsverzeichnis

1.	Das Forschungsprojekt „Gewalt- und Kriminalprävention in der Sozialen Stadt“	3
1.1	Kurzfassung	3
1.2	Abstract	5
1.3	Hintergrund	6
1.4	Aufgabenstellung	8
1.5	Untersuchungsdesign	9
2.	Die kleinräumige Perspektive im Stand der Wissenschaft	12
2.1	Stadtteile als Sozialisations- versus Gelegenheitskontext	12
2.2	Die Initialstudie	13
2.3	Die weitere Systematisierung	14
2.4	Die Gleichaltrigengruppe als entscheidender Akteur	15
2.5	Eine experimentelle Überprüfung	16
2.6	Die Situation in Deutschland	17
3.	Zum Hintergrund der kommunalen Kriminalprävention in Deutschland	18
3.1	Kategorisierung des Präventionsbegriffs	18
3.2	Kommunale Kriminalprävention als Querschnittsaufgabe	20
3.3	Subjektive Unsicherheit als Gradmesser für Handlungsansätze	22
3.4	Zusammenhänge zwischen Kriminalitätsfurcht und Wohnzufriedenheit	22
4.	Empirische Untersuchungen: Aus der Praxis lernen	23
4.1	Kleinräumige Sonderauswertung der bundesweiten Dunkelfeldbefragung von Schülern	23
4.1.1	Die Schülerbefragung des KFN	23
4.1.2	Ein neuer räumlicher Ansatz zur Charakterisierung von Schuleinzugsbereichen	24
4.1.3	Zusammenführung der Dunkelfeldbefragung mit Schuleinzugsbereich-Charakteristik	25
4.1.4	Benachteiligte Stadtgebiete und Jugenddelinquenz	31
4.1.5	Familiäre Armut und delinquentes Verhalten	39
4.1.6	Migration und Delinquenz	40
4.1.7	Opferschaft und sozialräumliche Zusammenhänge	41
4.1.8	Extremgruppenvergleich	41
4.1.9	Zwischenfazit	44
4.2	Gewalt- und Kriminalprävention in den Soziale Stadt-Programmgebieten	45
4.2.1	Relevanz des Themas Gewalt- und Kriminalprävention in den Soziale Stadt-Programmgebieten	45

4.2.2	Große Bedeutung der Aspekte Unsicherheitsgefühl und negatives Image	46
4.2.3	Praxisbeispiele: Bauliche Maßnahmen als Antwort auf Unsicherheitsgefühle und negatives Außenimage	49
4.2.4	Öffentliche Plätze und Grünanlagen in besonders problematischen Sozialräumen	54
4.2.5	Praxisbeispiele: Aufwertung öffentlicher Plätze und Grünanlagen	55
4.2.6	Sichtbare Formen von Gewalt und Kriminalität im öffentlichen Raum	64
4.2.7	Weniger sichtbare Formen von Gewalt und Kriminalität im öffentlichen Raum	65
4.2.8	Praxisbeispiel: Maßnahmen gegen familiäre Gewalt	67
4.2.9	Jugendliche und junge Erwachsene als dominante Täter und Opfer	68
4.2.10	Praxisbeispiele: Kriminalpräventive Maßnahmen zur Einbindung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen	72
4.2.11	Gewalt und Kriminalität – ein Thema an Schulen	76
4.2.12	Praxisbeispiele: Maßnahmen an Schulen	78
4.2.13	Institutionalisierte Formen der Kriminalprävention	86
4.2.14	Praxisbeispiel: Steuerungsstrategie „Communities that Care“	86
4.2.15	Quartiersmanager als wichtigster Kooperationspartner vor Ort	88
4.2.16	Praxisbeispiele: Verschiedene Formen der Kooperation	89
4.2.17	Wirkungen des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt für die Gewalt- und Kriminalprävention aus Sicht der Experten	99
4.2.18	Finanzierung der Maßnahmen	101
5.	Workstattgespräch mit Experten	103
5.1	Zusammenhänge von Kriminalprävention und Sozialraum	103
5.2	Das Quartier als zentrale räumliche Ebene für konkrete integrierte Maßnahmen der Kriminalprävention	104
5.3	Quartiersmanagement als Scharnier der querschnittsorientierten Entwicklung	105
5.4	Beobachtung und Erfassung von Wirkungen	107
5.5	Lokales Engagement als wichtige Ressource der Gewalt- und Kriminalprävention	107
5.6	Ressortübergreifende Zusammenarbeit auf Landes- und lokaler Ebene	108
5.7	Integrierte Quartiersentwicklung mit Kriminalprävention als kommunale Pflichtaufgabe?	109
5.8	„Communities That Care“ als geeignetes Instrument zur Ergänzung bzw. Präzisierung der integrierten präventiven Ansätze in der Sozialen Stadt	110
5.9	Soziale Stadt als Rahmen für sozialräumliche Kriminalprävention	110
6.	Fazit und Empfehlungen “Gewalt- und Kriminalprävention in der Sozialen Stadt“	111
7.	Literaturverzeichnis	116

1. Das Forschungsprojekt „Gewalt- und Kriminalprävention in der Sozialen Stadt“

1.1 Kurzfassung

Im Rahmen des Forschungsprogramms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) „Gewalt- und Kriminalprävention in der Sozialen Stadt“ wurde geprüft, welche Relevanz die Themen Sicherheit, Gewalt und Kriminalität auf der Stadtteilebene haben, insbesondere in den Fördergebieten der Sozialen Stadt. Hierzu wurden Zusammenhänge und Wirkungen von Kriminalität und Gewalt im sozialräumlichen Kontext u.a. auf Basis einer bundesweiten Dunkelfeldbefragung durchleuchtet, eine Bestandsaufnahme zur kommunalen Praxis im Umgang mit quartiersbezogenen Aufgaben der Kriminalprävention durchgeführt, Fallstudien recherchiert und dokumentiert sowie Expertengespräche geführt. Die Forschungsstudie zielt dabei nicht auf eine Theoriebildung, sondern greift die analytischen Erkenntnisse auf, um diese mit den gebietsbezogenen Ansätzen aus der Praxis zu verknüpfen. Unter diesen Leitgedanken werden in der Studie Lösungsansätze vorgestellt, die im Kontext der städtebaulichen Aufwertung schwieriger Stadtteile und Unterstützung ihrer Wohnbevölkerung zum Ziel hatten, das Lebensumfeld zu verbessern. Im Hinblick auf die Aktivierung des Sozialraums geht es zudem um präventive Ansätze und Maßnahmen, mit denen Selbstverantwortung auch unter schwierigen familiären und sozialräumlichen Bedingungen gestärkt und gewaltbereites Verhalten verhindert werden kann.

Die empirische Überprüfung kleinräumiger Zusammenhänge anhand der Sonderauswertung der KFN-Dunkelfeldbefragung bestätigte zunächst den bisherigen Forschungsstand in Deutschland, dass kein sehr ausgeprägter Zusammenhang zwischen Benachteiligung des Stadtteils und der Delinquenzneigung besteht. Deutlich wird hingegen, dass gering belastete Stadtteile für benachteiligte Familien einen Schutzeffekt bedeuten. Zudem bestätigte sich, dass sich sozialräumliche Benachteiligung auf die Wahrnehmung der Kriminalität (Kriminalitätsfurcht) auswirkt. Bei den Schülern identifizierter Soziale Stadt-Gebiete werden höhere Delinquenzbelastungen gemessen als in vergleichbaren Gebieten, die nicht Soziale Stadt-Gebiete sind. Auffällig ist gleichzeitig der Befund einer geringeren Kriminalitätsfurcht bei den Schülern der Soziale Stadt-Gebiete gegenüber vergleichbaren Gebieten. Ein Grund könnte sein, dass z.B. städtebauliche Maßnahmen im Rahmen der Sozialen Stadt die Wahrnehmung bereits positiv beeinflusst haben, während Veränderungen von Sozialisationsfaktoren durch soziale Maßnahmen eher langfristig wirken.

In den befragten Soziale Stadt-Gebieten spielt das Thema Gewalt- und Kriminalität in 86% der Programmgebiete eine Rolle. Allerdings konnte nur in etwa jedem zehnten der befragten Gebiete Krimi-

nalität anhand statistischer Daten belegt werden. Die Relevanz der Themen Sicherheit, Gewalt und Kriminalität sind in den befragten Soziale-Stadt-Gebieten vor allem einem subjektiven Unsicherheitsgefühl geschuldet und stehen in enger Verbindung zu einem negativen Außenimage des Quartiers. Nur in etwa einem Drittel der Gebiete sind konkrete Ereignisse im Stadtteil vorgefallen, in deren Folge die Themen Sicherheit, Gewalt und Kriminalität relevant wurden. Die Maßnahmen im Rahmen des Programms Soziale Stadt zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention sind vielfältig und liegen schwerpunktmäßig in der Verbesserung der sozialen Infrastruktur, des Freiflächen- und Spielflächenangebots, der Verbesserung der Wohnverhältnisse, des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raumes sowie im Stadtteilmanagement und der Unterstützung bewohnergetragener Projekte. Konkrete Maßnahmen zur Beseitigung von städtebaulichen Angsträumen und für eine sichere Stadt wurden seltener durchgeführt. Bei gut der Hälfte der Programmgebiete spielt eine institutionalisierte Form der Kriminalprävention eine Rolle. In einer Vielzahl der Programmgebiete gibt es Arbeitskreise, Bündnisse oder Runde Tische, die sich mit der Thematik auseinandersetzen. Die beteiligten Akteure reichen von Verwaltung, sozialen Trägern, Wohnungsunternehmen, Polizei, Schule, Kirche bis hin zu Gewerbetreibenden und engagierten Bewohnern. Insgesamt wurde das Programm Soziale Stadt sehr positiv bewertet. So hat sich laut Befragung in über 90% der Programmgebiete das Image des Stadtteils verbessert. In gut 90% der Projektgebiete werden positive Veränderungen an Schulen und in Jugendeinrichtungen als Folge der Projektarbeit gesehen. In fast zwei Dritteln der Programmgebiete hat sich seit Aufnahme in das Programm Soziale Stadt das Sicherheitsgefühl deutlich verbessert.

Die Fallstudienanalysen verdeutlichen, dass die Programmgebiete der Sozialen Stadt mit dem integrierten Gebietsentwicklungsverständnis einen geeigneten Rahmen bieten, um querschnittsorientierte kriminalpräventive Maßnahmen und Strategien umzusetzen. Eine zentrale Strategie des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt ist, durch überwiegend bauliche Maßnahmen, die sich auf die Gesamtentwicklung des Quartiers ausrichten, eine Basis für das „Andocken“ von Programmen anderer Ressorts zu bieten. So wurden (Frei-) Räume geschaffen, die durch Bildungs- und Freizeitangebote anderer Ressorts „bespielt“ und als Orte qualifiziert wurden, die z.B. auf die Akzeptanz von Jugendlichen stoßen und damit kriminalpräventiv wirksam sind. Kriminalprävention sollte daher auch zukünftig als ein querschnittsorientierter Baustein der Gebietsentwicklung im Rahmen der Sozialen Stadt verankert sein. Aus diesem Grund sollte kein zusätzliches Gebietsprogramm mit kriminalpräventivem Schwerpunkt initiiert werden. Vielmehr sollte der erfolgreiche Einsatz noch stärker mit weiteren, bestehenden Programmen für die Arbeit vor Ort gebündelt werden. Die vorhandenen Programme und Instrumente sollten durch eine intensivere ressortübergreifende Abstimmung und gegenseitige Kompatibilität mit Blick auf die quartiersbezogenen kriminalpräventiven Aufgaben qualifiziert werden.

1.2 Abstract

The aim of the “ExWoSt”-research program “Prevention of violence and crime in “Social City” areas” was to check the relevance of the issues of safety, violence and crime on a neighborhood level, with a focus on neighborhoods’ receiving urban regeneration grants. The study investigated the connections and impacts of crime and violence in the socio-spatial context. Research elements were amongst others, a nationwide self-reported delinquency survey, taking an inventory of municipal practices in dealing with their neighborhood related tasks of crime prevention, researching and documenting case studies as well as interviews with experts. The study does not try to build new theories but takes up the analytical findings in order to link them with practical neighborhood related approaches. Following this leitmotif the study presents approaches of how to improve the situation of residents and their environment in the context of urban regeneration. Moreover, it shows preventive approaches and measures that strengthen self-responsibility even in difficult family situations and under difficult socio-spatial-conditions and avert violent behavior.

The insights gained from spatial analysis of the nationwide self-report delinquency survey confirmed the current state of research: there is no strong connection between the deprivation of neighborhoods and the delinquency level. However, neighborhoods with low levels of deprivation prove to have a protective effect on disadvantaged families. In addition, the idea that deprivation influences the perception of crime (and the fear of) could be confirmed. For adolescents living in “Social City”-areas higher delinquency levels could be found than amongst their peers in comparable areas not receiving regeneration grants. Striking is however the finding of a lower fear of crime amongst adolescents in “Social City” areas compared to adolescents in similar neighborhoods. One could argue that measures of the regeneration program already led to positive changes in perception while social measures trying to change socialization factors take longer to become effective.

The issue of violence and crime played a role in 86% of all “Social City” areas that took part in the survey. However, in only one in ten areas, crime was reflected in official statistics. The relevance of the issues of safety, violence and crime in the survey areas is rather result of a personal feeling of insecurity and is closely related to a negative image of the neighborhood. Only in about a third of all areas events actually occurred that made the issues of safety, violence and crime important. There is a great variety of crime prevention measures applied within the “Social City”-Program. The emphasis lies usually on the improvement of social infrastructure, of open space and recreational facilities, the improvement of housing conditions and semi-private and public spaces as well as the management of the neighborhood and support of residents’ projects. Specific measures improve places that feel unsafe to people were more rare. Different forms of institutionalized violence prevention played a role in more than 50% of “Social City”-areas. In many program areas, there are workings groups, alli-

ances or roundtables dealing with the subject. Stakeholders involved range from administration, social agencies, housing companies, the police, schools, churches to tradesmen and committed residents. The overall judgment of the program “Social City” was very positive. According to the survey, the image of the neighborhood has improved in more than 90% of all program areas. In 90% of the areas, positive changes in schools and youth facilities are attributed to the project activities. In almost two third of the program areas, the feeling of security has significantly improved since the local program started.

The case studies highlight, that “Social City” program areas with their concept of integrated neighborhood development provide a suitable framework for implementing multi-disciplinary measures and strategies of crime prevention. It is a central strategy of the “Social City”-program to use construction activities and projects dedicated to the development of the whole neighborhood as a basis for docking programs of other fields or departments. So, creating new open spaces subsequently used for educational and leisure programs led to an improvement of these places that are accepted by the youth and become effective as crime prevention. Crime prevention is hence recommended as an interdisciplinary component of neighborhood development in the “Social City”. Therefore, an additional program with a focus on crime prevention should not be initiated. In the future, the already successful approach is rather to be combined with further existing programs for on-the-ground implementation. Existing programs and tools should be qualified through a more intense inter-departmental coordination and mutual matching with a view on neighborhood-related crime-preventive tasks.

1.3 Hintergrund

Gewalt und Kriminalität gefährden die Stabilität des Zusammenlebens in Städten und Gemeinden. Dies trifft insbesondere auf benachteiligte Stadt- und Ortsteile zu. Dabei gehört die Sicherheit im unmittelbaren Wohnumfeld zu den grundlegenden Bedürfnissen der Bürger.¹ Studien über die Entwicklung deutscher Städte konstatieren eine sozialräumliche Ungleichverteilung, indem sie z.B. aufzeigen, dass sich Jugendliche aus segregierten Wohnquartieren häufiger straffällig verhalten als andere Jugendliche (Baier/Pfeiffer/Rabold 2008). Geringe Bildungserfolge und damit verbundene Perspektivlosigkeit schüren Aggressivität. Schlechte schulische Integration erhöht die Gewalttäterquote um ein Viertel (Baier, Rabold 2009a). Außerdem wird in einigen Studien nachgewiesen, dass es sozi-

¹ Erläuterung zum Sprachgebrauch: Wenn in diesem Text z.B. von Bürgern oder Bewohnern die Rede ist, so schließt dies die Bürgerinnen und Bewohnerinnen mit ein.

alträumliche Unterschiede bei den Einschätzungen von Jugendlichen sowie Erwachsenen im Hinblick auf Unsicherheitsgefühle und Kriminalitätserfahrungen gibt (Baier, Rabold 2009b).

Es gibt also Anhaltspunkte dafür, dass es sozialräumlich wirkende Einflussfaktoren auf Gewalt und andere Straftaten gibt. Der sozialraumorientierte Ansatz kann daher eine wichtige Rolle bei Präventionsmaßnahmen spielen.

In einer Difu-Umfrage (2011) bei Ordnungs- und Stadtplanungsämtern wurde mit jeweils über 80 % die Jugendarbeit als häufigste sozialräumliche Maßnahme genannt. Auch wenn die Häufigkeit der Delikte bei Jugendlichen nicht höher als bei älteren Personen ist (Kunz 2011), so führen die von Jugendlichen begangenen Delikte häufiger zu einer erhöhten Kriminalitätsfurcht oder einem Unsicherheitsgefühl in der Nachbarschaft. Daher zielen sozialräumliche Maßnahmen der Kriminalprävention häufiger auf Jugendliche ab.

Wie in zahlreichen segregierten Stadtquartieren spielen auch in einigen Gebieten des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt die Themen Sicherheit, Gewalt- und Kriminalitätsprävention eine Rolle. So wird in der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2012 explizit formuliert, dass zur Stabilisierung und Aufwertung von benachteiligten Gebieten u.a. Maßnahmen zählen bzw. gefördert werden können, die die Sicherheit im Quartier erhöhen. Ein zentraler Eckpfeiler der Sozialen Stadt ist der sozialraumorientierte Ansatz.

Es stellt sich die Frage, welchen Einfluss dieser Ansatz auf die Kriminalitätsprävention in den Programmgebieten hat. Im Rahmen dieses Ansatzes gibt es mehrere Möglichkeiten, die Sozialräume zu aktivieren (z.B. als Anerkennungsräume für sozial schwache Bewohner) und die sozialen Kompetenzen zu verbessern (z.B. Verbesserung von Bildungs- und Ausbildungschancen). Allerdings werden i.d.R. die Themen Gewalt und Kriminalität weder bei der Analyse noch bei der Formulierung von Handlungsfeldern ausdrücklich genannt. Auch wenn Kriminal- und Gewaltprävention keine isolierten Handlungsschwerpunkte der Sozialen Stadt sind, tragen viele Maßnahmen direkt und indirekt dazu bei, die Bereitschaft zur Gewalttätigkeit und Kriminalität zu verringern. Ein anderer Grund, warum Gewalt und Kriminalität bei der Analyse und Charakterisierung der Gebiete selten eine Rolle spielen, ist der Mangel an objektiven Datengrundlagen (Datenschutz, Präzisierung und Interpretation der Kriminalstatistik etc.).

Vor diesem Hintergrund gilt es, bei der Studie im Rahmen des Forschungsprogramms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) „Gewalt- und Kriminalprävention in der Soziale Stadt“ zu prüfen, welche Relevanz die Themen Sicherheit, Gewalt und Kriminalität auf der Stadtteilebene in den Fördergebieten haben. Neben einer Bestandsaufnahme zur kommunalen Praxis im Umgang mit quartiersbezogenen Aufgaben der Kriminalprävention werden auch Zusammenhänge und Wirkungen von

Kriminalität und Gewalt im sozialräumlichen Kontext durchleuchtet. Nicht zuletzt, weil die amtliche Statistik auf sozialräumlicher Ebene nur eingeschränkt aussagefähig ist (u.a. Dunkelfeld, Datenschutz), bestehen bisher erhebliche Unsicherheiten bei der Interpretation von Zusammenhängen. Mit der vorliegenden bundesweiten Studie wird untersucht, inwieweit das Wohnumfeld bei der Prävention von Gewalt und anderen Straftaten eine Rolle spielt. Die räumlichen Zusammenhänge unterschiedlicher Einflussfaktoren auf das Aufwachsen und die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen bilden einen analytischen Schwerpunkt, um das Verständnis für die Entstehung krimineller Verhaltensweisen zu vertiefen. Die Studie zielt dabei nicht auf eine Theoriebildung, sondern greift die analytischen Erkenntnisse auf, um diese mit den gebietsbezogenen Ansätzen aus der Praxis zu verknüpfen.

1.4 Aufgabenstellung

In vielen Gebieten des Städtebauförderprogramms Soziale Stadt spielen die Themen Gewalt- und Kriminalprävention eine Rolle. In diesen Quartieren wird der sozialräumliche Ansatz oft bereits seit Jahren erprobt und wissenschaftlich begleitet. Das Ziel dieser Studie, die Kriminalitätssituation im sozialräumlichen Kontext zu analysieren, kann von diesen langjährigen Erfahrungen in den Quartieren profitieren. Dabei ist die Bandbreite der Forschungsfragen breit gefächert. Im Folgenden werden die inhaltlichen Themenschwerpunkte drei Analyseschritten zugeordnet:

- Bestandsanalyse der Kriminalitätssituation im sozialräumlichen Kontext, insbesondere in Gebieten der Sozialen Stadt
- Programmaßnahmen zur Gewaltprävention in Gebieten der Sozialen Stadt
- Wirkung der Programmaßnahmen zur Gewaltprävention in Gebieten der Sozialen Stadt

Die Fragen, die sich bei der Bestandsanalyse im sozialräumlichen Kontext stellen, beziehen sich zunächst auf die Bewohner selbst. Es stellt sich die Frage, inwieweit zwischen Bewohnern/Bewohnergruppen in Programmgebieten der Sozialen Stadt als „Tätern“ bzw. „Opfern“ von Gewalt unterschieden werden muss. Weiterhin ist es ein wichtiger Baustein der Bestandsanalyse zu unterscheiden, welche Arten/Formen von Kriminalität in Soziale Stadt-Gebieten unterschieden werden können sowie die Frage nach den vorhandenen Informationen darüber (Statistiken, Anzeigen, individuelle Kenntnisse) und von welchen „Dunkelziffern“ ausgegangen wird.

Mit der Studie soll auch untersucht werden, welche Rolle der Begriff des „subjektiven Unsicherheitsgefühls“ im Zusammenhang mit dem Thema Kriminalität in der Sozialen Stadt einnimmt und welche Auswirkungen Kriminalität auf Programmgebiete der Sozialen Stadt (Image, Entwicklungsmöglichkeiten etc.) haben kann.

Anhand der Kommunalbefragung von Projektverantwortlichen der Sozialen Stadt wird in einem zweiten Themenblock nach Instrumenten und institutionalisierten Formen der Kriminalprävention gefragt. In einigen Soziale Stadt-Gebieten existieren z.B. Präventionsbeiräte oder andere Akteursbündnisse. In den untersuchten Praxisbeispielen wird vertieft dargestellt, welche Projekte, Maßnahmen und Strategien sich mit dem Thema Gewalt, Kriminalität und Prävention in den Gebieten auseinandersetzen und welche Erfolge damit erzielt werden können. Hierbei ist es besonders wichtig darzustellen, welche Rolle Akteure wie Bewohner, Vertreter von Kitas und Schulen, Mitarbeiter des Jugendamtes/der Sozialen Dienste, der Polizei und von Wohnungsunternehmen dabei spielen.

Bei der Einschätzung der Wirkungen der Programmmaßnahmen für Gewaltprävention muss neben den erzielten Erfolgen der bisherigen Projekte und Maßnahmen der Gewalt-/Kriminalitätsprävention auch dargestellt werden, welche ergänzenden Förderprogramme im sozialräumlichen Ansatz gebündelt wurden und wie die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt.

1.5 Untersuchungsdesign

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurde zunächst die sozialräumliche Relevanz von Gewalt- und Kriminalprävention aus wissenschaftlicher Sicht betrachtet. Dabei wurden zwei Aspekte unterschieden: einerseits die subjektive Wahrnehmung und Kriminalitätsfurcht und andererseits die Einflüsse auf Sozialisation und das Aufwachsen mit unterschiedlichen Normen. Im Rahmen einer Literaturanalyse wurden wissenschaftlich belegte Zusammenhänge sichtbar gemacht und darüber hinaus bestehende offene Fragen und bisherige Grenzen wissenschaftlicher Arbeiten verdeutlicht. Ergänzend wurde eine Sonderauswertung der Schülerbefragungen des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V. (KFN) durchgeführt. Dies ermöglicht es, bundesweit erhobene Individualdaten zu Gewalt- und Kriminalitätserfahrungen nach quartierspezifischen Ausprägungen auszuwerten und Einflussfaktoren in ihrem räumlichen Zusammenhang zu erfassen. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf eigenen empirischen Untersuchungen: Befragung aller Kommunen, die am Programm Soziale Stadt partizipieren, sowie Analysen verschiedener stadtteilbezogener Fallstudien. Nach Abschluss der empirischen Erhebungen wurde ein ressortübergreifendes Fachgespräch durchgeführt. Im Folgenden sind die verschiedenen Untersuchungsbausteine dargestellt.

Literaturanalysen

Mit der Auswertung verfügbarer wissenschaftlicher Studien, Gutachten und Konzepte wurden die vorhandenen Kenntnisse zur Gewalt- und Kriminalitätsausprägung im Sozialraum/Quartier strukturiert aufbereitet. Dabei galt es, wissenschaftlich belegte Zusammenhänge sichtbar zu machen, aber auch bestehende offene Fragen und bisherige Grenzen wissenschaftlicher Arbeiten aufzuzeigen. Ein

Blick zum Thema im anglo-amerikanischen Raum ergänzt die Aufbereitung ausgewählter Erkenntnisse.

Sonderauswertungen der KFN-Schülerbefragungsdaten

Die Sonderauswertung umfasst eine gebietsspezifische Auswertung der Dunkelfelderhebungen des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V. (KFN) an über 1.200 Schulen. Die Einzugsbereiche der Schulen wurden in dem jeweiligen städtischen Kontext nach baulichen und sozialen Kriterien charakterisiert. Anschließend erfolgte eine Sonderauswertung der Schülerbefragungen nach unterschiedlichen Einzugsbereichstypen der Schulen. Über die Kombination mehrerer Standortkriterien konnten insbesondere „schwierigere“ Schulstandorte von übrigen Schulstandorten unterschieden werden. Die Auswertung erfolgte für Schülerinnen und Schüler der 9. und der 4. Klassen. Bei den jüngeren Schülern standen Verhaltensprädiktoren im Vordergrund, d.h. Merkmale, die eng mit späteren auffälligen und gewaltbereiten Verhaltensmustern verknüpft sind.

Internetgestützte Befragung aller Programmgebiete der Sozialen Stadt

Im Rahmen der internetgestützten Befragung wurde geprüft, inwieweit die Programmgebiete Soziale Stadt von Gewalt und Kriminalität betroffen sind, welchen Stellenwert die Thematik bei der Gebietsentwicklung hat und mit welchen konkreten Ansätzen und Instrumenten der Problematik begegnet wird. Insgesamt wurden 603 Programmgebiete angeschrieben, mit 31,8 % (192 Gebiete) ist die Rücklaufquote hoch. In einigen Bundesländern und Stadtstaaten lag der Rücklauf bei über 50 %.

Rund 41 % der Programmgebiete, die sich an der Online-Befragung beteiligt haben, sind zehn Jahre und länger im Programm Soziale Stadt. Jeweils etwas mehr als ein Viertel der Gebiete ist ein bis fünf Jahre sowie sechs bis neun Jahre im Programm Soziale Stadt. Es haben sich sowohl kleinere als auch größere Programmgebiete an der Befragung beteiligt, darunter rd. 17 % mit weniger als 2.500 Einwohnern und etwa 7 % mit mehr als 20.000 Einwohnern. Die Einwohnergrößen der anderen Gebiete verteilen sich etwa zu je einem Viertel auf die Größenklassen 2.500 bis 5.000 Einwohner, 5.000 bis 10.000 Einwohner sowie 10.000 bis 20.000 Einwohner.

Fallstudien

Die Erfahrungen der Akteure vor Ort sind von großer Relevanz für die Beantwortung der Forschungsleitfragen. Im Rahmen einer detaillierten Analyse von bundesweit 11 ausgewählten Fallstudien wurden Aussagen zu unterschiedlichen Formen der Kriminalität bzw. Unsicherheit in den Gebieten untersucht. Außerdem wurden Hinweise zum Einfluss kriminalpräventiver Maßnahmen und der Einsatz unterschiedlicher Instrumente und potentieller Kooperationsformen geprüft. Im Ergebnis wurden

gelungene, übertragbare Lösungsansätze dokumentiert, Hemmnisse aufgezeigt sowie Handlungsempfehlungen abgeleitet.

Von den 192 Programmgebieten, die an der Online-Befragung teilgenommen haben, waren 37 Gebiete interessiert, als Fallstudien weiterführend analysiert zu werden. Für diese Gebiete wurden Steckbriefe erarbeitet, um eine Vergleichbarkeit und Auswahlgrundlage zu schaffen. Die Bewertung der Fallstudien erfolgte anhand der ausgefüllten Online-Fragebögen, zum Teil wurden Nachrecherchen per Internet und Telefon durchgeführt. Hierbei spielten folgende Aspekte eine besondere Rolle:

- Rolle des Themas (subjektive Unsicherheit, konkrete Ereignisse, Opfer/Täter)
- Überdurchschnittliche Betroffenheit
- Verortung von problematischen Sozialräumen
- Formen und Häufigkeit von Gewalt und Kriminalität
- Aufgeführte Maßnahmen und deren Bewertung

Abbildung 1: Fallbeispiele für Maßnahmen der Gewalt- und Kriminalprävention in der Sozialen Stadt



Vor-Ort-Analysen

Die Ergebnisse der Online-Befragung und Auswertung zusätzlicher zur Verfügung gestellter Unterlagen (z.B. integrierte Handlungskonzepte, Evaluationsberichte) wurden bei den jeweils eintägigen Vor-Ort-Besuchen in den Fallstudien-Gebieten rückgespiegelt und mit den verantwortlichen Experten in den Quartieren diskutiert. Experten waren sowohl Quartiersmanager, Mitarbeiter des Jugendamtes/der Sozialen Dienste, der Polizei, von aktiven Trägern, Vereinen, Mitarbeiter von Kitas und Schulen etc. In der Regel wurden Gespräche mit zwei bis fünf Personen vor Ort geführt, in einzelnen Fällen waren die Expertenrunden auch größer. Zusätzlich fanden jeweils Vor-Ort-Begehungen mit fotografischer Bestandsaufnahme statt.

Die Aufbereitung der Informationen erfolgte in kurzen Erfahrungsberichten zu spezifischen Themen, die in den jeweiligen Fallstudien eine besondere Rolle gespielt haben oder aber besonders erfolgreich bearbeitet wurden.

2. Die kleinräumige Perspektive im Stand der Wissenschaft

2.1 Stadtteile als Sozialisations- versus Gelegenheitskontext

Die Frage, inwieweit sozialräumliche Bedingungen die Entstehung delinquenten Verhaltens beeinflussen, beschäftigt die kriminologische Forschung bereits seit Anfang des 19. Jahrhunderts. Sozialräumliche Einheiten (zumeist Stadtviertel oder Nachbarschaften) werden als Kontexte aufgefasst, die über bestimmte Eigenschaften langfristig die individuelle Entwicklung der in diesem Gebiet lebenden Personen, insbesondere deren Einstellungen und Verhaltensweisen beeinflussen. Stadtteile werden in dieser Perspektive als *breeding areas (Brutstätten)* oder auch als *context of development (Entwicklungskontexte)* bezeichnet.

In einer anderen Perspektive steht die Analyse der räumlichen Konzentration von kriminellen Taten (und nicht Tätern) im Vordergrund; Stadtteile werden hier als *attracting areas (anziehende Gebiete)* bzw. als *context of action (Handlungskontexte)* aufgefasst. Untersucht werden Beziehungen zwischen Tatorten und Eigenschaften des entsprechenden Stadtteils. Stadtteile, in denen viele Kneipen, Discos oder Kinos sind, wirken auf eine Vielzahl von Menschen anziehend, sodass es nicht verwundert, dass in solchen Stadtteilen (meist Innenstädten) häufiger delinquente Taten eine Rolle spielen. Der vorliegende Forschungsbericht beschränkt sich auf die erste Perspektive, laut derer Jugendliche in ihren Stadtteilen unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen ausgesetzt sind, die sie seltener oder häufiger zu Tätern werden lassen.

2.2 Die Initialstudie

Die erste Studie, die sich systematisch mit dem Einfluss von Stadtteilen als Sozialisationskontext für delinquentes Verhalten beschäftigt, ist die Studie von Shaw und McKay (1969 [1942]). Ergebnis dieser Studie ist die Formulierung der sogenannten Desorganisationstheorie.

Um die Frage des Einflusses der sozialräumlichen Umgebung auf delinquentes Verhalten zu untersuchen, dokumentierten die Autoren über einen längeren Zeitraum hinweg die Wohnorte von männlichen, jugendlichen Kriminellen, die entweder Kontakt zur Polizei, zu einem Gericht oder zu einer Erziehungsanstalt hatten und hielten diese auf Stadtplänen fest. Mit zunehmender Entfernung vom Stadtkern konnten sie eine deutliche Veränderung im Ausmaß der registrierten Jugendkriminalität feststellen. Die Dokumentation weiterer Merkmale der Stadtgebiete (z.B. Zu- und Fortzüge, Armutsquote, Arbeitslosigkeit) ergab ferner, dass mit zunehmender Distanz vom Stadtkern nicht nur die Kriminalitätsraten sanken, sondern auch die Lebensbedingungen insgesamt besser wurden.

Auf Basis dieser Beziehungen zwischen den sozio-ökonomischen Bedingungen und der Kriminalitätsrate von Stadtteilen nahmen Shaw und McKay an, dass Stadtgebiete mit hoher Kriminalitätsrate, im Unterschied zu solchen mit niedriger Rate, über eine größere Normenvielfalt verfügen, d.h. dass in diesen Gebieten nicht nur konforme, sondern von Subgruppen auch abweichende Einstellungen und Verhaltensweisen befürwortet werden. In Stadtteilen mit niedrigen Kriminalitätsraten werden konventionelle normenkonforme Einstellungen von nahezu allen Bewohnern geteilt und aufrechterhalten, soziale Kontrolle über die Einhaltung dieser Normen wird zudem über die in diesen Stadtteilen häufiger vorhandenen Institutionen und Organisationen (u.a. Kirchen, Nachbarschaftszentren) gewährleistet. In kriminalitätsbelasteten Stadtgebieten hingegen finden Individuen vielfältige Normen vor, u.a. solche, die abweichende Verhaltensweisen fördern. In benachteiligten Gebieten gibt es delinquente Subkulturen, die bewirken, dass deviante Normen und Verhaltensmuster von einer Generation an die nächste weitergegeben werden. Jugendliche erfahren diese devianten Werthaltungen und Handlungsmuster zum einen über sich delinquent verhaltende Erwachsene. Zum anderen spielen in dieser lern- und subkulturtheoretisch argumentierenden Perspektive gleichaltrige Jugendliche als Transmissionsagenten eine wichtige Rolle. Gebiete, in denen eine hohe Normen- und Werteheterogenität besteht, die empirisch zugleich mit einer hohen Arbeitslosigkeit, einer hohen Armutsquote, einer hohen Bewohnerfluktuation und einer hohen ethnischen Heterogenität einher geht, werden als sozial desorganisiert bezeichnet.

Die Initialstudie von Shaw und McKay enthält damit bereits einen Großteil der theoretischen Überlegungen, die zu begründen helfen, warum gerade in benachteiligten Stadtteilen das Risiko steigt, dass Jugendliche delinquentes Verhalten zeigen. Die Überlegungen sind dabei nicht auf US-amerikanische Großstädte beschränkt, sondern beanspruchen auch für Deutschland Gültigkeit.

1. Die Stadtteile sind häufig durch Armut, ethnische Heterogenität und Bewohnerfluktuation gekennzeichnet.
- 2a. Dies führt dazu, dass in der Regel keine von allen Bewohnern geteilten Normen und Werte existieren. In Subgruppen werden auch abweichende Normen und Werte aufrechterhalten.
- 2b. Dies kann zur Folge haben, dass zwischen den Menschen keine starken Bindungen entstehen. Das Interesse am anderen fällt geringer aus; die Bereitschaft, bei delinquentem Verhalten einzugreifen, ist gering.
3. Erwachsene sind in diesen Stadtteilen seltener positive Verhaltensvorbilder, weil sie einerseits möglicherweise selbst delinquent sind, andererseits nicht klar genug signalisieren, dass delinquentes Verhalten unangemessen ist.

2.3 Die weitere Systematisierung

Vor allem die Arbeiten von Sampson haben versucht, diese theoretischen Annahmen weiter zu systematisieren und empirisch zu überprüfen. So definieren Sampson und Groves (1989) soziale Desorganisation als Unfähigkeit eines Gebietes, verbindliche, gemeinsame Werte unter den Anwohnern durchzusetzen und wirksame soziale Kontrollen aufzubauen. Sampson konzentriert sich in seinen Arbeiten stärker darauf, die vermittelnden Mechanismen zu untersuchen, die primär für eine Delinquenzsozialisation verantwortlich sind. Demnach sind es weniger die strukturellen Voraussetzungen eines Stadtteils (Armut usw.), die Jugendliche delinquent werden lassen, sondern die sozialen Bedingungen, die mit diesen strukturellen Voraussetzungen einhergehen.

Das entscheidende Konzept, das Sampson diesbezüglich einführt, ist die kollektive Wirksamkeit (Sampson et al. 1997). Diese umfasst die soziale Kohäsion und die informelle Sozialkontrolle. Die soziale Kohäsion bezieht sich auf das Ausmaß des Zusammenhalts unter den Bewohnern eines Stadtteils. Informelle Sozialkontrolle bezieht sich auf die Interventionsbereitschaft der Bewohner eines Stadtteils, d.h. das kontrollierende bzw. sanktionierende Einschreiten im Falle von Anzeichen sozialer Unordnung (z.B. Sachbeschädigungen, sich delinquent verhaltende Personen).

Nach Sampson et al. (1997) werden die Gelegenheiten für kriminelles Verhalten einer Person maßgeblich durch die kollektive Wirksamkeit eines Stadtteils beeinflusst. In dem Maße, in dem die Bewohner eines Stadtteils achtsam für Anzeichen sozialer Unordnung sind und gegen diese vorgehen, verringert sich das Auftreten delinquenten bzw. devianten Verhaltens in einem Gebiet. Die Bereitschaft eines Akteurs, sich für die Ziele der Nachbarschaft oder des Stadtteils einzusetzen, hängt dabei von gegenseitigem Vertrauen und den geteilten Vorstellungen der Bewohner eines Gebietes ab, dass sich auch die Nachbarn im Falle abweichenden Verhaltens entsprechend verhalten würden.

Empirisch lässt sich die soziale Kohäsion durch Einschätzungen der Nachbarschaft (z.B. Vertrauen, gemeinsame Werte, Verbundenheit der Nachbarschaft) erfassen, die informelle Sozialkontrolle durch die Einschätzung, ob Bewohner im Stadtteil bei bestimmten Ereignissen (z.B. sich aggressiv verhaltende Jugendliche, Entsorgung von Müll auf Grünflächen) eingreifen würden. Sampson et al. (1997) berichten auf Basis einer Bevölkerungsumfrage unter Einwohnern Chicagos eine höchst signifikante Korrelation² zwischen der sozialen Kohäsion und der informellen Sozialkontrolle von Nachbarschaften, d.h. beide Dimensionen hängen eng miteinander zusammen und lassen sich zur „kollektiven Wirksamkeit“ zusammenfassen.

Auf Basis dieser Studie konnte zudem belegt werden, dass der Armuts- und Migrantanteil sowie die wohnräumliche Stabilität (z.B. geringe Fluktuation im Stadtteil) in einem Zusammenhang mit der kollektiven Wirksamkeit einer Nachbarschaft stehen. In Stadtteilen mit hoher Armutsquote, einem hohen Migrantanteil sowie einer starken Einwohnerfluktuation ist die kollektive Wirksamkeit geringer. Weiterhin konnte eine enge Beziehung zwischen der kollektiven Wirksamkeit und dem Gewaltaufkommen in den letzten sechs Monaten im Stadtteil festgestellt werden. Auch andere Studien können belegen, dass die kollektive Wirksamkeit ein signifikanter Prädiktor für delinquentes bzw. kriminelles Verhalten ist (vgl. u. a. Browning et al. 2004, Morenoff et al. 2001, Simons et al. 2005), d.h. dass die kollektive Wirksamkeit eine hohe Aussagekraft zur Einschätzung delinquenten bzw. kriminellen Verhaltens hat.

2.4 Die Gleichaltrigengruppe als entscheidender Akteur

Das Fehlen familiärer Bindungen und sozialer Kontrollen muss allerdings nicht zwangsläufig zu einer erhöhten Delinquenz unter Kindern und Jugendlichen führen, bspw. dann nicht, wenn sich ausreichend andere Akteure (z.B. Vereine und andere Organisationen, Sozialarbeit) um die Kinder und Jugendlichen kümmern. Das Risiko des delinquenten Verhaltens steigt aber umso mehr, je häufiger sich Kinder und Jugendliche an von Erwachsenen unkontrollierten Orten mit unstrukturierter Freizeit („Herumhängen“) beschäftigen. In solchen Situationen lernen die Kinder und Jugendlichen häufiger negatives Verhalten voneinander, wie dies im Rahmen von Ansteckungsmodellen aufgezeigt wurde.

Nach Crane (1991) gibt es einen kritischen Punkt der Verbreitung eines sozialen Problems, der – einmal überschritten – zu einer explosionsartigen Ausbreitung dieses Problems führt. Ob sich in einem Gebiet ein soziales Problem ausbreitet, hängt im Wesentlichen von zwei Faktoren ab: 1) dem Risiko der Bewohner, überhaupt soziale Probleme zu entwickeln und 2) deren Anfälligkeit für den von Peergruppen ausgeübten sozialen Druck. Letzteres dürfte vor allem im Jugendalter gegeben sein, da

² Eine Korrelation von .80 nach Pearson r.

Gleichaltrige für Jugendliche zunehmend an Bedeutung gewinnen und in der Regel viel Zeit mit diesen verbracht wird. Für den Schulabbruch als Form abweichenden Verhaltens kann Crane zeigen, dass in besonders benachteiligten Gebieten ein deutlich erhöhter Anteil an Jugendlichen festzustellen ist, der vorzeitig die Schule abbricht. Bei Betrachtung verschiedener Subgruppen ergeben sich sehr ähnliche Schwellenwerte, ab denen ein drastischer Anstieg des entsprechenden sozialen Problems festzustellen ist – bei einem geringen Anteil an Personen mit hohem Status (weniger als zehn Prozent) steigt das Risiko des Schulabbruchs enorm an. Crane geht davon aus, dass diese extreme Ausbreitung abweichenden Verhaltens in den besonders benachteiligten Stadtgebieten weniger auf den (direkten) Einfluss der Erwachsenen zurückzuführen ist, sondern vielmehr auf die sozialen Interaktionen zwischen Gleichaltrigen.

Die Rolle der Gleichaltrigen betonen auch Haynie et al. (2006). Sie zeigen, dass der Einfluss der Nachbarschaft über die Gleichaltrigen vermittelt wird. In benachteiligten Nachbarschaften ist die Wahrscheinlichkeit des Anschlusses an delinquente Freundesgruppen höher; aus diesen Freundesgruppen heraus werden häufiger delinquente Verhaltensweisen ausgeführt. Baier et al. (2009, S. 12) formulieren dies folgendermaßen: „Der stärkste Einfluss auf Jugendgewalt geht von der Zahl der delinquenten Freunde aus, mit denen die Jugendlichen in ihrem sozialen Netzwerk verbunden sind.“

2.5 Eine experimentelle Überprüfung

Die meisten Befunde zum Einfluss von Stadtteileigenschaften auf Jugenddelinquenz entstammen Querschnittsbefragungen, mit denen die Frage nach Ursache und Wirkung nicht beantwortet werden kann. Eventuell wirken sich Stadtteileigenschaften gar nicht negativ auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen aus, sondern bestimmte Familien, deren Kinder ein höheres Risiko des delinquenten Verhaltens haben, müssen aufgrund ihrer geringeren finanziellen Möglichkeiten häufiger in solche Stadtteile ziehen. Dann wären die Eigenschaften der Familie die Ursache für Stadtteilunterschiede, nicht die Eigenschaften der Stadtteile selbst.

Um die Frage nach Ursache und Wirkung zu prüfen, haben Kling et al. (2005) eine experimentelle Studie durchgeführt, die „Moving to Opportunity“ Studie. Im Rahmen dieses Projekts wurde zufällig ausgewählten Familien aus sozial benachteiligten Wohngebieten die Möglichkeit geboten, in bessere Stadtteile umzuziehen; andere Familien aus diesen Gebieten erhielten diese Möglichkeit nicht. Die Ergebnisse bestätigen, dass bei Kindern aus Familien, die umgezogen sind, eine positive Veränderung des Verhaltens bewirkt wurde. Allerdings sind die Befunde z.T. für Jungen und Mädchen unterschiedlich. Bei weiblichen Jugendlichen, die ihre Nachbarschaft gewechselt haben, hat sich ein Rückgang des gesamten delinquenten Verhaltens gezeigt, bei männlichen Jugendlichen nur ein Rückgang der Gewaltdelinquenz. Gleichzeitig gab es für männliche Jugendliche einen unerwarteten Effekt. Diese

fielen nach dem Umzug vermehrt durch Eigentumsdelikte auf, was möglicherweise mit den höheren Anreizen in wohlhabenderen Stadtteilen in Zusammenhang steht (Kling et al. 2005).

2.6 Die Situation in Deutschland

In Deutschland wurde bislang im Rahmen von drei Forschungsprojekten der Einfluss von Stadtteileigenschaften auf Jugenddelinquenz untersucht. Hierzu zeigen sich folgende Ergebnisse:

1. Freiburg/Köln: Eine der ersten umfassenden Untersuchungen zum Zusammenhang von Stadtteileigenschaften und Jugendgewalt in Deutschland stammt von Oberwittler (2004a, 2004b), der in den Jahren 1999 und 2000 in Freiburg i.Br. und Köln insgesamt 6.437 Jugendliche der 8. bis 10. Jahrgangsstufe zum delinquenten Verhalten befragt hat. Die Befunde dieser Studie zeigen, dass delinquentes Verhalten (unter anderem Raub, Einbruch) in geringem Maße durch Nachbarschaftsmerkmale erklärt werden kann. Für Jugendliche, die viele Freunde in der Nachbarschaft haben, sind Stadtteileigenschaften relevanter für das Verhalten, was die Rolle der Gleichaltrigen-Gruppe unterstreicht. Weiterhin kommt Oberwittler zu dem Ergebnis, dass die Bedingungen im Stadtteil vor allem bei deutschen Jugendlichen (und hier wiederum bei Mädchen in höherem Maße als bei Jungen) einen Einfluss zu haben scheinen (vgl. Oberwittler 2003, S. 289). Im multivariaten Erklärungsmodell zeigt sich, dass schwere Jugenddelinquenz mit zunehmender sozialer Benachteiligung im Stadtteil steigt und mit wachsender sozialer Kohäsion (speziell intergenerationaler Geschlossenheit) sinkt.
2. Duisburg: Kunadt und Reinecke (2008) kommen zu dem Ergebnis, dass das Begehen von Gewaltdelikten nicht durch Gegebenheiten des Stadtteils beeinflusst wird, was sie anhand einer Befragung unter 5.037 Jugendlichen der 8. und 10. Jahrgangsstufe in Duisburg 2003 belegen. Im Vergleich verschiedener Stadtteilgruppen zeigt sich, dass 18,3 % der Achtklässler, die in einem nicht desorganisierten Stadtteil (u.a. geringe Armut, geringe Arbeitslosigkeit) leben, als Gewalttäter in Erscheinung getreten sind. Nur wenig höher fällt dieser Anteil in sehr desorganisierten Stadtteilen mit 19,4 % aus. In einer weiteren Auswertung dieser Daten bestätigt sich, dass sich Schüler aus benachteiligten und nicht benachteiligten Stadtteilen nicht in ihrem delinquenten Verhalten unterscheiden (Kunadt 2010).
3. Hannover: Über einen geringen Einfluss des Stadtteils auf die Jugendgewalt berichten Baier und Rabold (2009), die in Hannover im Jahr 2006 Schüler der 9. Jahrgangsstufe befragt haben. Neben strukturellen Bedingungen (ethnische Heterogenität, Armutsquote) wurden in der Studie auch soziale Faktoren (Kohäsion, positive Rollenvorbilder) daraufhin getestet, ob sie mit der individuellen Gewaltbereitschaft in Beziehung stehen. Laut Analyse trägt einzig ein höherer Anteil positiver Rollenvorbilder zur Reduktion der Gewaltbereitschaft eines Jugendlichen bei. Weitere Aus-

wertungen bestätigen, dass die strukturelle Desorganisation (Armut usw.) mit sozialen Faktoren (soziale Kohäsion) des Stadtteils in Zusammenhang steht, wie dies in der Desorganisationstheorie vermutet wird; der Einfluss dieser Variablen auf das individuelle Gewaltverhalten ist aber als schwach einzustufen (vgl. Baier/Rabold 2010).

Die Auswertungen aus Deutschland belegen insgesamt dreierlei:

1. Stadtteile sind im Vergleich mit persönlichkeitsbezogenen oder familiären Faktoren von nachgeordneter Bedeutung für die Erklärung von Jugenddelinquenz. Möglicherweise ist diese damit zu erklären, dass sich die Stadtteile in Deutschland weniger stark voneinander unterscheiden als im angelsächsischen Raum, Prozesse der Ghettoisierung also (noch) nicht zu beobachten sind.
2. Stadtteile sind zugleich nicht vollkommen unerheblich hinsichtlich ihres Delinquenz begünstigenden Einflusses. Der soziale Zusammenhalt oder der Anteil an Rollenvorbildern steht in einem Zusammenhang mit dem Gewaltverhalten, wie die Studien von Oberwittler (2004a) oder Baier und Rabold (2009) belegen. Diese Unterschiede hängen möglicherweise auch damit zusammen, dass eher benachteiligte Stadtteile Jugendlichen weniger Gelegenheiten zur strukturierten Freizeitgestaltung bieten. Jugendliche Subkulturen, in denen sich Ansteckungsprozesse vollziehen können, können sich hier eventuell eher bilden.
3. Die Forschungsperspektive, nach der Kontexte für die Entstehung von Jugenddelinquenz mitverantwortlich sind, wurde bislang nur in Bezug auf die administrative Einteilung in Stadtteile geprüft. Die Untersuchung anderer, kleinräumigerer städtischer Kontexte (Nachbarschaften, Schuleinzugsbereiche) hat bislang nicht stattgefunden. Möglicherweise lässt sich auf dieser kleinräumigeren Ebene eher eine Wirkung nachweisen.

3. Zum Hintergrund der kommunalen Kriminalprävention in Deutschland

3.1 Kategorisierung des Präventionsbegriffs

In der deutschsprachigen kriminologischen Diskussion wird der Präventionsbegriff in primäre, sekundäre und tertiäre Präventionen klassifiziert.

- Primäre Prävention setzt auf den Abbau sozialer oder sozialisationsbedingter Defizite, um das Auslösen delinquenten Verhaltens zu verhindern. Damit zielt primäre Prävention auf eine breite Zielgruppe der Bevölkerung.
- Sekundäre Prävention zielt auf Abschreckungswirkungen durch die Strafverfolgung und eine Erhöhung des Entdeckungsrisikos. Damit sind tatbereite Personengruppen im Fokus der sekundären Prävention, die von kriminellen Verhaltensweisen abgehalten werden sollen.

- Tertiäre Prävention orientiert sich auf die Verhinderung der Rückfälligkeit bereits straffälliger Tätergruppen.

Tabelle 1: Dimensionen der Kriminalprävention mit dem Ziel der Verhütung von Straftaten

Zielgruppen:

Zielgruppe/ Dimension	Primäre Kriminalprävention	Sekundäre Kriminalprävention	Tertiäre Kriminalprävention
Täter	Allgemeinheit	potenzielle Täter	Verurteilte
Situation	allgemeine Situation	gefährdete Objekte	„hot spots“
Opfer	Jeder als mögliches Opfer	potenzielle Opfer	Verletzte Opfer

Maßnahmenbeispiele:

Zielgruppe/ Dimension	Primäre Kriminalprävention	Sekundäre Kriminalprävention	Tertiäre Kriminalprävention
potenzielle / reale Täter	Stärkung des Rechts- und Wertebewusstseins; positive Generalprävention; Beseitigung von Sozialdefiziten; Aufklärung über Gefahren (z.B. Drogendisco); Beseitigung von soziostrukturellen Mängellagen	Stärkung des Rechts- und Wertebewusstseins bei Problemgruppen; negative Generalprävention; Hilfe/Stützung für gefährdete Personen (z.B. Familienhilfe, Erziehungsberatung, Schuldenberatung, Streetworker)	Spezialpräventive Sanktionierungen: Therapie; Maßnahmen der Besserung und Sicherung; Straffälligenhilfe/Bewährungshilfe; Resozialisierungsfonds
Situation / Objekte / Tatörtlichkeiten	Kriminalitätsabwehrende Architektur; übersichtliche Örtlichkeit; Sicherheits-TÜV; Objektmarkierung und/oder Zugriffserschwerung	Erhöhung des Tataufwands; Reduzierung tatfördernder Gelegenheiten/Situationen; Erhöhung des Entdeckungsrisikos; Verstärkung der Überwachung; Abschöpfung des Tatgewinns	Entschärfung von Kriminalitätsbrennpunkten („hot spots“)
Opfer	Allg. Aufklärung über Selbstschutz/Selbstverteidigung; allg. Aufklärung von speziellen Gruppen (Kinder/Alte); Informationen über allgemeine (technische/personale) Sicherungsmaßnahmen	Schulung gefährdeter Opfer (z.B. Taxifahrer; Bankangestellte, Flugpersonal); Selbstverteidigungskurse; (technische/personale) Sicherung besonders gefährdeter Personen/Objekte	Opferschutz; Opferberatung; Opferbetreuung; Opferhilfe; Opferentschädigung; Wiedergutmachung/Täter-Opfer-Ausgleich; Frauenhäuser

Quelle: Heinz, W. (2004): Kommunale Kriminalprävention aus wissenschaftlicher Sicht

In der kommunalen Kriminalprävention liegt der Fokus zumeist auf primären Präventionsstrategien. Gerade städtebauliche Maßnahmen der Kriminalprävention wie z.B. Beleuchtungsmaßnahmen, die auf den Abbau von Kriminalitätsfurcht und die Verhinderung von Straftaten zielen, wirken im Sinne der primären Prävention. Hier geht es häufig um die Schaffung eines subjektiven Sicherheitsgefühls durch Maßnahmen, die Übersichtlichkeit fördern und die Gelegenheiten für kriminelles Verhalten

vermindern oder die Hemmschwellen für kriminelles Verhalten heraufsetzen. Auch Maßnahmen mit sozialen Schwerpunkten zielen auf primäre Prävention, indem Auslöser für kriminelles Verhalten vermindert werden. Je nach Zielgruppenorientierung sind Maßnahmen der primären (breite Zielgruppen) oder sekundären Kriminalprävention (potentielle Täter/Opfer) zuzuordnen.

3.2 Kommunale Kriminalprävention als Querschnittsaufgabe

Heinz (2004, S. 5) stellt fest, dass es *„die’ Kommunale Kriminalprävention nicht gibt, sondern vielmehr eine Fülle von Konzepten, die sich nach Zielen, Zielgruppen, Mitteln und Trägern unterscheiden. Einen vollständigen Überblick über die gesamte Landschaft der Kommunalen Kriminalprävention dürfte derzeit kaum jemand haben.“*

Zu dem Feld der kommunalen Kriminalprävention zählen sowohl spezifische präventive Einzelmaßnahmen als auch die allgemeinen, querschnittsorientierten, kommunalen Aufgabenbereiche der Wohnungspolitik, der Sozial- und Jugendpolitik, die Gestaltung und Praxis der kommunalen Ordnungspolitik sowie der Infrastruktur, die direkt oder indirekt die kriminalpräventiven Rahmenbedingungen beeinflussen. Die ressortübergreifende Berücksichtigung von Einflussfaktoren dieser allgemeinen kommunalen Politikbereiche auf die Entwicklung von Kriminalitätsfurcht und Kriminalitätsanlässen ist somit bereits ein zentraler Baustein kommunaler Präventionsstrategien. Kommunale Kriminalprävention ist damit eine Querschnittsaufgabe verschiedener kommunaler Politikbereiche.

In den 90er Jahren sind in vielen Städten institutionalisierte Formen, wie kriminalpräventive Räte bzw. Arbeitskreise oder Runde Tische zur Kriminalprävention, entstanden. Damit wurden verschiedene Institutionen (z.B. Schulen, Kitas, Kirchen, Vereine, Stiftungen, Unternehmen) mit Verwaltung, Polizei und Justiz vernetzt, um kriminalpräventive Strategien und Maßnahmen in einem breiten Konsens abzustimmen, zu entwickeln und zu verbreiten. Darunter fallen auch städtebauliche Themenbereiche, z.B. die Prüfung von Neubaugebieten auf kriminalpräventive Faktoren. Bislang bleibt die praktische Reichweite dieser Ansätze bis auf wenige Ausnahmen allerdings begrenzt. In der gegenwärtigen kommunalen Praxis stellen Floeting und Seidel-Schulze (2012; S. 24) auf Basis einer Kommunalbefragung fest: *„Umfassend integrierte Ansätze, welche die Integration unterschiedlicher Akteure, die Integration unterschiedlicher Handlungsebenen (strategisch, operativ) und die räumliche Integration (gesamtstädtisch, quartiersbezogen) umfassen, gibt es bisher kaum.“*

Einen weiteren strategischen Ansatz bildet die Europäische Vornorm ENV 14383-2: Prevention of Crime – Urban Planning and Design. Die ENV 14383-2 wurde als strategischer Werkzeugkasten für gemeinsame Planungsprozesse (Verwaltung, Wohnungswirtschaft) in neuen und bestehenden Stadtgebieten entwickelt und enthält Richtlinien, die auf eine Verringerung von Gefahren abzielen. Dabei

geht es um Analysen zur Kriminalitätsbelastung, die Entwicklung von Zielkriterien und Anforderungskatalogen zur Erhöhung der Sicherheit, um Entwicklungspläne und die Legitimation durch politische Beschlüsse zu Strategien und Maßnahmen sowie die Berichterstattung und Wirkungsanalysen. Die Norm stellt eine freiwillige Selbstverpflichtung dar, die von den Verantwortlichen der Gebietsentwicklung in Übereinkunft als Maßstab für die Entwicklungsaufgaben vereinbart werden kann. Aufgrund geringer Resonanz in der öffentlichen Diskussion kann vermutet werden, dass die Bedeutung eher gering ist. Dies bestätigt zudem die aktuelle Studie von Floeting und Seidel-Schulze (2012), nach der die ENV 14383-2 in nur knapp 8 % der Stadtplanungsämter überhaupt bekannt ist.

Bei den kriminalpräventiven Ansätzen gibt es einerseits die eher technisch/baulich orientierten Maßnahmen. In der „Detmolder Checkliste“ z.B. (u.a. unterschiedliche Empfehlungen für verschiedene Stadt-/Ortstypen) sind Hinweise für Bebauungspläne (Planung von Neubaugebieten) und Ansätze, die die Technik der Gebäudesicherheit und des Wohnungsschutzes (z.B. auch Sicherheitsplaketten) oder auch die Umgestaltung von bestehenden Angsträumen in Gebäuden sowie dem Wohnumfeld enthalten. Dazu zählen z.B. auch Beratungen durch die Polizei, die der Erhöhung des Sicherheitsgefühls dienen oder Ortsbegehungen und Bürgerbefragungen zur Bestimmung von Angsträumen. Bauliche Maßnahmen im weiteren Sinne sind z.B. auch Concierge-Services in Großwohngebäuden. Die eher sozial ausgerichteten Maßnahmen, z.B. sozialisationsbezogene Nachbarschaftsansätze, wie die aufsuchende Jugendsozialarbeit oder Sportprojekte oder auch langfristig angelegte städtebauliche Programme wie die Städtebauförderung, zielen auf die Herstellung sozial durchmischter Nachbarschaften.

Auf Basis einer Kommunalbefragung stellen Floeting und Seidel-Schulze (2012, S. 14) fest, dass sich die Einschätzungen zur Wirksamkeit von sozialräumlichen Maßnahmen (z.B. Investitionen in soziale Infrastruktur oder Angebote sozialer Dienstleistungen) gegenüber baulich-gestalterischen Maßnahmen deutlich unterscheiden. *„Obgleich die Städte unabhängig von ihrer Stadtgröße eine Vielzahl von sozialräumlichen Maßnahmen einsetzen, wird deren Wirksamkeit in Bezug auf die Sicherheit besonders von den Befragten aus den Großstädten sehr zurückhaltend eingeschätzt. ... Als eher wirksam werden von fast allen Stadtplanungsämtern bei den baulich-gestalterischen Maßnahmen die Neugestaltung der Beleuchtung, die Verbesserung der Einsehbarkeit von Räumen, die Neugestaltung des öffentlichen Raumes sowie dessen Pflege und Instandhaltung eingeschätzt.“*

„Die befragten Ordnungsämter sehen Schwerpunkte bei den ordnungsrechtlichen und sozialräumlichen Maßnahmen und Konzepten sowie im Bereich Kommunikation und Information der Öffentlichkeit.“

3.3 Subjektive Unsicherheit als Gradmesser für Handlungsansätze

Zum Unsicherheitsgefühl bzw. zur Kriminalitätsfurcht in städtischen Gebieten gibt es einen breiten wissenschaftlichen Diskurs sowie Studien u.a. zu Berlin, Hamburg, Osnabrück und Heidelberg. Die Kriminalitätsfurcht steht gerade bei kriminalpräventiven Maßnahmen auf kommunaler Ebene im Vordergrund. Kommunale Maßnahmen und Konzepte zielen vor allem auf den Umgang bzw. den Abbau von Kriminalitätsfurcht bzw. Unsicherheitsgefühlen. Die subjektiven Einschätzungen zur Sicherheit dienen dabei als wichtiges Kriterium, um Maßnahmen zu entwickeln, aber auch, um Erfolge von präventiven Maßnahmen zu bewerten.

Eine scharfe Abgrenzung der persönlichen Betroffenheit bei allgemeinen oder spezifischen Kriminalitätsereignissen von einer eher generellen Einschätzung zum Ausmaß der Kriminalität als soziales Problem einer Gesellschaft, einer Stadt oder eines Quartiers gibt es dabei nicht. In die Einschätzungen fließen meist beide Ebenen ein, wobei es um eine in erster Linie emotionale Reaktion geht. Lukas (2010) stellt zudem dar, dass unterschiedliche Grundlagen (darunter ALLBUS oder Eurobarometer) zeigen, dass die in den Umfragen gemessene Kriminalitätsfurcht seit etwa Mitte der 90er Jahre gesunken ist. In der räumlichen Dimension wird deutlich, dass Kriminalitätsfurcht in erster Linie ein großstädtisches Phänomen ist, wobei insbesondere die Wahrnehmung sozialer Desorganisation die emotionale Kriminalitätsfurcht stark beeinflusst. Gerade die Soziale Stadt-Gebiete mit sozialräumlichen Handlungsbedarfen sind somit besonders „anfällig“ für hohe emotionale Belastungen durch Kriminalitätsfurcht. Gleichzeitig kann die objektive Kriminalität, z.B. gemessen an der Kriminalstatistik, die Kriminalitätsfurcht empirisch nicht erklären.

3.4 Zusammenhänge zwischen Kriminalitätsfurcht und Wohnzufriedenheit

Mit kriminalpräventiven Wirkungen baulicher und sozialer Maßnahmen von Großsiedlungen an den Beispielen Marzahn Nord und Gropiusstadt in Berlin hat sich Lukas (2010) befasst. In beiden Großsiedlungen sind in unterschiedlicher Intensität sowohl bauliche als auch soziale Maßnahmen der Kriminalprävention erfolgt. Bei den baulichen Maßnahmen zählen in der Gropiusstadt neben imageverbessernden Maßnahmen (z.B. Fassaden) auch sicherheitsrelevante Aspekte (z.B. Conciergelogen oder Kameraüberwachungen). In Marzahn Nord wurden mit Mitteln des Programms Stadtumbau Ost umfangreiche Erneuerungsstrategien (u.a. Rückbau und Schaffung neuer Ensembles und Neuordnung von Nachbarschaften) umgesetzt. In beiden Gebieten wurden mit Hausmeisterdiensten Vandalismusschäden kurzfristig beseitigt sowie Vorkehrungen zur Verhinderung getroffen.

Beide Großsiedlungen haben, initiiert durch ein Quartiersmanagement, soziale kriminalpräventive Maßnahmen umgesetzt, z.B. Anti-Gewalt-Training, Training der Zivilcourage, die Bildung von Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen der Förderung des nachbarschaftlichen Miteinanders sowie der Verbesserung der Bildungschancen.

In beiden Untersuchungsräumen zeigte sich, dass die Kriminalitätsfurcht nicht mit der objektiven Kriminalitätslage (gemessen an der polizeilichen Kriminalstatistik PKS) korreliert, allerdings jeweils in umgekehrter Richtung. In Marzahn Nord zeigte die objektive Kriminalitätslage ein höheres Niveau (Kriminalitätsbelastung über dem gesamtstädtischen Durchschnitt), die subjektiven Unsicherheitsgefühle waren jedoch erheblich geringer, während in der Gropiusstadt bei niedrigerer objektiver Kriminalitätslage (Kriminalitätsbelastung unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt) ein höheres Unsicherheitsgefühl bestand.

Die Kriminalitätsfurcht spiegelt sich dagegen in der Wohnzufriedenheit wider: In Marzahn Nord mit einer höheren Wohnzufriedenheit (in der Vergangenheit weitreichendere Maßnahmen) und in der Gropiusstadt mit einer geringeren Wohnzufriedenheit und vergleichsweise geringerem Umfang städtebaulicher Interventionen.

Damit bestätigt Lukas die Erkenntnis, dass Kriminalitätsfurcht stark von raumstrukturellen Faktoren abhängig und damit auch durch gebietsbezogene Interventionen entsprechend beeinflussbar ist.

4. Empirische Untersuchungen: Aus der Praxis lernen

4.1 Kleinräumige Sonderauswertung der bundesweiten Dunkelfeldbefragung von Schülern

4.1.1 Die Schülerbefragung des KFN

Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen hat in den Jahren 2007 und 2008 deutschlandweit Befragungen unter Kindern der 4. und Jugendlichen der 9. Jahrgangsstufe durchgeführt. Im Mittelpunkt der Befragungen stand die Frage nach der Verbreitung und nach den Bedingungsfaktoren delinquenten Verhaltens. In der 9. Jahrgangsstufe wurden Befragungen in 61 Landkreisen bzw. kreisfreien Städten in insgesamt 2.131 Klassen unter 44.610 Befragten durchgeführt; die Rücklaufquote beträgt 62,1 % (vgl. Baier et al. 2009). Das Durchschnittsalter beträgt 15,3 Jahre. In der 4. Jahrgangsstufe erfolgten die Befragungen nur in 30 Gebieten in 473 Klassen unter 7.844 Schülern; die Rücklaufquote liegt bei 53,9 %. Das Durchschnittsalter beträgt 10,0 Jahre.

Die Kinder und Jugendlichen wurden während des Schulunterrichts unter Aufsicht eines Testleiters und meist in Gegenwart des Klassenlehrers befragt. Die Auswahl der zu befragenden Klassen erfolgte zufällig. Damit liegt gleichfalls eine Zufallsziehung von Schulen vor. Dies ist entscheidend, da über den

Schulstandort eine räumliche Verortung der Schüler erfolgen kann. In der 9. Klasse liegen die Adressen von 1.189 Schulen vor, in der 4. Klasse die Adressen von 372 Schulen. Somit sind häufig in Schulen nur ein bis zwei Klassen befragt worden.

4.1.2 Ein neuer räumlicher Ansatz zur Charakterisierung von Schuleinzugsbereichen

Um die Befragungsergebnisse der Befragung mit räumlichen Kriterien zur Wohnortsituation der Schüler in Beziehung zu setzen, wurden die Schulstandorte als Ausgangspunkt herangezogen. Eine präzisere Zuordnung, wie sie nur durch Nennung des Wohnorts (Adressangabe zur kleinräumigen Aggregation) erreicht werden kann, ist aufgrund der fehlenden Erfassung der Wohnadressen nicht möglich.

Die Schulstandorte werden differenziert nach Grundschulen (Schüler der 4. Klassen) und weiterführenden Schulen (Schüler der 9. Klassen) räumlich verortet. Um die Schulstandorte wird ein Einzugsbereich modelliert, der in Abhängigkeit der Siedlungsdichte in der Distanz variiert. Bei einer geringen Siedlungsdichte werden größere Einzugsbereiche und bei einer hohen Siedlungsdichte entsprechend kleinere Einzugsbereiche modelliert. Orientierungsgröße für die Bildung der Einzugsbereiche ist die Zahl an Kindern und Jugendlichen in dem jeweiligen Einzugsbereich. Datengrundlagen bilden kleinräumige Daten auf Quartiersebene. Bei den Grundschulen werden als Orientierungsmaßstab Quartiere zusammengefasst, um eine Größe von etwa 15.000 Einwohnern zu erreichen. Bei den weiterführenden Schulen (mit stärker streuenden Einzugsbereichen) werden Quartiere zusammengefasst, die zusammen eine Summe von etwa 30.000 bis 35.000 Einwohner ergeben. Bei den kleineren Städten wird die Bildung der Einzugsbereiche auch bei geringerer Einwohnerzahl an den Stadtgrenzen gekappt.

Unterstellt wird mit dieser Methode, dass in den modellierten Einzugsbereichen ein Großteil der Kinder und Jugendlichen, die im Rahmen der Schulbefragung erreicht worden sind, auch wohnen. Insbesondere gilt dies für die Grundschulen mit ihren kürzeren Entfernungen zum Wohnort der Kinder. Bei den weiterführenden Schulen wurden zwar größere Einzugsbereiche modelliert, allerdings dürften die Entfernungen zwischen Wohnort und Schulstandort vermutlich sehr viel stärker schwanken. Die modellierten Einzugsbereiche spiegeln daher weniger präzise die wohnräumliche Situation der befragten Schüler der 9. Klassen.

Die Einzugsbereiche wurden anschließend sozialräumlich charakterisiert. Zu jedem Einzugsbereich liegen Strukturdaten vor. Dies betrifft die Unterscheidung der Bautypologie (Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Mehrfamilienhäuser), wobei hier nur der Anteil des Geschosswohnungsbaus ausgewiesen wird. Zudem wurden die Abweichungen des Mietpreisniveaus der Einzugsbereiche von dem je-

weiligen Niveau der Gesamtstadt ermittelt. Über die Daten können zudem annäherungsweise die Migrantenanteile in den Einzugsbereichen ermittelt werden.

4.1.3 Zusammenführung der Dunkelfeldbefragung mit Schuleinzugsbereich-Charakteristik

Den in der Schule befragten Kindern und Jugendlichen können die genannten Strukturdaten zugespielt werden, sodass die Delinquenzbereitschaft, aber auch andere Variablen von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten und sozial nicht benachteiligten Schuleinzugsbereichen verglichen werden können. Zusätzlich ist es möglich, zu recherchieren, ob die Schulstandorte oder Schuleinzugsbereiche in einem Soziale Stadt-Gebiet liegen. Dies gilt allerdings einschränkend nur für etwa ein Drittel der Soziale Stadt-Gebiete, für die bisher entsprechende räumliche Abgrenzungen verfügbar sind.³

Diese Auswertungsstrategie hat zwei Nachteile: Erstens bleibt unklar, welcher Anteil an Schülern tatsächlich in dem Einzugsbereich wohnt, der um die Schule gezogen wird. In Grundschulen wird dieser Anteil größer ausfallen als in weiterführenden Schulen. Die strukturelle Situation des Schuleinzugsbereichs stimmt in den Fällen nicht mit den strukturellen Eigenschaften des Wohnortquartiers überein, wenn die Schüler außerhalb des Einzugsbereichs wohnen. Zweitens stellen die Auswertungen zu Soziale Stadt-Gebieten keinesfalls eine Evaluation der Arbeit vor Ort dar. Aus den Ergebnissen kann also nicht gefolgert werden, ob das Programm Soziale Stadt zu einer Reduktion von Kriminalität beiträgt. Es lässt sich auf Basis einer Querschnittsbefragung nur sichtbar machen, ob sich Gruppen von Kindern und Jugendlichen unterscheiden.

Die Dunkelfeldbefragungen wurden in Landkreisen und kreisfreien Städten durchgeführt. Der Unterschied zwischen den größeren kreisfreien Städten und den kleineren kreisangehörigen Städten sowie Gemeinden, der dadurch sichtbar gemacht werden kann, ist nicht nur relevant im Hinblick auf die Einzugsgebiete von Schulen, sondern es ergeben sich auch andere Unterschiede. Jeweils mehr als ein Drittel der Grundschulen als auch der weiterführenden Schulen liegen in kreisfreien Städten. Von allen Schulen konnten in der 9. Jahrgangsstufe 55, in der 4. Jahrgangsstufe nur 12 als in einem Soziale Stadt-Gebiet liegend klassifiziert werden. Da die Gebietsabgrenzungen der Soziale Stadt-Gebiete bislang nur zu etwa einem Drittel vorliegen, ist nicht ausgeschlossen, dass sich unter den nicht als in einem Soziale Stadt-Gebiet liegenden Schulen doch noch Schulen befinden, die sich in einem solchen Gebiet befinden. Dies wäre aber unproblematisch, da dies nicht für die Mehrzahl der Schulen zutrifft und da die Zuordnung einer Schule als in einem solchen Gebiet liegend als sehr verlässlich einzustu-

³ Die Gebietsabgrenzungen der Soziale Stadt-Gebiete wurden zum Zeitpunkt der Erstellung der Studie beim BBSR digitalisiert. Verfügbar sind bisher etwa ein Drittel der Gebietsabgrenzungen.

fen ist. Zu beachten ist, dass nahezu alle Schulen, die als in Soziale Stadt-Gebieten liegend eingestuft wurden, in kreisfreien Städten zu finden sind, was notwendig macht, vergleichende Auswertungen auf diese Gebiete zu beschränken.

Aus Tabelle 2 geht hervor, dass die Einzugsbereiche in der 4. Jahrgangsstufe durchschnittlich kleiner ausfallen als in der 9. Jahrgangsstufe. Zudem liegt der Radius dieser Bereiche in Großstädten deutlich niedriger als in ländlichen Gebieten. In diesen kleineren Bereichen wohnen in kreisfreien Städten durchschnittlich aber deutlich mehr Einwohner.

Tabelle 2: Übersicht zu den Aggregatdaten

Übersicht Schulen und Reichweite / Jahrgangsstufen	4. Jahrgangsstufe	9. Jahrgangsstufe
Anzahl Schulen	372	1.189
Anzahl Schulen in kreisfreien Städten	135	402
Anzahl Schulen in Soziale Stadt-Gebieten	12	55
Anzahl Schulen in Soziale Stadt-Gebieten in kreisfreien Städten	11	50
Durchschnittliche Reichweite (Radius) des Einzugsbereichs in Metern (Median)	1.453	2.609
Durchschnittliche Reichweite (Radius) des Einzugsbereichs in Metern (Median) in kreisfreien Städten	734	1.390
Durchschnittliche Anzahl Einwohner im Einzugsbereich (Median)	12.239	24.549
Durchschnittliche Anzahl Einwohner im Einzugsbereich (Median) in kreisfreien Städten	17.358	37.043
Durchschnittlicher Anteil an Personen mit Migrationshinweis im Einzugsbereich in % (Mittelwert)	9,8	9,8
Durchschnittlicher Anteil an Personen mit Migrationshinweis im Einzugsbereich in % (Mittelwert) in kreisfreien Städten	13,1	13,9
Durchschnittlicher Anteil an Geschosswohnungsbau im Einzugsbereich in % (Mittelwert)	54,3	56,5
Durchschnittlicher Anteil an Geschosswohnungsbau im Einzugsbereich in % (Mittelwert) in kreisfreien Städten	81,1	81,9
Cronbachs Alpha Skala Abweichung Anteil Personen mit Migrationshinweis, Anteil Geschosswohnungsbau, Preisniveau ⁴	.69	.74
Cronbachs Alpha Skala Abweichung Anteil Personen mit Migrationshinweis, Anteil Geschosswohnungsbau, Preisniveau in kreisfreien Städten	.71	.76

⁴ Die Reliabilität gibt an, wie hoch die Antworten der einzelnen Items (Aussagen) einer Skala im Durchschnitt miteinander zusammenhängen. Ein Koeffizient, der gewöhnlich zur Beurteilung der Reliabilität einer Skala herangezogen wird, ist der Cronbachs-Alpha-Wert. Je höher dieser Wert ausfällt, umso höher sind die Korrelationen der Items, wobei der Maximalwert 1 beträgt. Die Reliabilität ist abhängig von der Anzahl an berücksichtigten Items; je mehr Items in eine Skala aufgenommen werden, desto höher sollte die Grenze bzgl. der Einstufung eine Skala als gut gesetzt werden.

Um die über die Einzugsbereiche bestimmten Stadtteile hinsichtlich ihrer strukturellen Benachteiligung einzustufen, wird auf drei Indikatoren zurückgegriffen:

1. Der Anteil an Personen mit Migrationshinweis: Etwa jeder zehnte Anwohner der Einzugsbereiche der Schulen hat einen solchen Migrationshinweis. In kreisfreien Städten fällt dieser Anteil erwartungsgemäß höher aus.
2. Der Anteil an Haushalten, die in Geschosswohnungen leben: Der Überblick der ausgewählten Einzugsbereiche zeigt wie erwartet, dass der Anteil an Haushalten im Geschosswohnungsbau in den kreisfreien Städten deutlich höher liegt als in anderen Gebieten.
3. Das Mietpreisniveau: Das Mietpreisniveau wird auf der Basis der bundesweiten empirica-Preisdatenbank (Basis: empirica-systeme.de, vor 2012: IDN Immodaten GmbH) ermittelt. Da sich dieser Indikator nicht in prozentualer Form darstellen lässt, wurde auf die Darstellung von Kennzahlen verzichtet.

Die drei Indikatoren decken verschiedene Bereiche der strukturellen Beschaffenheit eines Stadtteils (bzw. seiner sozialen Desorganisation) ab. Der Migrationshinweis bildet in gewisser Weise die ethnische Heterogenität ab, der Anteil Haushalte im Geschosswohnungsbau in Kombination mit dem relativen Mietpreisniveau charakterisiert die selektive wohnräumliche Situation von Familien und liefert somit eine Einschätzung zum sozialräumlichen Einkommenslevel.

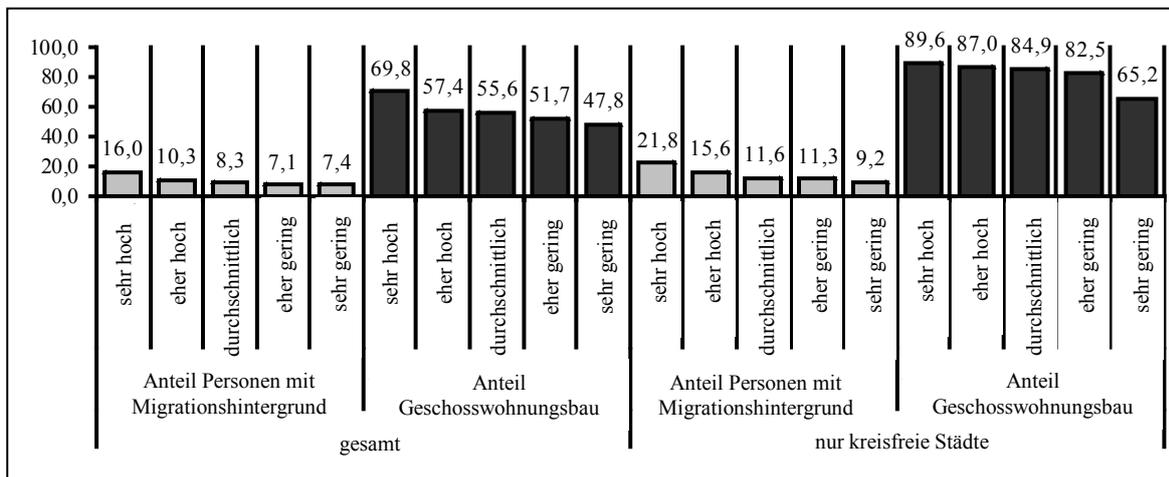
Nur für die Bewohnerfluktuation stehen keine verfügbaren Indikatoren zur Verfügung. Auswertungen auf Basis der Daten zur Innerstädtischen Raubeobachtung (IRB) zeigen jedoch, dass die Fluktuationshäufigkeit mit sozialen und wohnräumlichen Unterschieden korreliert. Die Annahme der Desorganisationstheorie, dass diese Indikatoren des Stadtteils miteinander in Beziehung stehen, bestätigt sich in den vorliegenden Daten. Um alle drei Indikatoren vergleichbar zu machen, wurden diese statistisch standardisiert und derart umgepolt, dass negative Werte für eine Benachteiligung, hohe Werte für wohlhabende Einzugsbereiche stehen. Die Korrelationen der drei Indikatoren auf Schulebene reichen aus, um aus allen Indikatoren eine gemeinsame Mittelwertskala zu bilden. Nach der Mittelwertbildung erfolgte eine Gruppierung der Schulen in fünf gleich große Gruppen, wobei die Unterscheidung in kreisfreie Städte und kreisangehörige Städte und Gemeinden berücksichtigt wurde.⁵

Anhand von zwei Indikatoren zeigt Abbildung 2 das Ergebnis dieser Gruppierung für die Einzugsbereiche der weiterführenden Schulen. Erkennbar ist, dass mit zunehmender Benachteiligung eines Einzugsbereichs ein fast linearer Anstieg des Anteils an Personen mit Migrationshinweis bzw. des Anteils

⁵ Genau genommen erfolgte die Gruppeneinteilung separat für Großstädte, Mittelstädte (beide kreisfrei) und Landkreise (vgl. zu dieser Einteilung Baier et al. 2009).

an Wohnungen im Geschosswohnungsbau festzustellen ist. Die fünf Stadtteilgruppen unterscheiden sich also substantziell voneinander. Für die 4. Jahrgangsstufe der Grundschulen ergeben sich vergleichbare Befunde.

Abbildung 2: Indikatoren der strukturellen Desorganisation nach Benachteiligung des Einzugsbereichs – Schulen der 9. Jahrgangsstufe (in %)

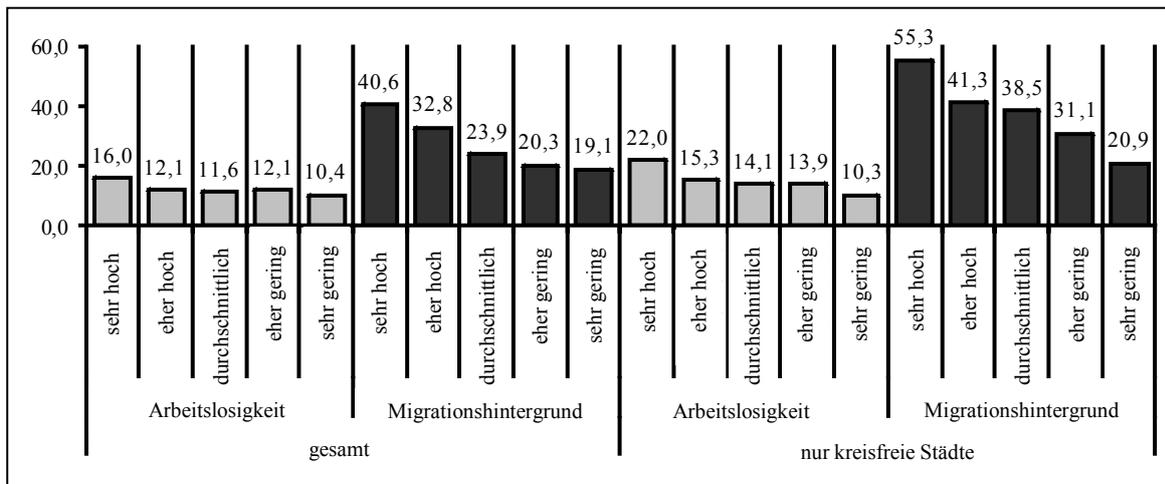


Quelle: Sonderauswertung der KFN-Schülerbefragung, KFN & empirica, 2011

Anhand der Stichprobe kann noch ein weiterer Zusammenhang verdeutlicht werden: Schulen in Soziale Stadt-Gebieten liegen, wie zu erwarten, in der Mehrheit in Stadtteilen, die als sehr oder eher benachteiligt eingestuft werden. Von den 50 Schulen in kreisfreien Städten, die in Soziale Stadt-Gebieten liegen, fallen 37 in die Stadtteilkategorie sehr oder eher benachteiligt.

Abbildung 3 zeigt das Ergebnis der Gruppierung für die Grundschuleinzugsbereiche, zusammengebracht mit den Informationen der Befragung. In den kreisfreien Städten spiegelt die ethnische und soziale Differenzierung der Schülerschaft sehr deutlich die modellierte Charakterisierung der Einzugsbereiche wider. In den Einzugsbereichen mit höchster Benachteiligung sind gemäß Befragung 22,0 % der Eltern arbeitslos. In den Einzugsbereichen mit niedrigster Benachteiligung liegt der Vergleichswert bei rd. 10,3 %. Noch stärker ausgeprägt sind die ethnischen Unterschiede, die nach aggregierten Angaben der Kinder bei 55,3 % (höchste Benachteiligung) und 20,9 % (niedrigste Benachteiligung) liegen. Die nachfolgenden Auswertungen konzentrieren sich in der Kinderstichprobe auf die kreisfreien Städte. Hier stehen Angaben von 2.660 Kindern zur Verfügung.

Abbildung 3: Arbeitslosigkeit und Migrationshintergrund (Basis Schülerbefragung) nach Benachteiligung des Stadtteils (Basis Modellerierung der Einzugsbereiche) in %

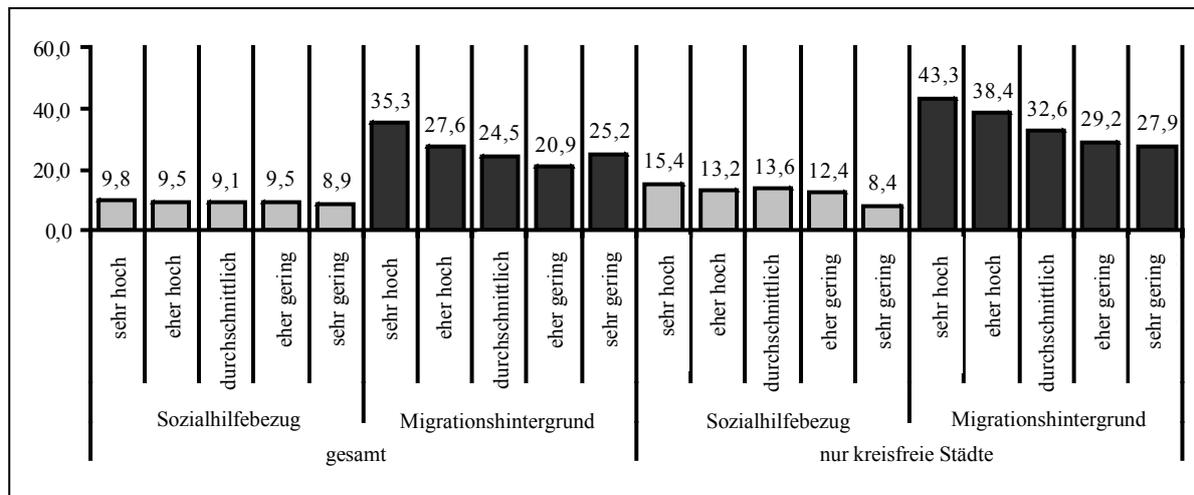


Quelle: Sonderauswertung der KFN-Schülerbefragung, KFN & empirica, 2011

Bei der Schülerstichprobe der 9. Klassen ergibt die Gruppierung der Einzugsbereiche eine recht vergleichbare Anzahl an Jugendlichen; d.h. zwischen 7.743 und 9.620 Jugendliche werden den fünf Gruppen zugeordnet.⁶ Im Gegensatz zu den Einzugsbereichen der Grundschulen zeigen sich in der Zusammenführung der Daten der Einzugsbereiche der weiterführenden Schulen mit den Individualdaten, dass die Zusammenhänge weniger stark ausgeprägt sind (Abbildung 4). Betrachten wir alle befragten Schüler der 9. Klassen, so ergibt sich nahezu kein Unterschied in der Sozialhilfequote nach Benachteiligung des Stadtteils. Insofern scheinen die drei Aggregatindikatoren (Anteil Personen mit Migrationshinweis, Anteil Wohnungen im Geschosswohnungsbau, Mietpreisniveau) eher für die größeren Städte eine valide Unterscheidung von Einzugsbereichen zu ermöglichen; in kleineren Städten und Gemeinden trifft dies weniger zu. Dies bedeutet, dass Auswertungen zum Einfluss des Einzugsbereichs/Stadtteils auf das Verhalten von Jugendlichen auf kreisfreie Städte beschränkt werden sollten. Diese Festlegung erscheint auch deshalb sinnvoll, weil die identifizierten Soziale Stadt-Schulen ebenfalls fast ausschließlich in kreisfreien Städten liegen. Um zu vermeiden, dass unterschiedliche Gebiete miteinander verglichen werden, beziehen sich die nachfolgenden Auswertungen daher nur auf kreisfreie Städte. Dies ist insofern unproblematisch, da weiterhin 13.913 Befragte aus 21 Städten für Auswertungen zur Verfügung stehen.

⁶ Im gesamten Bericht werden die Ergebnisse ungewichteter Daten vorgestellt. Wie Baier et al. (2009) ausführen, findet sich in den einzelnen Gebieten z.T. eine Verteilung der Schulformen, die nicht den Verhältnissen in der Grundgesamtheit entspricht. Diese Diskrepanzen, ebenso wie die Diskrepanzen im Anteil kreisfreier Städte und Landkreise können über eine Anpassungsgewichtung behoben werden. Dies ist aber nur dann nötig, wenn beansprucht wird, exakte Anteile bspw. bzgl. der Gewaltprävalenz in Deutschland zu schätzen. In diesem Bericht geht es hingegen darum, Unterschiede zu prüfen, weshalb auf die Gewichtung verzichtet werden kann.

Abbildung 4: Sozialhilfebezug und Migrationshintergrund nach Benachteiligung des Stadtteils (in %)



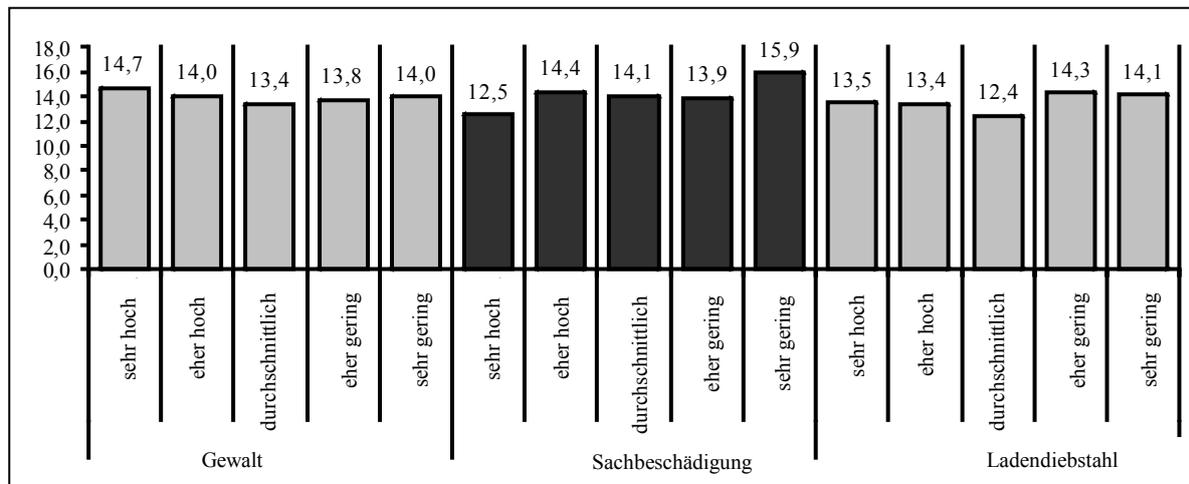
Quelle: Sonderauswertung der KFN-Schülerbefragung, KFN & empirica, 2011

4.1.4 Benachteiligte Stadtgebiete und Jugenddelinquenz

9. Jahrgangsstufe

In Abbildung 5 ist der Anteil an Jugendlichen dargestellt, die in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung mindestens eine Gewalttat, eine Sachbeschädigung oder einen Ladendiebstahl begangen haben; diese drei Delikte bilden die typischen Jugenddelikte ab. Erkennbar ist, dass es in den weniger benachteiligten Stadtteilen in etwa genauso häufig zu Jugenddelikten kommt wie in den benachteiligten Stadtteilen. Für die Sachbeschädigungen ergibt sich sogar ein leichter Trend dahingehend, dass mit einer Abnahme der Benachteiligung eine Zunahme des Anteils an Jugendlichen festzustellen ist, die mindestens eine Sachbeschädigung begangen haben. Es ist insofern zu folgern, dass die Delinquenzbelastung von Jugendlichen in benachteiligten Stadtgebieten nicht das zentrale Problem dieser Stadtteile darstellt. Auswertungen bezogen auf das Gewaltverhalten, getrennt für männliche und weibliche oder deutsche und nichtdeutsche Befragte, erzielen weitestgehend vergleichbare Ergebnisse. Bei männlichen Jugendlichen existiert am ehesten ein Effekt der Höherbelastung benachteiligter Stadtteile: In sehr benachteiligten Stadtteilen beträgt die Gewalttäterquote 23,5 %, in sehr gering benachteiligten Stadtteilen 20,1 %. Werden die Auswertungen nur auf Schüler aus Förder- und Hauptschulen beschränkt, ist ebenfalls ein solcher Unterschied vorhanden: Förder- und Hauptschüler aus sehr benachteiligten Gebieten haben zu 25,0 % mindestens eine Gewalttat begangen, Förder- und Hauptschüler aus sehr wenig benachteiligten Gebieten zu 19,9 %.

Abbildung 5: Delinquentes Verhalten nach Benachteiligung des Stadtteils – nur kreisfreie Städte (in %)



Quelle: Sonderauswertung der KFN-Schülerbefragung, KFN & empirica, 2011

Betrachten wir verschiedene Bedingungsfaktoren des delinquenten Verhaltens, dann ergeben sich weitestgehend keine Unterschiede zwischen den Befragten der einzelnen Stadtgebiete. Jeweils ein etwa gleich hoher Anteil der Jugendlichen hat in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung Gewaltübergriffe als Opfer erlebt oder kennt mehr als fünf delinquente Freunde. Für das Schulschwänzen zeichnet sich ab, dass in gering benachteiligten Gebieten seltener intensiv geschwänzt wird. Werden die Auswertungen hier nur auf Förder- und Hauptschüler beschränkt, treten die Unterschiede noch etwas stärker zutage. Signifikante Unterschiede sind in Bezug auf den Alkoholkonsum und das Erleben schwerer elterlicher Gewalt festzustellen: Dabei gehören Jugendliche aus geringer benachteiligten Stadtteilen öfter zur Gruppe der häufigen Alkoholkonsumenten; dieser Unterschied ist in erster Linie auf den höheren Migrantenanteil in benachteiligten Stadtteilen zurückzuführen, die grundsätzlich seltener Alkohol konsumieren. Für das Erleben elterlicher Gewalt gilt diese Erklärung hingegen nicht: Zwar ist bekannt, dass in Migrantenfamilien Kinder häufiger von elterlicher Gewalt berichten; doch auch wenn die Auswertungen nur auf deutsche Befragte beschränkt werden, bleibt der Befund bestehen, dass in geringer belasteten Stadtteilen seltener elterliche Gewalt ausgeübt wird als in hoch benachteiligten Stadtteilen.

Tabelle 3: Bedingungsfaktoren delinquenten Verhaltens nach Benachteiligung des Stadtteils – nur kreisfreie Städte (in % bzw. Mittelwerte)

Delinquentes Verhalten/ Benachteiligung des Stadtteils	sehr hoch	eher hoch	Durchschnittlich	eher gering	sehr gering
Gewaltopfer	17,8	16,5	17,4	16,9	17,5
über 5 delinquente Freunde	16,7	15,5	14,8	16,3	16,0
mind. 5 Tage geschwänzt	15,2	14,2	13,5	12,6	13,6
mind. 5 Tage geschwänzt (nur Förder- und Hauptschüler)	26,8	24,5	22,6	22,2	21,4
häufig Alkoholkonsum	17,1	20,1	20,1	19,6	22,7
häufig Alkoholkonsum (nur deutsche Jugendliche)	21,0	23,1	22,8	21,0	24,0
schwere Elterngewalt in Kindheit	19,6	17,8	15,4	14,2	13,1
schwere Elterngewalt in Kindheit (nur deutsche Jugendliche)	12,4	12,1	10,5	9,9	9,8
Zeit für Kneipe etc. gehen (in hh:mm)	01:04	01:08	01:05	01:06	01:06

Fett: Unterschiede signifikant bei $p < .05$

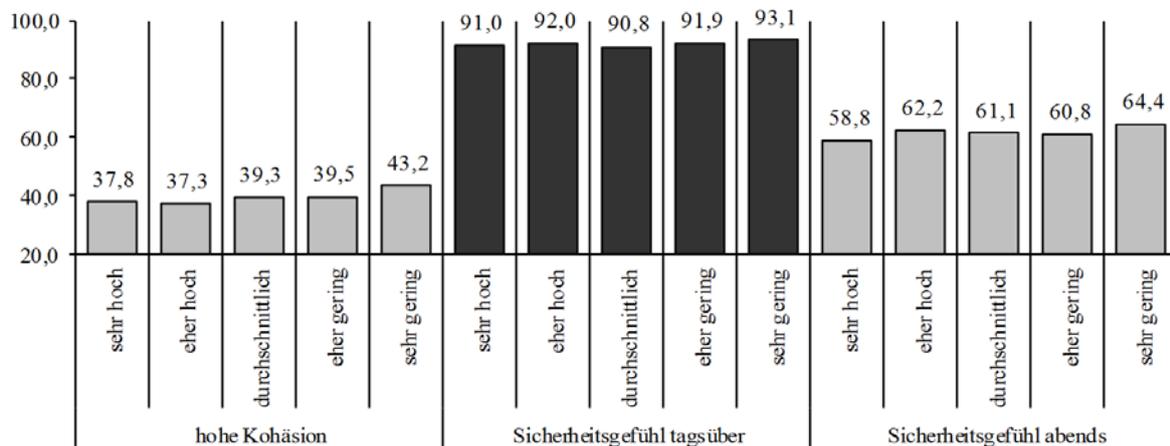
Quelle: Sonderauswertung der KFN-Schülerbefragung, KFN & empirica, 2011

Die genannten Einflussfaktoren sind weitestgehend in allen Stadtteilgruppen gleich relevant. Um die Anzahl der zu analysierenden Fälle pro Gruppe zu erhöhen, wurde in zwei Gruppen unterschieden: Jugendliche aus sehr hoch und eher hoch benachteiligten Stadtgebieten und Jugendliche aus eher gering bzw. sehr gering benachteiligten Gebieten. Alle genannten Bedingungsfaktoren erhöhen in benachteiligten wie in nicht benachteiligten Stadtteilen das Risiko der Gewalttäterschaft in den letzten zwölf Monaten. Nur ein einziger Unterschied ist festzustellen: Real- und Gesamtschüler weichen in ihrem Gewaltverhalten in gering benachteiligten Gebieten nicht signifikant von Förder- und Hauptschülern ab; in benachteiligten Stadtgebieten ist dies hingegen der Fall. Ansonsten gilt, dass das Geschlecht, die Bekanntschaft mit delinquenten Freunden, die Gewaltopferschaft und das Schulschwänzen die stärksten Einflussfaktoren des Gewaltverhaltens bilden. Die anderen Faktoren sind von geringerer Relevanz, stehen aber dennoch in signifikanter Beziehung mit dem Gewaltverhalten.

Neben dem delinquenten Verhalten wurden auch Indikatoren der subjektiven Sicherheit erhoben. Hierzu zählt zum einen die Einschätzung des Zusammenhalts der Nachbarschaft, zum anderen die Kriminalitätsfurcht. Um den Zusammenhalt einzuschätzen, sollten die Befragten Aussagen wie „Die Leute in meiner Nachbarschaft helfen sich gegenseitig“ oder „Man kann den Leuten in der Nachbar-

schaft vertrauen“ beurteilen. Um die Kriminalitätsfurcht zu messen, wurden die Jugendlichen gefragt, wie sicher sie sich tagsüber bzw. abends/nachts im Stadtteil draußen fühlen. Wenn bislang eher wenige Unterschiede zwischen den Stadtteilen gefunden werden konnten, so gilt mit Blick auf diese subjektiven Einschätzungen, dass die Unterschiede größer und auch signifikant ausfallen (vgl. Abbildung 6). In gering benachteiligten Stadtgebieten wird der soziale Zusammenhalt höher eingeschätzt und auch das Sicherheitsgefühl fällt insbesondere abends/nachts höher aus. Dies ist in gewisser Weise paradox: In benachteiligten Stadtteilen gibt es nicht mehr oder weniger Täter, die Sicherheit wird hier aber geringer eingeschätzt.

Abbildung 6: Subjektive Sicherheit nach Benachteiligung des Stadtteils – nur kreisfreie Städte (in %)



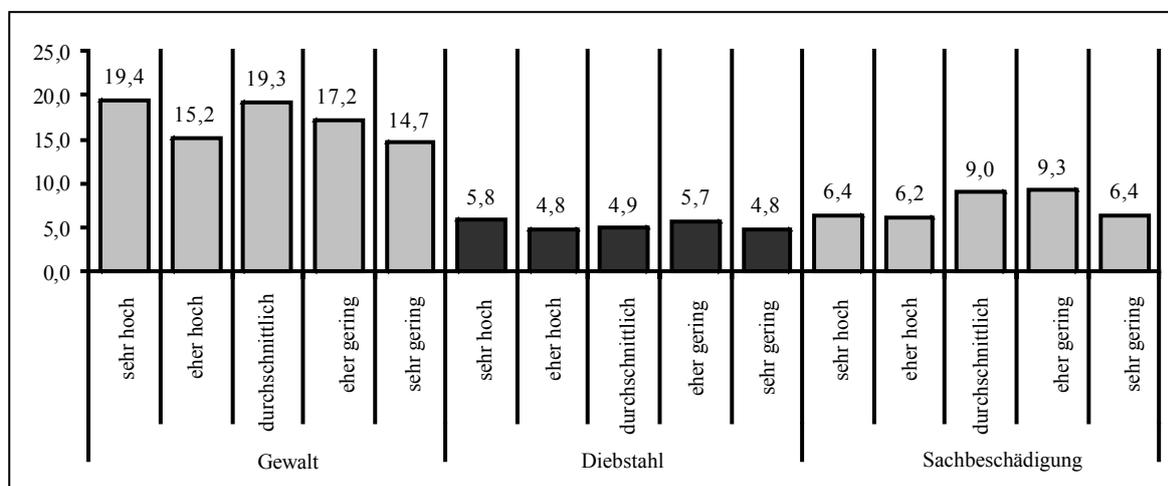
Quelle: Sonderauswertung der KFN-Schülerbefragung, KFN & empirica, 2011

In benachteiligten Gebieten fällt zudem die Anzeigebereitschaft etwas niedriger aus als in nicht benachteiligten Gebieten, wobei sich der Unterschied nicht als signifikant erweist. Es zeigt sich, dass 25,4 % der erlebten Gewaltdelikte in sehr hoch benachteiligten Stadtteilen zur Anzeige gelangen, in sehr gering benachteiligten Gebieten beträgt der Anteil 27,6 %. Grundsätzlich bleibt in allen Stadtgebieten also die Mehrzahl der jugendlichen Gewalttaten polizeilich unentdeckt; in benachteiligten Stadtteilen fällt das Dunkelfeld aber etwas höher aus.

4. Jahrgangsstufe

Die Auswertungen zum delinquenten Verhalten bei den Grundschulern bestätigen die Befunde, die in der 9. Jahrgangsstufe erzielt worden sind. Einen systematisch mit dem Status des Stadtgebiets variierenden Zusammenhang gibt es nicht.⁷ Dieser deutet sich beim Gewaltverhalten an, da die Kinder in sehr hoch benachteiligten Stadtgebieten zu 19,4 % mindestens einmal in den letzten zwölf Monaten Gewaltverhalten gezeigt haben, Kinder in sehr gering benachteiligten Stadtteilen hingegen zu 14,7 %. Allerdings ist der Zusammenhang nicht linear, da in den Zwischengruppen z.T. wieder höhere Anteile an gewalttätigen Kindern zu beobachten sind.

Abbildung 7: Delinquentes Verhalten nach Benachteiligung des Stadtteils – nur kreisfreie Städte (in %)



Quelle: Sonderauswertung der KFN-Schülerbefragung, KFN & empirica, 2011

Bezüglich der Bedingungsfaktoren findet sich ebenfalls ein vergleichbares Bild wie in der Neuntklässlerstichprobe. Der Anteil an Kindern mit einer hohen Anzahl an delinquenten Freunden variiert nicht über die Stadtteile. Gleiches gilt für den Anteil an Kindern, die die Schule geschwänzt haben. Für das Erleben elterlicher Gewalt findet sich ein leichter Rückgang, je weniger benachteiligt der Stadtteil ist; dieser Zusammenhang wird aber nicht als signifikant ausgewiesen. Wie in der Neuntklässlerstichprobe findet sich aber auch bei den Viertklässlern, dass der Alkoholkonsum⁸ mit zunehmender Benachteiligung rückläufig ist; dies gilt auch dann, wenn nur deutsche Kinder betrachtet werden. In sozial

⁷ Dass sich im Vergleich zur Neuntklässlerbefragung höhere Gewalttaten in der 4. Jahrgangsstufe zeigen, ist darauf zurückzuführen, dass hier auch leichtere Delikte einbezogen worden sind („einen anderen Kind so sehr weh getan, dass es geweint hat oder verletzt war“; vgl. zur Erfassung auch Baier et al. 2010, S. 271ff).

⁸ In der 4. Jahrgangsstufe wurde danach gefragt, ob man schon einmal mehr als einen Schluck Alkohol getrunken hätte; in der 9. Jahrgangsstufe wurde hingegen erhoben, ob man vier Substanzen (Bier, Wein, Schnaps, Alkopops) mindestens wöchentlich konsumiert.

weniger benachteiligten Stadtteilen scheint es demnach ein alkoholaффines Klima zu geben, das die Kinder, aber auch die Jugendlichen, zu häufigerem Konsum anhält.

Tabelle 4: Bedingungsfaktoren delinquenten Verhaltens nach Benachteiligung des Stadtteils – nur kreisfreie Städte (in % bzw. Mittelwerte)

Delinquentes Verhalten/ Benachteiligung des Stadtteils	sehr hoch	eher hoch	durchschnittlich	eher gering	sehr gering
Häufiger leichte Gewalt/schwere Gewalt	7,4	7,7	6,8	7,1	5,8
Drei und mehr delinquente Freunde	7,8	6,6	6,7	8,2	5,6
Alkohol getrunken	7,9	11,4	12,0	18,2	12,9
Alkohol getrunken (nur deutsche Kinder)	9,5	12,8	10,2	20,0	14,0
Geschwänzt	4,8	4,2	3,9	5,0	4,1

Fett: Unterschiede signifikant bei $p < .05$

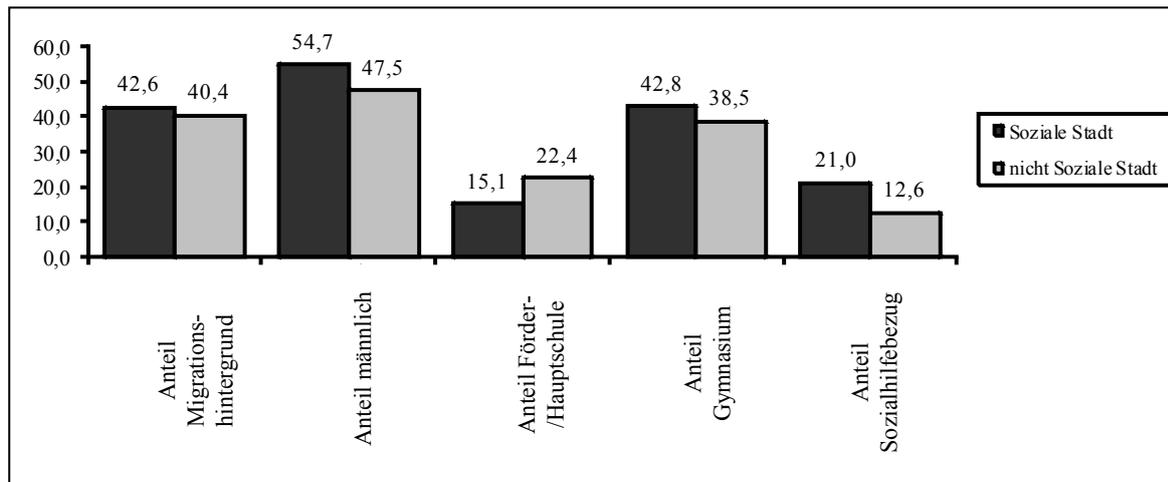
Quelle: Sonderauswertung der KFN-Schülerbefragung, KFN & empirica, 2011

Soziale Stadt-Gebiete und Jugenddelinquenz

Von den 50 Schulen, die in kreisfreien Städten in Soziale Stadt-Gebieten liegen⁹, finden sich 37 in Stadtteilen, die entsprechend der oben vorgestellten Klassifikation als sehr hoch oder eher hoch benachteiligt eingestuft worden sind. Um Schüler aus Schulen in Soziale Stadt-Gebieten mit anderen Schülern zu vergleichen, erfolgt daher eine Beschränkung auf jene Stadtteile, die sehr hoch oder eher hoch benachteiligt sind. Dies sind 5.385 Schüler, von denen 1.097 in Schulen in Soziale Stadt-Gebieten unterrichtet werden.

Abbildung 8 stellt dar, dass die Schüler der Schulen, die in Soziale Stadt-Gebieten unterrichtet werden, z.T. eine besondere Gruppe darstellen. Auffällig ist, dass sie deutlich häufiger davon berichten, dass die Familie Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II bezieht. Das verdeutlicht, dass Soziale Stadt-Gebiete noch einmal eine besondere Auswahl benachteiligter Stadtgebiete darstellen. Zweitens ergibt sich ein signifikant erhöhter Jungenanteil. Es ist davon auszugehen, dass dies ein Resultat der Stichprobenziehung ist und nicht auf Soziale Stadt-Gebiete generalisierbar ist. Gleichwohl muss dies natürlich in Analysen zur Delinquenz beachtet werden, da Jugendkriminalität in den meisten Bereichen Jungenkriminalität ist. Bezüglich des Schulbesuchs zeigt sich, dass die Schulen in der Stichprobe der Schülerbefragungen in Soziale Stadt-Gebieten nicht in der Mehrzahl Hauptschulen sind: Stattdessen werden sogar etwas mehr Schüler als in der Vergleichsgruppe Gymnasien erfasst.

Abbildung 8: Vergleich demographischer Variablen von Soziale Stadt-Gebieten und nicht Soziale Stadt-Gebieten – nur kreisfreie Städte, nur Befragte aus sehr hoch und eher hoch benachteiligten Stadtteilen (in %)

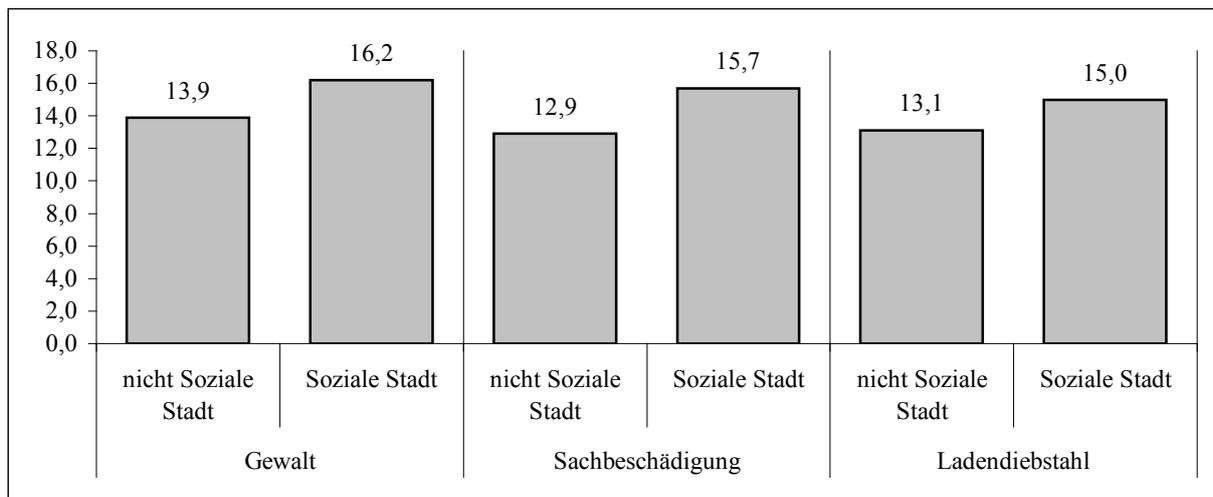


Quelle: Sonderauswertung der KFN-Schülerbefragung, KFN & empirica, 2011

Die Annahme, dass Soziale Stadt-Gebiete eine besondere Auswahl benachteiligter Stadtgebiete darstellen, erhält eine weitere Bestätigung, wenn die Delinquenzraten in Abbildung 9 verglichen werden. Für alle drei Formen der Jugenddelinquenz zeigt sich, dass Jugendliche aus Soziale Stadt-Gebieten häufiger als Täter in Erscheinung treten als Jugendliche in vergleichbar strukturierten Stadtteilen, die nicht als Soziale Stadt-Gebiet ausgewiesen sind. Aufgrund der geringeren Fallzahlen werden die Unterschiede jedoch nicht als signifikant ausgewiesen. Die Gebiete der Sozialen Stadt zeigen in der Stichprobe eine höhere Delinquenzbelastung. Die Höherbelastung der Soziale Stadt-Gebiete bleibt der Richtung nach bestehen, wenn bspw. das Geschlecht in Auswertungen berücksichtigt wird. Jungen in Soziale Stadt-Gebieten haben bspw. zu 23,5 % mindestens eine Sachbeschädigung begangen, Jungen in anderen Stadtteilen zu 20,6 %.

⁹ Unter Berücksichtigung der in 4.1 dargestellten methodischen Einschränkungen

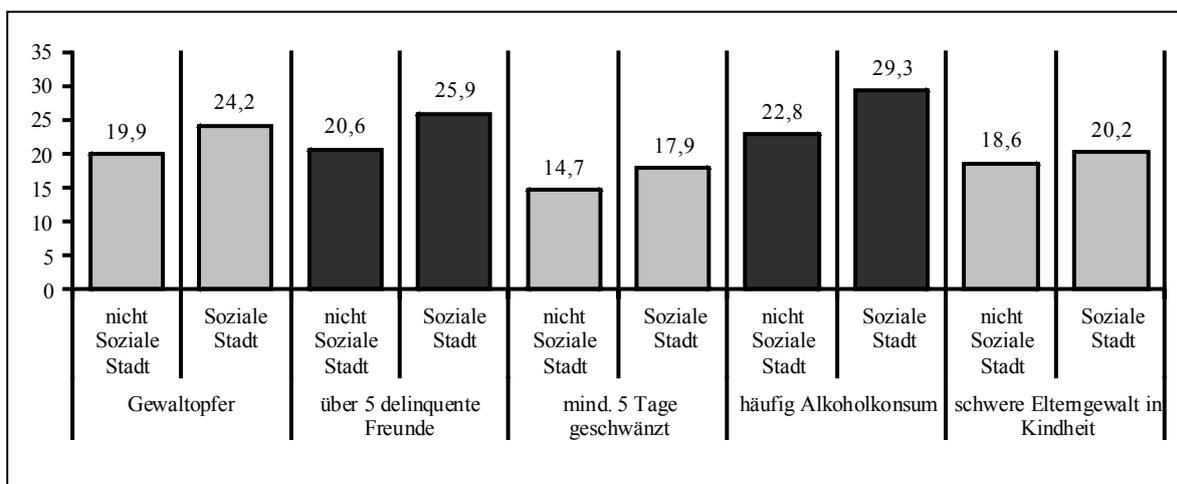
Abbildung 9: Vergleich des delinquenten Verhaltens in Soziale Stadt-Gebieten und nicht Soziale Stadt-Gebieten – nur kreisfreie Städte, nur Befragte aus sehr hoch und eher hoch benachteiligten Stadtteilen (in %)



Quelle: Sonderauswertung der KFN-Schülerbefragung, KFN & empirica, 2011

Auch ein Vergleich der Bedingungsfaktoren bestätigt die höhere Problembelastung der Sozialen Stadt-Gebiete, wobei die diesbezüglichen Auswertungen in Abbildung 10 auf männliche Jugendliche eingeschränkt wurden. Erkennbar ist, dass die Jugendlichen in Sozialen Stadt-Gebieten häufiger Gewaltopfer geworden sind, häufiger mehrere delinquente Freunde haben usw. Einzig im Bereich der elterlichen Gewalt fällt der Unterschied eher gering aus. Für weibliche Befragte ergeben sich der Tendenz nach vergleichbare Unterschiede, die aber weniger deutlich ausfallen.

Abbildung 10: Vergleich der Bedingungsfaktoren des delinquenten Verhaltens in Sozialen Stadt-Gebieten und nicht Sozialen Stadt-Gebieten – nur kreisfreie Städte, nur Befragte aus sehr hoch und eher hoch benachteiligten Stadtteilen, nur männliche Befragte (in %)



Quelle: Sonderauswertung der KFN-Schülerbefragung, KFN & empirica, 2011

Für die Indikatoren der subjektiven Sicherheit ergeben sich hingegen weniger eindeutige Befunde. Zwar stufen die Schüler in Soziale Stadt-Gebieten den Zusammenhalt zwischen den Anwohnern niedriger ein als Schüler, die nicht in Soziale Stadt-Gebieten wohnen. Der Anteil an Jugendlichen, die sich abends oder nachts im Stadtteil sicher fühlen, liegt aber in Soziale Stadt-Gebieten höher. Dies könnte ein Hinweis dafür sein, dass Maßnahmen des Soziale Stadt-Programms das Sicherheitsgefühl der anwohnenden Jugendlichen trotz höherer Delinquenzbelastung stärken¹⁰. Dies müsste mit einem entsprechenden methodischen Design analysiert werden, um dies empirisch bestätigen zu können.

4.1.5 Familiäre Armut und delinquentes Verhalten

Armut bzw. ein geringer sozialer Status wird in der Öffentlichkeit häufiger mit der Ausübung delinquenten Verhaltens in Beziehung gebracht. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung sprechen aber dafür, dass die soziale Lage kein zentraler Einflussfaktor der Delinquenz ist. Die Schülerbefragung des KFN hat wiederholt gezeigt, dass eine armutsnahe Lebenslage nicht mit dem Gewaltverhalten in Beziehung steht; d.h. Jugendliche aus entsprechenden Elternhäusern begehen nicht häufiger Gewalttaten. Allerdings gibt es einen Zusammenhang mit Eigentumsdelikten: Jugendliche aus Familien in armutsnaher Lebenslage begehen häufiger Ladendiebstähle und qualifizierte Diebstähle (u.a. Einbruchsdiebstahl). Dies lässt sich deprivationstheoretisch erklären: Bestimmte Güter, die den Jugendlichen aufgrund ihrer geringeren materiellen Möglichkeiten nicht zur Verfügung stehen, werden sich auf anderem Weg beschafft. Wichtiger als die armutsnahe Lebenslage ist, wenn es um die Erklärung des Gewaltverhaltens geht, der Bildungsstand. Hier konnte belegt werden, dass Schüler aus Förder- und Hauptschulen auch nach Berücksichtigung weiterer Faktoren (z.B. Erziehungsverhalten der Eltern, Medienkonsum) häufiger Gewalttaten begehen. Dies lässt sich damit erklären, dass es an diesen Schulen zu einer Verdichtung an Problemschülern kommt, die sich in ihrem Verhalten gegenseitig anstecken, positive Verhaltensvorbilder fehlen.

¹⁰ Die Sonderauswertung der Dunkelfeldbefragung zeigt eine höhere Delinquenzbelastung in den Einzugsbereichen mit Soziale-Stadt-Gebieten. Bei den Einschätzungen lokaler Experten zur Kriminalitätsbelastung in den Soziale-Stadt-Gebieten zeigen sich dagegen keine Unterschiede. Keiner der befragten lokalen Experten verfügt jedoch über eine vergleichbare Datengrundlage (Dunkelfeldbefragungsergebnisse). Zu berücksichtigen ist, dass die hier feststellbare höhere Delinquenzbelastung in den „Soziale Stadt –Einzugsbereichen“ in Relation zu anderen belasteten Einzugsbereichen gemessen wird. In den Kommunalbefragungen wird die Belastung aus Expertensicht dagegen im jeweiligen gesamtstädtischen Kontext bewertet. Die methodische Ungenauigkeit der größeren Einzugsbereiche bei der Schülerbefragung in den 9. Klassen betrifft sowohl die Einzugsbereiche mit Sozialen Stadt-Gebieten als auch die anderen Einzugsbereiche. Daher sind methodische Verzerrungen, die zu den unterschiedlichen Befunden führen, nicht wahrscheinlich.

4.1.6 Migration und Delinquenz

Die deutschlandweit repräsentative KFN-Schülerbefragung erlaubt es zudem, das delinquente Verhalten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in sehr differenzierter Form (d.h. für verschiedene Delikte und verschiedene Gruppen) zu analysieren. Dabei hat sich gezeigt, dass die Unterschiede zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund bei Eigentumsdelikten eher gering ausfallen. Sehr deutliche Unterschiede ergeben sich demgegenüber beim Gewaltverhalten. Während bspw. deutsche Jugendliche nur zu 3,3 % Mehrfachtäter der Gewalt sind (mind. fünf Gewalttaten in den letzten 12 Monaten), fällt der Anteil bei Jugendlichen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien mit 9,4 % am höchsten aus; ebenfalls hohe Werte sind für türkische sowie arabisch/nordafrikanische Jugendliche zu berichten. Nur für eine einzige Gruppe, die asiatischen Jugendlichen, fällt die Rate mit 2,6 % niedriger aus als die Rate der deutschen Jugendlichen. Die höhere Gewaltbelastung einiger Migrantengruppen lässt sich mittels folgender Faktoren vollständig erklären:

1. Der Stand der Integration fällt gerade für türkische Jugendliche oder Jugendliche aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien gering aus. Integration lässt sich dabei u.a. am Schulbesuch und an den Freundschaftsnetzwerken festmachen (strukturelle bzw. soziale Integration). Die genannten Migrantengruppen besuchen am seltensten ein Gymnasium und besitzen auch nur wenig Freundschaften zu einheimischen Deutschen; die Familien sind besonders häufig von Arbeitslosigkeit bzw. den Bezug von Sozialhilfe gekennzeichnet (vgl. Baier et al. 2010).
2. In den Familien herrscht häufiger ein Gewalklima, das sich darin äußert, dass die Kinder z.T. schwere Gewalt durch die eigenen Eltern erfahren. Das Erleben elterlicher Gewalt erhöht wiederum das Risiko, später selbst zum Gewalttäter zu werden (Baier et al. 2009).
3. Dieses innerfamiliäre Gewalklima findet seinen Niederschlag in gewaltakzeptierenden Einstellungen der Kinder und Jugendlichen. Im Rahmen der Befragungen werden die sogenannten Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen erfasst, d.h. die Einstellungen dazu, dass man als Mann die Familie und die eigene Ehre mit Gewalt verteidigen muss. Türkische, arabisch/nordafrikanische Jungen sowie Jungen aus Ländern des ehem. Jugoslawien stimmen diesen Normen am häufigsten zu.

Die höhere Gewaltbelastung von Migranten ist damit sozial und kulturell bedingt. Mit Blick auf die Beeinflussung dieser Faktoren sind neben Bildungsansätzen vor allem familiäre Ansätze gefordert, bereits frühkindliche Belastungen zu verringern. Die Auswertungen der Schülerbefragungen belegen zugleich, dass bei Konstanthaltung der genannten Belastungsfaktoren keine Unterschiede mehr zwischen den verschiedenen Gruppen bestehen; d.h. deutsche Jugendliche und bspw. türkische Jugend-

liche sind identisch häufig Gewalttäter, wenn sie höhere Schulformen besuchen, keine innerfamiliäre Gewalt erleben, den Männlichkeitsnormen nicht zustimmen.

4.1.7 Opferschaft und sozialräumliche Zusammenhänge

In den ersten Auswertungen haben sich nur geringe Zusammenhänge zwischen dem Benachteiligungsniveau von Stadtteilen und den Delinquenzraten gezeigt, wobei im Wesentlichen die Täterschaften betrachtet wurden. Gleiches gilt aber auch für die Gewaltopferschaften. Erfahrungen bzgl. Raubtaten, Körperverletzungen usw., die sich weitestgehend im öffentlichen Raum zutragen, wurden nur in Bezug auf Schüler der 9. Jahrgangsstufe untersucht. In sehr hoch benachteiligten Stadtteilen beträgt die Rate an dieserart viktimisierten Jugendlichen 17,8 %, in sehr gering benachteiligten Stadtteilen 17,5 %; auch in den drei anderen Stadtteilgruppen liegen die Raten in vergleichbarer Höhe. Es kann daher geschlossen werden, dass Eigenschaften des Stadtteils das Risiko, Opfer einer Gewalttat zu werden, kaum beeinflussen.

4.1.8 Extremgruppenvergleich

Die bisherigen Auswertungen haben nur einen geringen Zusammenhang zwischen der Benachteiligung eines Stadtteils und dem delinquenten Verhalten (bzw. den Bedingungsfaktoren dieses Verhaltens) gezeigt. Dies bedeutet, dass vom Benachteiligungsniveau eines Gebiets kein direkter Einfluss auf das Verhalten ausgeht. Denkbar ist allerdings, dass die Benachteiligung nur unter bestimmten Umständen negativ wirkt. Dies könnte bspw. dann der Fall sein, wenn ein Kind/Jugendlicher in sehr negativen oder aber sehr positiven familiären Verhältnissen aufwächst. Im Falle negativer familiärer Umstände könnte ein benachteiligter Stadtteil in Form der Kumulation von Risiken den Ausschlag dafür geben, dass ein Jugendlicher zum Täter wird; ein nicht benachteiligter Stadtteil könnte als Korrektiv wirken. Im Falle positiver familiärer Umstände könnte ein benachteiligter Stadtteil die Gelegenheiten für das Ausführen delinquenter Taten liefern (im Sinne einer Anreizstruktur). Wissenschaftliche Forschungen zu derartigen Interaktionseffekten gibt es bislang kaum, weshalb eine klare These, unter welchen Bedingungen welcher Effekt zu beobachten ist, nicht formuliert werden kann. Die nachfolgenden Auswertungen haben daher explorativen Charakter. Es wird sich nur auf die Schüler der 4. Jahrgangsstufe beschränkt, weil die Zuordnung zu einem Stadtteil, die auf Basis der Einzugsbereiche der Schulen vorgenommen wurde, hier valider erscheint.

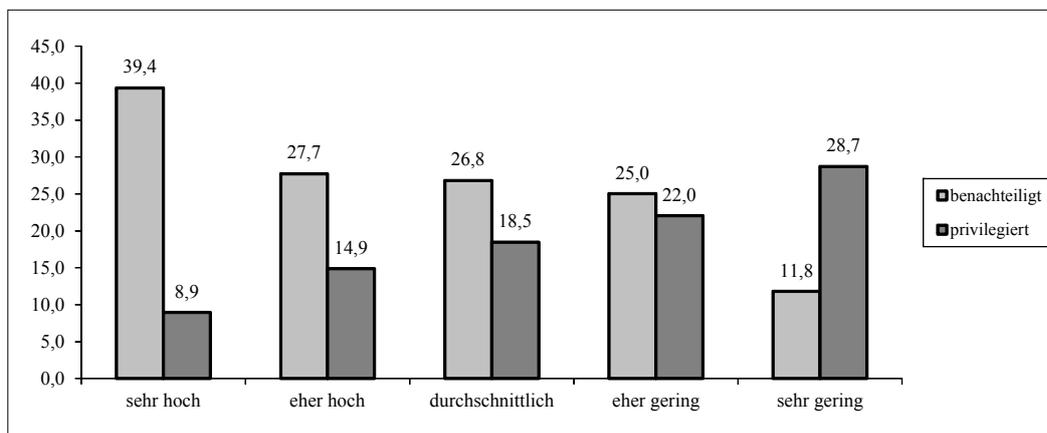
Ob die familiären Bedingungen als eher positiv oder als eher negativ einzustufen sind, kann entlang einer eher materiellen und einer eher kulturellen Dimension bestimmt werden. Hinsichtlich des materiellen Status der Familie wurden den Viertklässler fünf Fragen zur Beantwortung vorgelegt (vgl. auch Klocke/Becker 2003):

1. Wie viele Autos die Familie besitzt.
2. Wie viele Bücher die Familie besitzt.
3. Wie häufig die Familie im letzten Jahr in den Urlaub gefahren ist.
4. Ob mindestens ein Elternteil derzeit arbeitslos ist.
5. Ob man zu Hause über ein eigenes Zimmer verfügt.

Aus den Antworten wurde ein Index gebildet, mit dem der Benachteiligungsgrad der Familie bestimmt werden kann. Der Index wurde anschließend in fünf gleich große Gruppen eingeteilt, nachfolgend werden dabei nur das Fünftel der Schüler mit den niedrigsten Werten („benachteiligt“) und das Fünftel mit den höchsten Werten („privilegiert“) betrachtet. Hinsichtlich der familiär-kulturellen Dimension soll zwischen Schülern unterschieden werden, die zu Hause keine elterliche Gewalt in den letzten vier Wochen erlebt haben und den Schülern, die elterliche Gewalt erlebt haben.

Abbildung 11 zeigt zunächst erwartungsgemäß, dass der Anteil an benachteiligten Familien mit abnehmender Benachteiligung des Stadtteils abnimmt; demgegenüber ist der höchste Anteil privilegierter Familien in sehr gering benachteiligten Stadtteilen zu finden. Zwischen der familiären Benachteiligung und der Benachteiligung des Stadtteils besteht also ein Zusammenhang; anders ausgedrückt: Privilegierte Familien leben eher in privilegierten Stadtteilen und umgekehrt.

Abbildung 11: Materieller Status nach Benachteiligung des Schuleinzugsbereichs – nur kreisfreie Städte (in %)



Anmerkung: Die Höhe der Säulen (y-Achse) zeigt den jeweiligen Anteil privilegierter bzw. benachteiligter Familien nach Angaben der Schülerbefragung. Auf der x-Achse sind die Nachbarschaften hinsichtlich ihrer Benachteiligungen (nach statistischen Merkmalen) in 5 Klassen abgebildet, von sehr hoher Benachteiligung (linke Säulen) bis sehr geringer Benachteiligung (rechte Säulen).

Quelle: Sonderauswertung der KFN-Schülerbefragung, KFN & empirica, 2011

Wird die Delinquenzbelastung nun in differenzierterer Weise mit der Benachteiligung (Stadtteil bzw. Familie) in Beziehung gesetzt, bestätigt sich die Annahme, dass das Aufwachsen in nicht benachteiligten Stadtteilen bei familiären Problemlagen schützend wirkt; ein positives Umfeld kann insofern helfen, dass sich negative familiäre Umstände nicht in Problemverhalten übersetzen. Dies lässt sich am Beispiel des Gewaltverhaltens illustrieren: Während 16,8 % der Kinder aus Familien mit geringem Status in benachteiligten Stadtteilen mindestens eine Gewalttat in den letzten 12 Monaten begangen haben, sind es bei den Familien mit gleichem Status, die aber in sehr gering benachteiligten Stadtteilen leben, nur 10,0 %. Mit Ausnahme des Schulschwänzens ergeben sich auch bei den anderen Variablen vergleichbare Zusammenhänge. Bei Kindern aus Familien mit hohem Status scheint sich der Stadtteil hingegen weniger eindeutig auszuwirken: Z.T. findet sich ein schützender (bspw. Diebstahl), z.T. aber auch ein akzelerierender Effekt (bspw. Alkohol).

Für die kulturelle Dimension bestätigen sich die Befunde, wobei die Unterschiede geringer und nicht signifikant ausfallen: Kinder aus Familien, in denen Gewalt angewendet wird, sind in benachteiligten Stadtteilen zu 26,7 % Gewalttäter gewesen, in nicht benachteiligten Stadtteilen nur zu 24,1 %. Diese Unterschiede zeigen sich wiederum bei allen Variablen mit Ausnahme des Schwänzens. Bei Schülern, die zu Hause keine Gewalt erfahren haben, ergibt sich tendenziell ebenfalls eine schützende Rolle des nicht benachteiligten Stadtteils.

Tabelle 5: Stadtteil und familiäre Situation (in %)

Delinquentes Verhalten/ Familiensituation	Familiärer Status gering Stadtteil: sehr hoch benachteiligt	Familiärer Status gering Stadtteil: sehr gering benachteiligt	Familiärer Status hoch Stadtteil: sehr hoch benachteiligt	Familiärer Status hoch Stadtteil: sehr gering benachteiligt	Keine elterliche Gewalt Stadtteil: sehr hoch benachteiligt	Keine elterliche Gewalt Stadtteil: sehr gering benachteiligt	Elterliche Gewalt Stadtteil: sehr hoch benachteiligt	Elterliche Gewalt Stadtteil: sehr gering benachteiligt
Gewalt	16,8	10,0	18,2	22,0	17,0	11,7	26,7	24,1
Diebstahl	4,2	4,0	9,1	6,3	5,2	4,9	7,8	4,6
Sachbeschädigung	7,3	4,0	6,8	10,2	4,7	5,5	12,1	9,3
Drei und mehr delinq. Freunde	8,1	1,9	6,7	7,0	6,1	4,2	12,5	10,2
Alkohol getrunken	5,8	4,0	6,8	17,5	6,4	13,5	12,1	11,1
Geschwänzt	5,3	10,0	6,8	4,7	3,8	2,4	7,8	9,3

Quelle: Sonderauswertung der KFN-Schülerbefragung, KFN & empirica, 2011

Zu beachten ist, dass die Auswertungen aufgrund der Gruppeneinteilungen letztlich auf wenigen Fallzahlen beruhen. Dennoch deutet sich an, dass gut strukturierte, nicht benachteiligte Stadtteile gerade für Kinder aus belasteten Elternhäusern eine positive Entwicklungsumwelt darstellen können und damit z.T. die Belastungen im familiären Bereich auszugleichen vermögen. Dies bedeutet zugleich auch, dass benachteiligte Stadtteile vor allem für Schüler aus benachteiligten Familien eine Risikoumwelt darstellen. Zu den hier untersuchten Zusammenhängen scheinen gleichwohl weitere Untersuchungen geboten.

4.1.9 Zwischenfazit

Studien in den USA waren die wissenschaftlichen Vorreiter und bestätigen Zusammenhänge zwischen sozio-ökonomischen Bedingungen von Stadtteilen und abweichenden Einstellungen und Verhaltensweisen von Bewohnern. In benachteiligten Stadtteilen steigen insbesondere die Risiken, dass Jugendliche delinquentes Verhalten zeigen. Mit dem Konzept der kollektiven Wirksamkeit als Einflussfaktor für das Auftreten abweichenden Verhaltens werden die wissenschaftlichen Erkenntnisse weiter präzisiert. Schließlich können Wirkungszusammenhänge auch experimentell nachgewiesen werden.

Die bisherigen empirischen Befunde in Deutschland weisen einen geringen Einfluss struktureller Stadtteilmerkmale auf Einstellung und Verhalten von Jugendlichen auf. Indirekt wirken sozialräumliche Einflussfaktoren jedoch auf die Sozialisationsfaktoren. Die empirische Überprüfung kleinräumiger Zusammenhänge anhand der Sonderauswertung der KFN-Dunkelfeldbefragung im Rahmen dieser Studie bestätigt zunächst den bisherigen Forschungsstand in Deutschland, dass kein sehr ausgeprägter Zusammenhang zwischen Benachteiligung des Stadtteils und der Delinquenzneigung besteht. Deutlich wird hingegen, dass gering belastete Stadtteile für benachteiligte Familien einen Schutzeffekt bedeuten. Zudem bestätigt sich, dass sich sozialräumliche Benachteiligung auf die Wahrnehmung der Kriminalität (Kriminalitätsfurcht) auswirkt.

Mit den beschriebenen methodischen Einschränkungen können bei den Schülern der identifizierten Soziale Stadt-Gebiete höhere Delinquenzbelastungen gemessen werden als in vergleichbaren Gebieten, die nicht Soziale Stadt-Gebiete sind. Es ist davon auszugehen, dass sich hier die besondere Benachteiligungslage der Gebiete widerspiegelt, also der Grund für die Auswahl als Städtebauförderungsgebiete. Auffällig ist gleichzeitig der Befund einer geringeren Kriminalitätsfurcht bei den Schülern der Soziale Stadt-Gebiete gegenüber vergleichbaren Gebieten. Wie wissenschaftliche Studien zeigen, steht die Kriminalitätsfurcht nicht im Zusammenhang mit der objektiven Kriminalitätsbelastung. Ein Grund könnte sein, dass z.B. städtebauliche Maßnahmen im Rahmen der Sozialen Stadt die

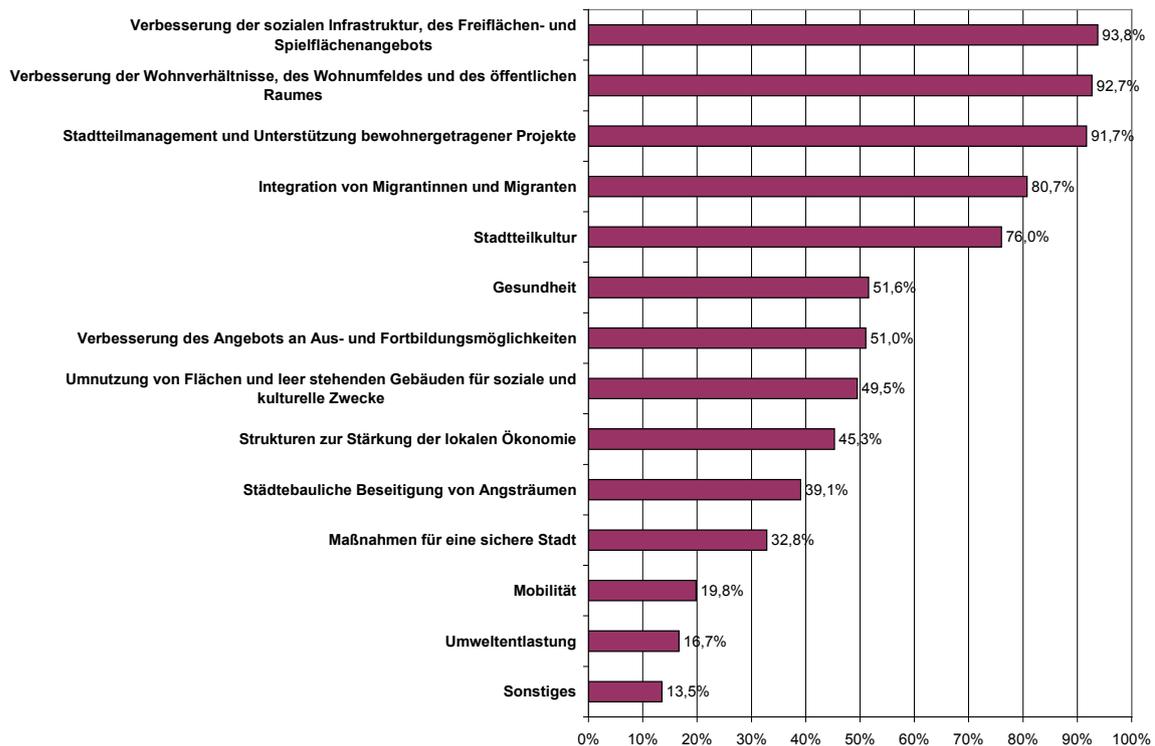
Wahrnehmung bereits positiv beeinflusst haben, während Veränderungen von Sozialisationsfaktoren durch soziale Maßnahmen eher langfristig wirken.

4.2 Gewalt- und Kriminalprävention in den Soziale Stadt-Programmgebieten

Im folgenden Kapitel wird die Kriminalsituation in den Gebieten der Sozialen Stadt dargestellt. Im Rahmen einer internetgestützten Befragung aller Programmgebiete wurde geprüft, inwieweit diese von Gewalt und Kriminalität betroffen sind und welchen Stellenwert die Thematik in den jeweiligen Quartieren hat. Ergänzend zur schriftlichen Befragung wurden 11 Fallstudien ausgewählt, vor Ort besucht und analysiert. Steckbriefe zu verschiedenen Themenschwerpunkten in den Fallstudien machen deutlich, welche unterschiedlichen Formen von Kriminalität bzw. Unsicherheit es in den Gebieten gibt und mit welchen Ansätzen, Instrumenten und Kooperationsformen der jeweiligen Problematik begegnet wird.

4.2.1 Relevanz des Themas Gewalt- und Kriminalprävention in den Soziale Stadt-Programmgebieten

Kern des Programms Soziale Stadt ist ein umfassender Aufwertungsansatz für benachteiligte Quartiere und eine fachübergreifende Zusammenarbeit im Sozialraum. Dementsprechend spielen mehrere Handlungsfelder im Rahmen der Umsetzung eine Rolle (vgl. Abbildung 12). Gemäß der Ausrichtung des Programms liegen sie schwerpunktmäßig in der Verbesserung der sozialen Infrastruktur, des Freiflächen- und Spielflächenangebots (93,8 %), Verbesserung der Wohnverhältnisse, des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raumes (92,7 %) sowie Stadtteilmanagement und Unterstützung bewohnergetragener Projekte (91,7 %). Maßnahmen zur Beseitigung von städtebaulichen Angsträumen und für eine sichere Stadt werden in 39,1 % bzw. 32,8 % der Programmgebiete durchgeführt.

Abbildung 12: Maßnahmen im Rahmen des Programms Soziale Stadt

Frage: Welche der folgenden Maßnahmen werden im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt bzw. im Kontext mit diesem durchgeführt?

Anmerkung: Mehrfachnennungen möglich, Prozentangaben beziehen sich auf alle 192 Gebiete, die geantwortet haben.

Quelle: Eigene Erhebungen

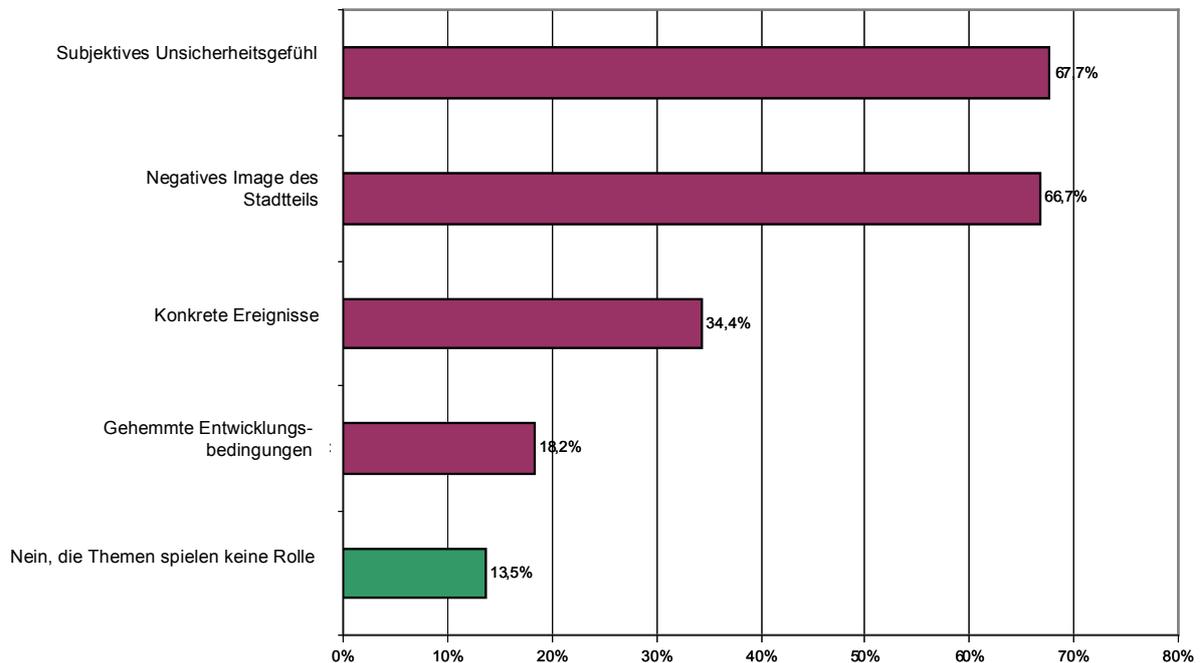
empirica

4.2.2 Große Bedeutung der Aspekte Unsicherheitsgefühl und negatives Image

In Soziale Stadt-Gebieten mit sozialräumlichem Handlungsbedarf sind emotionale Belastungen durch Kriminalitätsfurcht und „gefühlte Unsicherheit“ stärker ausgeprägt. Auch die Ergebnisse der Sonderauswertung verdeutlichen den starken Zusammenhang zwischen der strukturellen räumlichen Belastung und der Kriminalitätsfurcht und einem gleichzeitig fehlenden Zusammenhang mit der empirischen Kriminalitätsbelastung (vgl. 4.1). Von daher erstaunt es nicht, dass nur bei 13,5 % der befragten Programmgebiete das Thema Sicherheit, Gewalt und Kriminalität keine Rolle spielt (vgl. Abbildung 13). Somit haben diese Themen bei knapp 87 % der Programmgebiete eine Relevanz. Die Bedeutung der Themen Sicherheit, Gewalt und Kriminalität sind vor allem dem subjektiven Unsicherheitsgefühl geschuldet (vgl. Abbildung 13). Zudem spielen bei etwa zwei Drittel der Programmgebiete die Themen Sicherheit, Gewalt und Kriminalität im Zusammenhang mit einem negativen Außenimage eine Rolle. Kriminalität im Zusammenhang mit konkreten Ereignissen haben eine geringe Bedeutung (ein Drittel der Gebiete).

Abbildung 13: Rolle der Themen Sicherheit, Gewalt und Kriminalität

Die Themen Sicherheit, Gewalt und Kriminalität spielen im Gebiet eine Rolle und zwar im Zusammenhang mit...



Frage: Spielen die Themen Sicherheit, Gewalt und Kriminalität im Programmgebiet eine Rolle?

Anmerkung: Mehrfachnennungen möglich, Prozentangaben beziehen sich auf alle 192 Gebiete, die geantwortet haben.

Quelle: Eigene Erhebungen

empirica

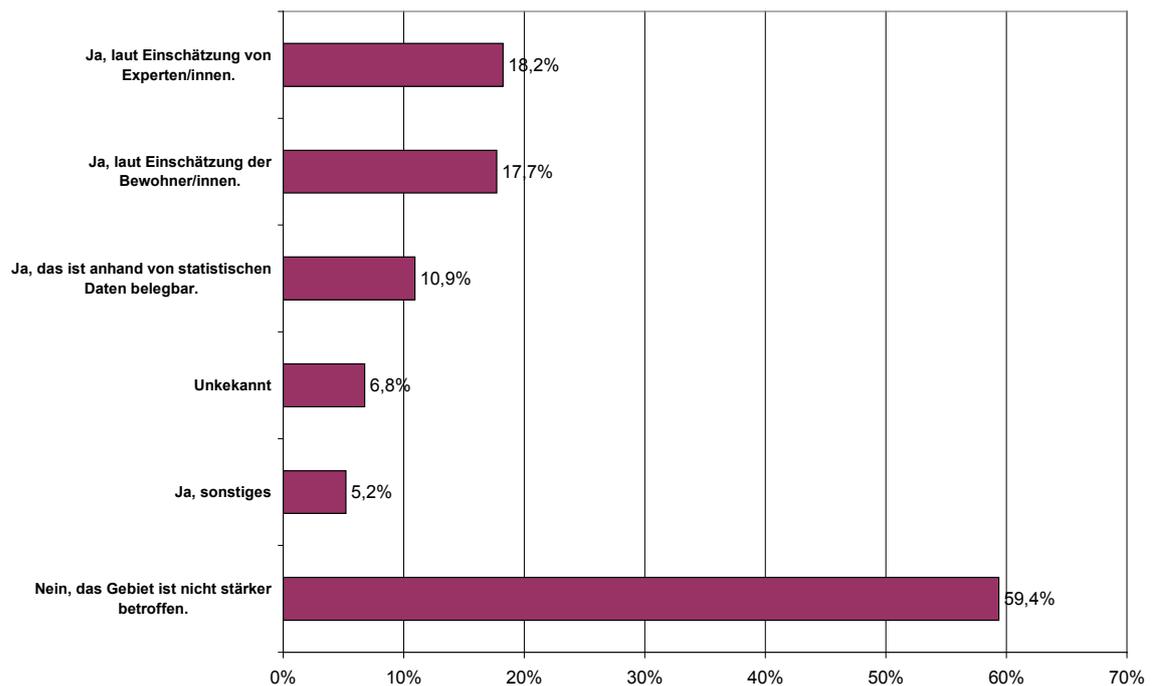
Auch die Befragungen der Interviewpartner im Rahmen der Untersuchung der Fallstudien zeigen, dass die Themen „subjektives Unsicherheitsgefühl und negatives Image“ Schwerpunktthemen sind, mit denen sich die Experten vor Ort auseinandersetzen. In vielen Gebieten werden im Rahmen des Programms Soziale Stadt Ansätze verfolgt, die aufzeigen, wie mit Hilfe baulicher Maßnahmen – in der Regel einhergehend mit unterschiedlichen Beteiligungsverfahren – subjektive Unsicherheitsgefühle (vgl. Stuttgart Kapitel 4.2.3) und negatives Außenimage (vgl. Raunheim, Kapitel 4.2.3) vermieden werden können. Die Bandbreite der baulichen Maßnahmen in den Fallstudien ist weit. Sie reicht von der Umgestaltung von Plätzen und Wegeverbindungen über die (Neu-)gestaltung von Grünbereichen bis hin zu baulichen Maßnahmen an den Häusern, wie z.B. eine offenere Eingangsgestaltung.

Es kann jedoch nur in etwa jedem zehnten der befragten Gebiete statistisch nachgewiesen werden, dass das Gebiet im gesamtstädtischen Vergleich stärker von Gewalt und Kriminalität betroffen ist. Laut Einschätzung der Experten sind rund 60 % der befragten Gebiete nicht stärker von Gewalt und Kriminalität betroffen als andere städtische Teilräume (vgl. Abbildung 14). Somit trifft für nur etwa 40 % der untersuchten Gebiete zu, dass die Betroffenheit im städtischen Vergleich höher ausfällt. Bei den Besuchen der Fallstudien vor Ort wurde überwiegend bestätigt, dass die Programmgebiete im Vergleich zur Gesamtstadt nicht stärker durch Gewalt und Kriminalität belastet sind.

Auch die Sonderauswertung auf Basis der Dunkelfeldbefragung zeigt keine gravierenden Unterschiede der Delinquenzbelastung von Jugendlichen in Abhängigkeit von den Wohnquartieren. Eine empirisch nachweisbar höhere Kriminalitätsbelastung ist nicht das zentrale Problem dieser Stadtteile, auch wenn für einzelne Gruppen und Deliktarten Effekte messbar sind. Allerdings lassen sich diese Effekte wiederum aus den Sozialisationsfaktoren erklären.

Abbildung 14: Betroffenheit der Programmgebiete im städtischen Vergleich

Das Gebiet ist stärker von Kriminalität betroffen als andere städtische Teilräume:



Frage: Ist das Programmgebiet stärker von Kriminalität betroffen als andere städtische Teilräume?

Anmerkung: Mehrfachnennungen möglich, Prozentangaben beziehen sich auf alle 192 Gebiete, die geantwortet haben.

Quelle: Eigene Erhebungen

empirica

4.2.3 Praxisbeispiele: Bauliche Maßnahmen als Antwort auf Unsicherheitsgefühle und negatives Außenimage

Stuttgart – Zuffenhausen/Rot



Stadt: 607.000 EW

Stadtquartier: ca. 10.000 EW

Quartierstyp: Überwiegend Geschosswohnungsbau, 1950/60er Jahre

Soziale Stadt-Gebiet seit: 2003

Ausgangssituation

In dem Gebiet Zuffenhausen/Rot gibt es überwiegend nur kleine Wohnungen. Die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum ist gering. Dies veranlasst viele junge Familien und junge Bewohner aus dem Gebiet wegzuziehen.

Jeder vierte Bewohner hat einen Migrationshintergrund.

Mit Blick auf Gewalt und Kriminalität sind Diebstahl, Sachbeschädigung und leichte Körperverletzung die häufigsten Formen. Ein besonderes Problem stellen Alkohol trinkende Männer im öffentlichen Raum dar. Unter anderem deswegen leidet der Stadtteil unter einem negativen Image.

Im Rahmen des Programms Soziale Stadt wurden Maßnahmen zur Gewalt- bzw. Kriminalitätsprävention ergriffen, indem Wege und Aufenthaltsräume neu gestaltet wurden. Die Nutzergruppe der Alkoholabhängigen wurde in den Planungsprozess einbezogen.

Vermeidung subjektiv empfundener Bedrohung durch bauliche Maßnahmen in Kombination mit Bewohnerbeteiligung

In dem Stadtteil Stuttgart-Zuffenhausen/Rot haben sich das Quartiersmanagement und die Stadt mit den Themen subjektives Unsicherheitsgefühl der Bewohner und negatives Außenimage des Stadtteils auseinandergesetzt. Ursache für die Missstände war der Aufenthalt von Gruppen – überwiegend aus einem Wohnheim mit 150 Plätzen für wohnungslose Männer – die sich zum Alkoholkonsum an verschiedenen Orten in der Nachbarschaft trafen. Vor allem die Begleiterscheinungen, wie auffällige Betrunkene, Lärm und Verunreinigungen führten zu Konflikten mit den Bewohnern. Viele Bewohner, vor allem Ältere und Kinder, fühlten sich verunsichert und haben die Trefforte der Trinker gemieden. Wegen der Unsicherheitsgefühle wurde der öffentliche Raum kaum genutzt.

Das Quartiersmanagement hat in Zusammenarbeit mit dem Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung verschiedene Maßnahmen initiiert, um diesem subjektiven Unsicherheitsgefühl und dem image-schädigenden Bild entgegen zu wirken. So wurde u.a. ein Treffpunkt an einem Ort, der keine negative Auswirkung hat, geschaffen. Vor der Gestaltung des Treffortes wurde eine Befragung durchgeführt, um zu klären, wie sich die Probleme für die verschiedenen Bewohner, Akteure und Betroffenen äußern und um gemeinsame Lösungen zu finden. Diese Gespräche wurden mit Bewohnern, sozialen Trägern, der Polizei und den betroffenen Männern geführt. Gemeinsam wurde ein Platz ausgesuchwählt, der in der Nähe des Wohnheims liegt und von dem keine Störungen ausgehen, wenn sich hier viele Männer z.B. an heißen Sommertagen aufhalten (keine direkte Angrenzung von bewohnten Häusern). Bei der Platzgestaltung, die unter Anleitung eines Künstlers erfolgte, wurden die betroffenen Männer beteiligt. Im Vorfeld der Platzgestaltung wurde ein Projekt „Sitzen im öffentlichen Raum“ initiiert. Aus alten Stühlen wurden herrschaftliche Throne gebaut, die im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung im Stadtteil präsentiert wurden. Auf diese Weise wurde die Bevölkerung nicht nur für das Thema „Sitzen im öffentlichen Raum“, sondern auch die individuelle Würde jedes Einzelnen sensibilisiert. Es haben Bürger, Politiker, Polizei, Verwaltung, Anwohner und die betroffenen Männer an der Veranstaltung teilgenommen. Zusätzlich ist es gelungen, einige der Männer bei der Pflege der öffentlichen Grünanlagen einzubinden.

Die Resonanz des Projektes ist sehr positiv. Die Gruppe der betroffenen Männer ist froh, dass sie nicht verdrängt, sondern ernst genommen wird und gemeinsam mit ihnen eine für alle Bewohner verträgliche Lösung in der Nachbarschaft gefunden wurde. Der neue Standort wird sowohl von ihnen aber auch von der übrigen Bewohnerschaft akzeptiert. Parallel wurden durch die gemeinsamen Planungen und das erweiterte Kunstprojekt Beteiligungsformen entwickelt, die über den Interessenausgleich auch Kontaktmöglichkeiten der unterschiedlichen Bewohnergruppen geschaffen haben. Diese haben dazu geführt, dass bei den Bewohnern Ängste abgebaut wurden. Des Weiteren wurde der bisher ge-

miedene öffentliche Raum mit neuem Leben gefüllt und durch die öffentlichen Veranstaltungen konnte positiv für das Außenimage geworben werden. Dies hat nachhaltig zu einem veränderten Image geführt.

Kunstprojekt „Sitzen im öffentlichen Raum“
(Foto: Landeshauptstadt Stuttgart)



Grünpflege: Einbindung der Betroffenen
(Foto: Landeshauptstadt Stuttgart)



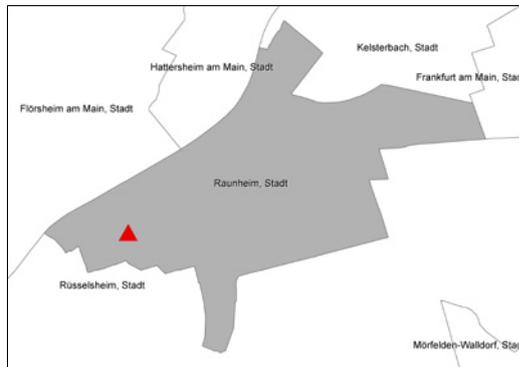
Öffentliche Veranstaltung vor Ort
(Foto: Landeshauptstadt Stuttgart)



Neu gestalteter Platz
(Foto: Wolfgang Zaumseil)



Raunheim – Ringstraße



Stadt: 14.800 EW

Stadtquartier: 5.500 EW

Quartierstyp: Geschosswohnungsbau der 1960er sowie 1970er Jahre

Soziale Stadt-Gebiet seit: 2001

Ausgangssituation

Jeder vierte Bewohner des Stadtteils ist unter 21 Jahren und der Anteil an Bewohnern mit Migrationshintergrund (75 %) und der an Arbeitslosen ist überdurchschnittlich hoch.

Obwohl das Gebiet im stadtweiten Vergleich nicht überdurchschnittlich von Kriminalität betroffen ist, spielen die Themen Sicherheit, Gewalt und Kriminalität im Zusammenhang mit dem subjektiven Sicherheitsgefühl eine zentrale Rolle. Kriminalität und Gewalt treten im Gebiet in verschiedenen Formen auf, wobei bezüglich Vandalismus der größte Handlungsbedarf besteht.

Im Gebiet spielt Präventionsarbeit und die Arbeit mit Jugendlichen eine zentrale Rolle. Das Quartiersmanagement hat im Rahmen des Raunheimer Netzwerkes gegen Gewalt und Kriminalität, wie bei der Präventionsarbeit an Schulen, mit der Polizei zusammengearbeitet. Um gegen Vandalismus vorzugehen wurde das Projekt ‚Gestalten statt zerstören‘ für die Zielgruppen von Kindern und Jugendlichen initiiert.

Raunheim – Ringstraße siehe auch Kapitel 4.2.5 und 4.2.16.

Imageverbesserung durch Funktionsstärkung

Die „Ringstraßensiedlung“ in Raunheim (Hessen) hatte in der Gesamtstadt ein sehr schlechtes Außenimage aufgrund des vernachlässigten baulichen Zustandes und der Bewohnerstruktur. Das durch Hochhäuser und Geschosswohnungsbau der 60er Jahre charakterisierte Wohngebiet stand seit Entstehung im starken Kontrast zum alten Ortskern. Die neuen Bewohner der Siedlung in den

1960er/70er Jahren waren Arbeitsmigranten, die für große Firmen sowie als Mitarbeiter des Flughafens aus ganz Deutschland zuzogen. Durch die Realisierung eines größeren Neubaugebietes mit Einfamilienhäusern fand seit den 1990er Jahren ein Bewohnerwandel statt. Viele Erstbewohner zogen in ein Einfamilienhaus, während die freiwerdenden Wohnungen vor allem durch Migranten aus dem Ausland bezogen wurden. Viele davon konnten kaum Deutsch und das Thema „Integration“ bekam eine neue Dimension für die Siedlung. Es entstanden soziale Spannungen in der Siedlung und das Image der Siedlung wurde zunehmend schlechter (hoher Anteil an Migranten, viele Konflikte zwischen den Bewohnern, ungepflegtes Wohnumfeld, schlechter baulicher Zustand etc.).

Um das Wohlbefinden bzw. subjektive Sicherheitsgefühl der Bewohner zu verbessern und das Image der Ringstraße aufzuwerten, wurden im Rahmen des Programms Soziale Stadt verschiedene Maßnahmen ergriffen. Neben dem Einsatz eines Konfliktmanagers wurde eine Kooperation mit dem Wohnungsunternehmen angestoßen. Das Wohnungsunternehmen wurde aus Mitteln der Sozialen Stadt bei der Sanierung der Häuser sowie der Aufwertung der Eingangsbereiche, Außenflächen und Abfallsammelplätze unterstützt. Des Weiteren hat die Stadt Flächen am Rand der Siedlung aufgekauft, um Nutzungskonflikte im Quartier zu entzerren (vgl. 4.2.5). Das Stadtparlament hat entschieden, dass der Stadtteil eine deutliche Funktionsstärkung für die Gesamtstadt erhält. Mit Mitteln der Sozialen Stadt (2,4 Mio. Euro) wurden ein Rathaus und ein Bürger- und Kultursaal im Stadtteil neu errichtet. Das Rathaus umfasst heute alle städtischen Ämter und Beratungsangebote. Durch diese gezielte Funktionsstärkung in der Siedlung werden für Bürger aus gesamt Raunheim Gelegenheiten geboten, den Stadtteil aufzusuchen. Hier werden Behördengänge erledigt oder Angebote im neuen Bürger- und Kultursaal genutzt.

Obwohl die Entwicklung des Zentrums noch nicht abgeschlossen ist, haben die bauliche Aufwertung und die positive Presseberichterstattung über die Entwicklungen im Zentrum bereits zu einem deutlich besseren Image geführt.

Neues Stadtzentrum (Foto: Stadt Raunheim)



Spielplatz Brückenpark (Foto: Stadt Raunheim)

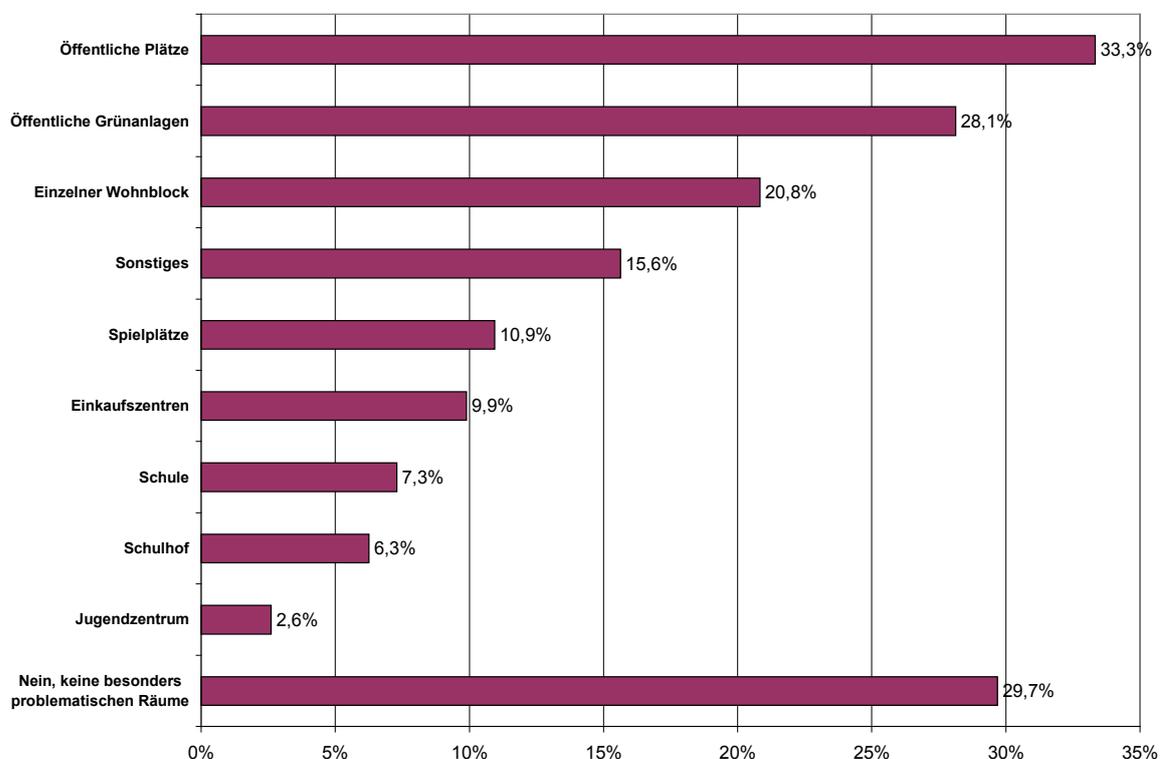


4.2.4 Öffentliche Plätze und Grünanlagen in besonders problematischen Sozialräumen

Auf die Frage nach problematischen Sozialräumen werden in der Befragung der Soziale Stadt-Gebiete vor allem öffentliche Plätze und Grünanlagen genannt (vgl. Abbildung 15). Im Rahmen der Fallstudienanalyse wurde bestätigt, dass öffentliche Räume oft als problematisch empfunden werden, weil sie ein schlechtes Außenimage haben und/oder subjektive Unsicherheitsgefühle erzeugen. Oft sind keine konkreten Vorkommnisse bekannt, bei denen Gewalt und Kriminalität eine Rolle gespielt haben, sondern die vernachlässigte Gestaltung (starke Verbuschung, uneinsehbare Bereiche, schlechte Beleuchtung) und Nutzungskonflikte durch verschiedene Nutzergruppen (z.B. Jugendcliquen, Familien mit kleinen Kindern, Senioren, Randgruppen (vgl. Berlin Kapitel 4.2.5)) führen zu den Einschätzungen.

In etwa jedem fünften Gebiet werden einzelne Wohnblocks als problematische Sozialräume gesehen. Wenn Wohnungsgesellschaften in diesen Quartieren über größere Wohnbestände verfügen und Aufwertungsmaßnahmen im Rahmen des Programms Soziale Stadt durch die Kommunen greifen (z.B. Aufwertung von Aufenthalts- und Spielbereichen, Neugestaltung von Wegeverbindungen), so erhöht sich in der Regel auch die Bereitschaft der Unternehmen, die eigenen Wohnbestände aufzuwerten und das Wohnumfeld zu verbessern (vgl. Raunheim Kap.4.2.5).

Abbildung 15: Problematische Sozialräume in Programmgebieten



Frage: Gibt es im Zusammenhang mit Gewalt und Kriminalität besonders problematische Sozialräume im Programmgebiet?

Anmerkung: Mehrfachnennungen möglich, Prozentangaben beziehen sich auf alle 192 Gebiete, die geantwortet haben.

Quelle: Eigene Erhebungen

empirica

Aus Sicht der Experten hängen die „Konflikte im öffentlichen Raum“ vor allem auch mit Konflikten zwischen verschiedenen Nutzergruppen (z.B. Jugendliche, Familien/Kleinkinder, ältere Menschen etc.) zusammen. Oft sind die öffentlichen Räume nicht klar strukturiert und damit können Konflikte provoziert werden. So spielen beispielsweise Kinder und Jugendliche Fußball auf den Abstandsflächen zwischen den Häusern, während ältere Menschen – insbesondere in der Mittagszeit und am Wochenende – auf ihren Balkonen Ruhe genießen möchten. Oder Jugendliche nutzen die Spielplätze von Kindern als Treffpunkte, weil keine Alternativen zur Verfügung stehen und verunreinigen diese mit Flaschen/Glas, Zigaretten etc. Nicht selten bestehen auch Konflikte zwischen Hundebesitzern und Familien, weil die einen ihren Tieren dort Freilauf gewähren möchten, wo die anderen mit ihren Kindern die Wiesen zum Toben nutzen. Aus diesem Grund werden im Rahmen des Programms Soziale Stadt oft bauliche Veränderungen durchgeführt, um die öffentlichen Räume zielgruppengerecht zu gestalten. Erfolgreich sind hierbei klare Nutzungszuweisungen und Zonierungen (Hundespielwiese, Kinderspielplatz, Fußballplatz, Treffort für Jugendliche, Ruhebereich für Ältere). In der Regel werden die entsprechenden Nutzergruppen in den Planungs- und Umsetzungsprozess miteinbezogen, um ihre Vorstellungen (Erreichbarkeit und Einsehbarkeit der Trefforte, Angebot an Sitzgelegenheiten, Spielgeräten, Beleuchtung u.s.w.) mit aufzunehmen und umzusetzen. Die Erfahrungen zeigen, dass durch die Kombination aus Bürgerbeteiligungsprozess und anschließendem Umbau öffentlicher Räume bestehende Konflikte abgebaut und neuen Konflikten präventiv begegnet werden kann (vgl. Berlin, Raunheim und Speyer Kapitel 4.2.5).

4.2.5 Praxisbeispiele: Aufwertung öffentlicher Plätze und Grünanlagen

Raunheim – Ringstraße:

Modernisierung der Bestände und Aufwertung der öffentlichen Räume durch das Wohnungsunternehmen und die Kommune unter Beteiligung von Bewohnern

Im Rahmen des Programms Soziale Stadt war das Wohnungsunternehmen der wichtigste Kooperationspartner der Stadt. Parallel zu der Planung der neuen Infrastruktur im Stadtteil hat die GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt als Haupteigentümerin in der Siedlung (1.652 WE) mit Einsatz von Soziale Stadt-Mitteln ihre Gebäude saniert und die Außenräume aufgewertet. Neben der Sanierung der Häuser wurden die Eingangsbereiche neu gestaltet, um Angstzonen zu vermeiden. Auch die Abstandsflächen zwischen den Häusern sowie die Kinderspielplätze wurden aufgewertet, um sichere Aufenthaltsmöglichkeiten zu bieten. Innovative Projekte, wie beispielsweise neue Müllschleusen statt der ehemaligen Tonnen, führen zu einer erhöhten Wohnzufriedenheit. Müll wurde vorher wahllos im Wohngebiet durch Bewohner und auch Fremde abgestellt. Diese Verschmut-

zung des Quartiers hat zu einer allgemeinen Ignoranz gegenüber der eigenen Nachbarschaft geführt. Dies wiederum ist ein Nährboden für weiteren Vandalismus und Nachbarschaftsstreitigkeiten.

Laut Aussagen des Konfliktmanagers im Programmgebiet „Ringstraßensiedlung“ waren Lärm und Vandalismus zwei Hauptkonfliktpunkte unter den Anwohnern. Der Lärm wurde hauptsächlich durch (Fußball) spielende Kinder und Jugendliche zwischen den Häusern verursacht, wodurch sich ältere Menschen stark gestört gefühlt haben. Ebenso führte die große Anzahl von Kindern und Jugendlichen in der Siedlung zu einer verstärkten Abnutzung von Außenanlagen, z.T. einhergehend mit mutwilligem Vandalismus von älteren Jugendlichen „aus Langeweile“ in der monoton gestalteten Siedlung. Die Konflikte im Außenraum übertrugen sich auf die Häuser, sodass Streitigkeiten unter Nachbarn durch eine aggressive Grundstimmung immer häufiger wurden. Dies führte zu einem vermehrten Polizeieinsatz und Gesprächen zwischen Bewohnern, dem Konfliktmanager und dem Wohnungsunternehmen. Um der negativen Grundstimmung der Siedlung entgegenzuwirken und die Konfliktpotentiale zu entzerren, hat die Stadt Raunheim im Rahmen des Programms angrenzende Flächen der Siedlung aufgekauft und eine Freizeitsportanlage (u.a. zwei Fußballplätze) in Zusammenarbeit mit den Jugendlichen und Bewohnern der Siedlung geschaffen.

Heute ist die Freizeitsportanlage der Haupttreffpunkt für die Jugendlichen im Stadtteil. Bei jeder Witterung werden die Angebote sehr gut angenommen. An den Wochenenden finden auf dem Gelände Sportturniere statt, zu denen die ganze Familie erscheint. Durch die Realisierung des Geländes als Freizeitsportanlage hat sich die Situation innerhalb der Siedlung deutlich entspannt. Die Themen Lärmbelästigung und Vandalismus im Außenraum durch Kinder und Jugendliche sind stark zurückgegangen. Durch die Einbindung der Jugendlichen und Nachbarschaft bei der Realisierung identifizieren sich die Bewohner mit dem neuen Platz und schätzen diesen wert.

Parallel zu den Aktivitäten im Wohnumfeld durch die Stadt, das Quartiersmanagement und das Wohnungsunternehmen hat die Schule im Quartier, die durch die Lenkungsgruppe in das Verfahren eingebunden ist, das Thema Vandalismus aufgegriffen und schulinterne Angebote mit dem Thema „Gestaltung statt Zerstörung“ initiiert. Im Unterricht (Klassenrat) wurden Jugendliche darüber aufgeklärt, was Vandalismus und Zerstörung sind, wo sie beginnen und dass sie strafbar sind. Als Gegenbewegung zum Vandalismus wurden mit den Kindern/Jugendlichen verschmutzte und bemalte Flächen gemeinsam gereinigt und andere – vorher genehmigte – Flächen mit Graffiti aufgewertet.

Neue Freizeitsportanlage
(Foto: Stadt Raunheim)



Sanierte Häuser in der Ringstraßensiedlung
(Foto: empirica)



Sprayaktion mit Jugendlichen
(Foto: empirica)



Neue Müllschleusen in der Siedlung der GWH,
Zugang nur für Berechtigte (Foto: empirica)



In Raunheim wird deutlich, wie durch eine intensive Kooperation von Stadt bzw. Quartiersmanagement, Wohnungsunternehmen, Schule und anderen Partnern den Themen Ruhestörung/ Lärmbelästigung und Vandalismus im Wohnumfeld begegnet werden kann. Die Einbindung der Bewohnerschaft in den Planungs- und Umsetzungsprozess hat dazu geführt, dass die Aufenthaltsräume bedarfsgerecht gestaltet sind.

Das ergänzende Angebot der Schule in Form von Aufklärung und praktischer Umsetzung macht deutlich, wie Themenfelder der Kriminalprävention durch das Zusammenarbeiten verschiedener Einrichtungen und Institutionen (Lenkungsgruppe) auf unterschiedliche Weise angegangen werden kann und sich gleichzeitig ergänzt.

Die Wohnzufriedenheit im Quartier ist deutlich gestiegen und Nachbarschaftskonflikten, die durch eine gereizte Grundstimmung schneller eskalierten, kann heute bereits im Vorfeld entgegengewirkt werden.

Berlin-Reinickendorf – Letteplatz



Stadt: 3.500.000 EW

Stadtquartier: 15.200 EW

Quartierstyp: Geschosswohnungsbau, Gründerzeit sowie 1920/30er Jahre

Soziale Stadt-Gebiet seit: 2009

Ausgangssituation

Im Bezirk Reinickendorf leben viele Jugendliche unter 21 Jahren (28 %) und rund jeder Dritte hat einen Migrationshintergrund. Die Arbeitslosenquote liegt bei 9 %.

Auch wenn das Quartier nicht überdurchschnittlich von Kriminalität betroffen ist, haben die Bewohner ein subjektives Unsicherheitsgefühl. Orte von Gewalt/Kriminalität sind vor allem öffentliche Plätze und einzelne Wohnblöcke. Als häufigste Form von Kriminalität äußert sich hier Drogenkonsum.

Im Rahmen der Umsetzung des Programms Soziale Stadt wurden auch Maßnahmen für eine sichere Stadt durchgeführt. Der Schwerpunkt lag dabei auf einer Neugestaltung des Letteplatzes.

Gestaltung eines öffentlichen „Wohnzimmers“ für alle

Der Bezirk Berlin Reinickendorf hat sich in den vergangenen Jahren von der Bewohnerzusammensetzung deutlich verändert. Er ist ärmer, jünger und „bunter“ geworden. In Teilbereichen des Bezirks führte dies zu Konflikten zwischen der alteingesessenen, überwiegend deutschstämmigen Bevölkerung und den neu zugezogenen, jüngeren, oft türkisch- oder arabischstämmigen Haushalten. Die alteingesessenen Bürger fühlten sich durch die Konfrontation mit anderen Lebensweisen (Aufenthalt von Kindern und Jugendlichen bis in die späten Abendstunden im Quartier, Picknick auf den öffentlichen Grünflächen, anderes Verständnis von Sauberkeit im öffentlichen Raum) verunsichert, während sich die jungen Familien mit Kindern u.a. an den Alkohol trinkenden Gruppen im öffentlichen Raum oder vielen Hundebesitzern, die ihren Hunden freien Auslauf gewährten, störten.

Viele der Konflikte und die zum Teil spannungsreiche Stimmung zwischen den verschiedenen Bewohnergruppen im Quartier wurden auf den etwa 7.000 m² großen Letteplatz im Zentrum des Quartiers projiziert. Die Probleme wurden vor allem durch die verschiedenen Nutzungsansprüche, ohne dass der Raum entsprechend gestaltet war, geschürt. Basketballkörbe für Jugendliche standen direkt neben den Bänken zum Ausruhen. Die große Rasenfläche wurde als Hundenauslaufplatz genutzt. Es gab keine eindeutig für Kinder ausgewiesenen Bereiche auf der Wiese. Die Kinderspielgeräte standen direkt neben den Bereichen, die sich Alkohol trinkende Gruppen als Treffort ausgewählt hatten. Dadurch wurden die als Spielbereiche ausgewiesenen Flächen von kleinen Kindern als Angstorte empfunden. Zudem dominierte auf dem gesamten Platz Asphalt. Mauern aus den 70er Jahren führten zu uneinsichtigen Flächen und damit Angsträumen und es fehlte eine Beleuchtung des gesamten Areals. Es vermehrten sich die Zwischenfälle und Konflikte zwischen den verschiedenen Nutzergruppen.

Im Jahr 2007 haben sich verschiedene Akteure um eine Konfliktschlichtung bemüht. Die Schule, die Kita und das Jugendhaus haben in Kooperation mit der Polizei erste Aktivitäten und Aktionen gestartet. Es wurde eine Zukunftswerkstatt mit großer Beteiligung der Bewohner initiiert. Durch das gemeinsame Kennenlernen und Planen konnten Konflikte abgebaut werden. Um den Platz wieder zu beleben, wurden von Jugendhaus und Polizei betreute Sport- und Spielangebote am Nachmittag initiiert und erste Aktivitäten unter Einbindung der Bewohner geplant (z.B. erstes Platzfest, Illumination des Platzes, Letteinfo und Zukunftswerkstatt).

Mit Aufnahme in das Programm Soziale Stadt im Jahr 2009 bestand die Möglichkeit, neben den initiierten Aktionen und Vernetzungen investive Maßnahmen am Letteplatz durchzuführen. Ein Ideenwettbewerb mit fünf Landschaftsplanungsbüros wurde ausgelobt. Wichtig war, dass bereits zu diesem Zeitpunkt die Anregungen der Bürger den Planungsunterlagen für die Büros beigefügt wurden. Im Rahmen einer Zukunftswerkstatt haben die Bürger erläutert, wo es auf dem Platz Angst-, Problem- und Konfliktzonen gibt, darüber hinaus haben sie Vorstellungen für die Gestaltung des Platzes geäußert (u.a. Beseitigung von großen Büschen, die Unsicherheit erzeugen, sicherer Bereich für kleine Kinder, abgegrenzter Hundenauslaufbereich). Im weiteren Verfahren stellten die Büros ihre ersten Konzepte in einer öffentlichen Bürgerveranstaltung vor. Die Bürger hatten die Möglichkeit, dem Bezirk eine Empfehlung auszusprechen, welches Konzept ihren Bedarfen und Vorstellungen am nächsten kommt. Das von den Bewohnern favorisierte Konzept wurde schlussendlich umgesetzt: Klare Abgrenzungen der einzelnen Teilbereiche durch räumliche Signale haben einen sehr attraktiven Platz entstehen lassen: der Innenbereich für Sport, Spiel und Entspannung wurde z.B. durch Zäune zum Boulevard- und Promenadenbereich abgegrenzt, der auch von Hundebesitzern genutzt werden kann. Der Platz ist transparent, die Entspannungsflächen sind mit entsprechendem Mobiliar und gewelltem Untergrund ausgestattet, die Spiel- und Sportangebote wurden deutlich aufgewertet.

Heute ist der Letteplatz ein beliebter und belebter Aufenthaltsraum. Durch das konfliktfreie Nebeneinander verschiedener Nutzergruppen (Nähe auf Distanz) werden Spannungen und Konflikte vermieden. Somit konnte eine Basis für ein Miteinander der verschiedenen Generationen und Nationalitäten geschaffen werden: Es werden gemeinsame Quartiersfeste gefeiert, Jugendliche übernehmen Patenschaften zum Beispiel beim Illuminationsfest, Ältere nutzen vor allem die Bänke im Randbereich und können von dort das Geschehen auf dem Platz sicher und ungestört beobachten. Laut Bezirk gab es zudem in den ersten zwei Jahren der neuen Nutzung keine Vandalismusschäden.

Letteplatz vor der Umgestaltung

Aufenthaltsfläche



Kinderspielplatz, Trinkerbänke



Schwer einsehbare Platzbereiche

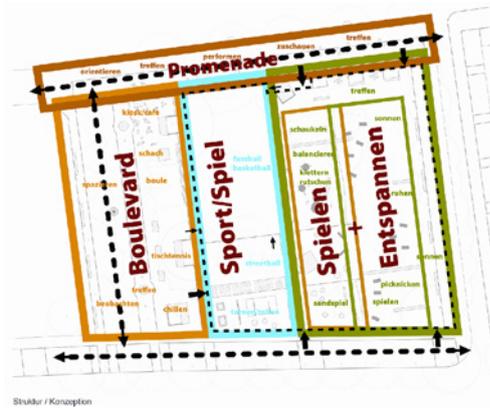


Bürgerbeteiligung – Ideenwettbewerb 2010



Letteplatz nach der Umgestaltung

1. Preis Ideenwettbewerb (und Favorit der Bürger): Büro planung.freiraum, Barbara Willecke



Spielplatz und Entspannungsfläche



Entspannungsfläche



Geräte für Alt und Jung (Fotos: Quartiersmanagement Letteplatz Berlin)



Speyer – West



Stadt: 50.000 EW

Stadtquartier: 14.184 EW

Quartierstyp: Mischgebiet mit Einfamilienhäusern (30 %) und Geschosswohnungsbau (1950/60er und 1970er Jahre)

Soziale Stadt-Gebiet seit: 2006

Ausgangssituation

In Speyer-West ist jeder vierte Bewohner unter 21 Jahre alt und rund jeder fünfte arbeitslos (18,4 %).

Das Quartier weist eine im stadtweiten Vergleich überdurchschnittlich hohe Kriminalitätsrate auf. Vor allem Berichte über auffällige Jugendliche verfestigten ein negatives Außenimage und führten dazu, dass sich auch Bewohner des Quartiers unsicher fühlten. Als besonders problematische Sozialräume wurden öffentliche Plätze, das Jugendcafé und einzelne Wohnblöcke genannt.

Im Rahmen der Sozialen Stadt wurden Maßnahmen für eine sichere Stadt durchgeführt (z.B. bauliche Beseitigung von Angsträumen und Gewaltprävention in Schulen).

Konfliktvermeidung durch Aktivierung von Jugendlichen und Bewohnern

Gleich zu Beginn der Aufnahme des Stadtteils Speyer-West in das Programm Soziale Stadt hat sich das Quartiersmanagement mit dem Thema Sicherheit beschäftigt. In Speyer-West führte insbesondere gewalttätiges Verhalten von Jugendlichen, z.B. lautstarkes Randalieren, Anpöbeln von Bewohnern und Alkoholgelage im Wohnumfeld, zu Konflikten. Die Stadtverwaltung hat deshalb gemeinsam mit der Polizeiinspektion Speyer eine Sicherheitsbefragung von insgesamt rd. 1.200 Bewohnern ab einem Alter von 13 Jahren (u.a. Klassen 7 bis 9 in der Schule) durchgeführt. Um zielgruppenspezifische Maßnahmen entwickeln zu können, wurde eine Sonderauswertung zu den Jugendlichen zwischen 13 und 18 Jahren durchgeführt. Im Rahmen dieser Befragung wurden verschiedene öffentliche Räume als

unsichere Bereiche genannt. Dazu gehörte u.a. der zentral gelegene Berliner Platz, der häufig von Jugendlichen und alkoholisierten Erwachsenen aufgesucht und genutzt wird.

Der Berliner Platz soll u.a. unter dem Sicherheitsaspekt neu gestaltet werden. Es wurde dazu ein Arbeitskreis gegründet, bei dem verschiedene Akteure, wie z.B. der Stadtteilverein aber auch Bewohner, mitwirken. Die Zielgruppe der Jugendlichen hat gemeinsam mit der Polizei einen Film über die Situation vor Ort gedreht. Durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit im Quartier ist das Engagement der Bürgerinnen und Bürger sehr hoch. Entsprechend der Herangehensweise des Quartiersmanagements, Planungen zügig umzusetzen, wird nach der Entscheidung für ein Projekt ein entsprechender maßnahmenbezogener Arbeitskreis initiiert. Dieser ist für eine schnelle Umsetzung der Maßnahmen verantwortlich. Durch diese sichtbaren Erfolge ist die Bereitschaft der Bürger hoch, aktiv an den Projekten mitzuarbeiten.

Die Umgestaltung des Platzes wurde auf vielfältige Weise vorbereitet. So wurden z.B. durch Bürger Beobachtungen zu verschiedenen Tageszeiten durchgeführt. 250 Beobachtungsprotokolle gaben Aufschluss darüber, wann der Platz durch wen genutzt wurde. Des Weiteren wurde geprüft, welche Jugendlichen von Bewohnern als störend empfunden werden, mit dem Ziel, diese direkt anzusprechen und mit ihnen gemeinsam die Konflikte zu erörtern und zu lösen. Außerdem gab es einige Begehungen mit potenziellen Nutzergruppen verschiedener Altersklassen (Kinder, Jugendliche und Erwachsene). Es wurden auch größere Veranstaltungen zum Berliner Platz durchgeführt (z.B. eine Zukunftswerkstatt mit dem Ziel, mit den Bewohnern gemeinsam die Platzgestaltung zu planen).

Der Platz war sehr unübersichtlich, es gab z.B. viele Hecken. Bei der Neugestaltung des Platzes sollte auch die Beseitigung von dunklen, unübersichtlichen Ecken eine Rolle spielen. Mit einem Beleuchtungskonzept sollten Angsträume zukünftig vermieden werden.

Das Quartiersmanagement sieht den Sicherheitsaspekt übergreifend und nicht als ein besonderes Handlungsfeld. Somit spielt der Sicherheitsaspekt bei vielen Maßnahmen eine Rolle. Es wird z.B. das Jugendcafé räumlich erweitert und diese Maßnahme wird als Angebot im Sinne der Prävention eingestuft. Des Weiteren wird ein „Street-Walker“, ausgestattet mit einer Mittlerrolle aus Ordnungsfunktion und aufsuchender Jugendsozialarbeit, eingesetzt.

Erfolgskriterien für die Umgestaltung des Berliner Platzes sind: weniger Polizeieinsätze und ein höheres subjektives Sicherheitsempfinden der Bewohner. Um den Erfolg der Maßnahmen prüfen zu können, wurden in Speyer-West vor Durchführung der Maßnahmen kleinräumige Bestandsaufnahmen durchgeführt. Von der Polizei wurden im Vorfeld und im Verlauf der Platzumgestaltung Einsatzhäufigkeiten und Ordnungswidrigkeiten im Programmgebiet Soziale Stadt erfasst. Schon während des Planungsprozesses war die Einsatzfrequenz der Polizei deutlich niedriger.

Im Mai 2013 wurde der umgestaltete Platz eingeweiht und am Ende des Prozesses soll die zu Beginn der Aufnahme des Stadtteils Speyer-West in das Programm Soziale Stadt durchgeführte Sicherheitsbefragung wiederholt und der Ausgangssituation gegenüber gestellt werden.

Zentraler Platz vor der Umgestaltung
(Foto: empirica)

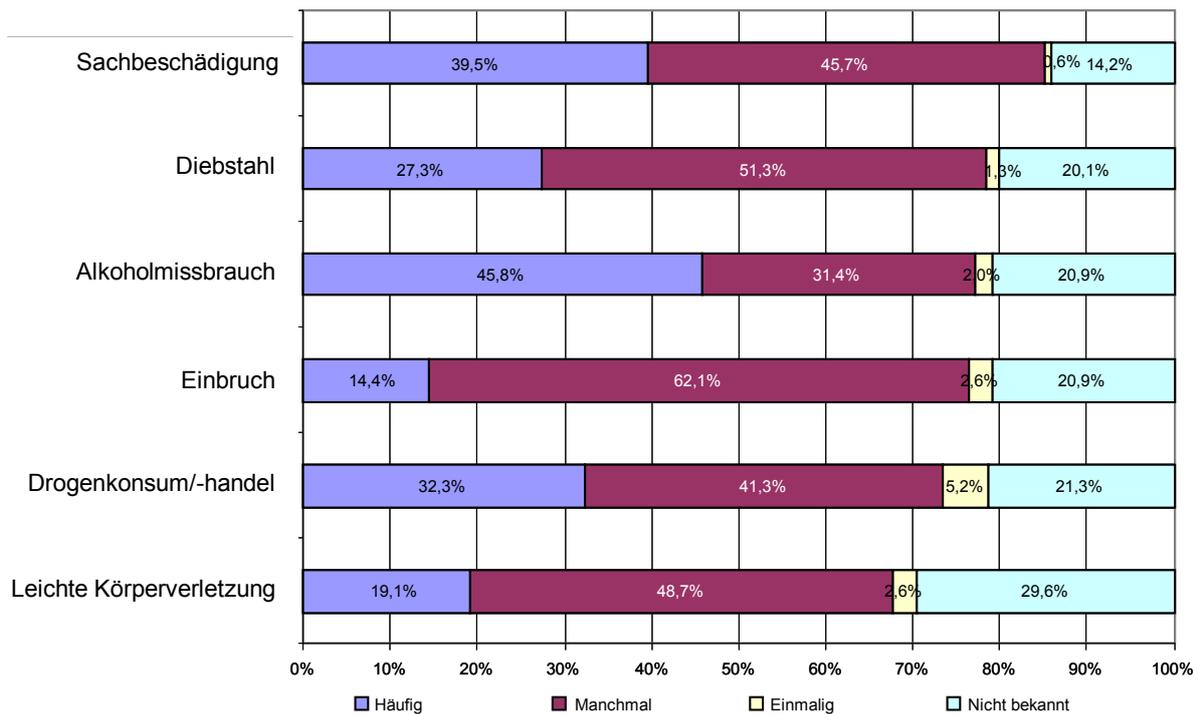


Zentraler Platz im Umbau
(Foto: Büro Stadtberatung Dr. Sven Fries)



4.2.6 Sichtbare Formen von Gewalt und Kriminalität im öffentlichen Raum

Die Experten haben in der Onlinebefragung angegeben, welche Formen von Gewalt und Kriminalität aus ihrer Sicht im Programmgebiet häufig, manchmal, einmalig oder nie auftreten. Die am stärksten vertretenen sichtbaren Formen von Gewalt und Kriminalität („manchmal“ und „häufig“) sind Sachbeschädigung (85,2 %), Diebstahl (78,6 %), Alkoholmissbrauch (77,1 %), Einbruch (76,5 %) und Drogenkonsum/Drogenhandel (73,5 %) (vgl. Abbildung 16). Leichte Körperverletzung spielt bei zwei Drittel der Gebiete eine Rolle.

Abbildung 16: Formen von Gewalt und Kriminalität – sichtbare Formen

Frage: Welche Formen von Gewalt und Kriminalität sind im Gebiet aufgetreten?

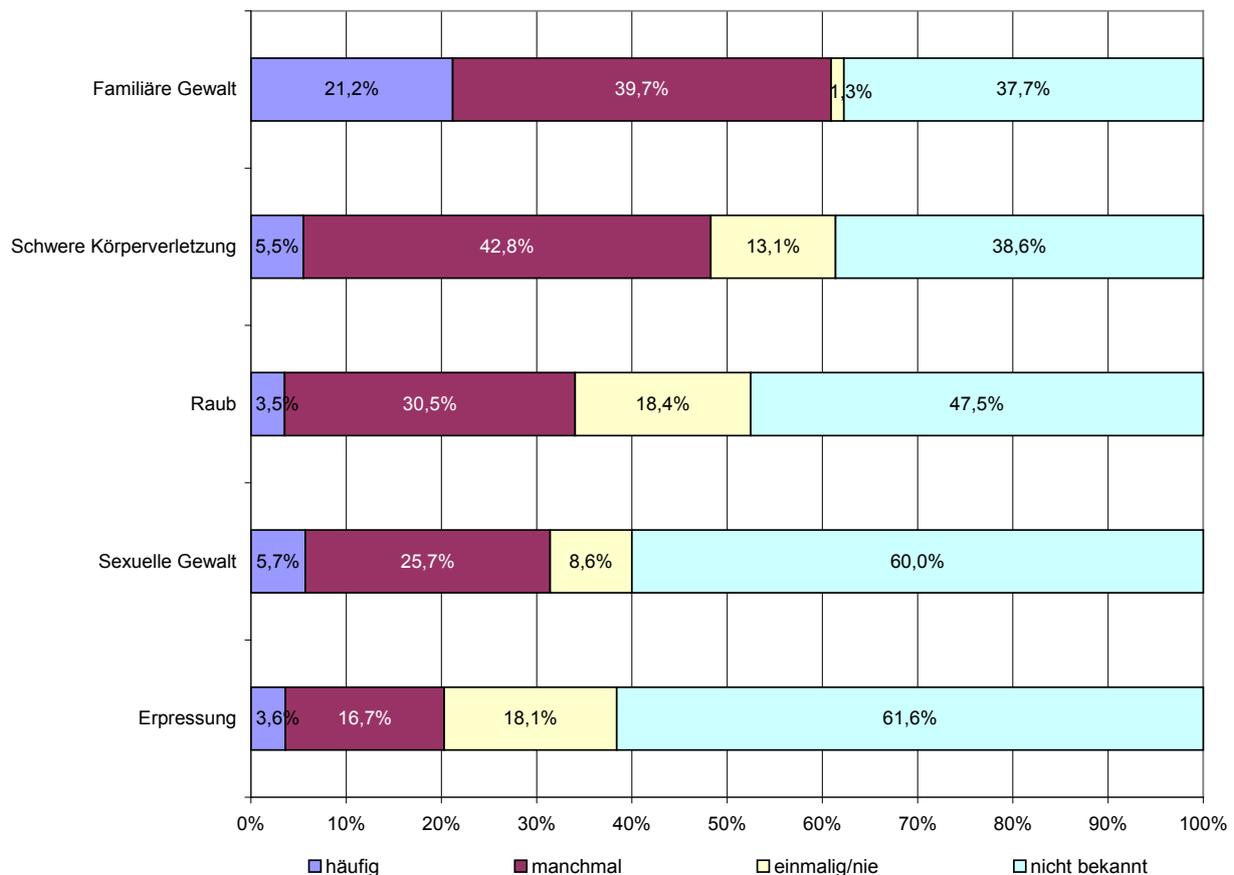
Anmerkung: Mehrfachnennungen möglich, Prozentangaben beziehen sich auf alle Gebiete, die geantwortet haben (ohne keine Angabe).

Quelle: Eigene Erhebungen

empirica

4.2.7 Weniger sichtbare Formen von Gewalt und Kriminalität im öffentlichen Raum

Während Formen der Gewalt und Kriminalität wie Alkoholmissbrauch oder Sachbeschädigung oft im öffentlichen Raum sichtbar sind und denen somit auch (bauliche) Maßnahmen entgegengesetzt werden können (vgl. Berlin, Kapitel 5), sind Delikte, die sehr stark in den privaten Lebensbereich eingreifen (z.B. familiäre Gewalt, sexuelle Gewalt, Erpressung) den Quartiersmanagern oft nicht bekannt (vgl. Abbildung 17).

Abbildung 17: Formen von Gewalt und Kriminalität – weniger sichtbare Formen

Frage: Welche Formen von Gewalt und Kriminalität sind im Gebiet aufgetreten?

Anmerkung: Mehrfachnennungen möglich, Prozentangaben beziehen sich auf alle Gebiete, die geantwortet haben (ohne keine Angabe).

Quelle: Eigene Erhebungen

empirica

In einigen Programmgebieten waren sich die Experten vor Ort einig, dass das Thema „Gewalt in Familien“ eine Rolle spielt, jedoch sehr schwierig nachzuweisen und aus diesem Grund mit dem Programm Soziale Stadt nur bedingt zu bekämpfen ist. Mit Hilfe des Programms Soziale Stadt können Räume geschaffen und so gestaltet werden, dass sie für bestimmte Gruppen „Schutzräume“ bieten. Zum Beispiel dienen Kinder- und Jugendclubs vernachlässigten und Halt suchenden jungen Menschen als Anlaufstelle. Hier stehen Gesprächspartner zur Verfügung, zu denen oft ein intensives Vertrauensverhältnis aufgebaut wird und starke Bindungen bestehen oder es finden Angebote statt, die von den Alltagsproblemen ablenken und ganz neue Formen der Unterstützung bieten.

Ein anderes Beispiel sind Frauencafés, die in Stadtteiltreffs integriert werden. Hier lernen Frauen z.B. in Alphabetisierungskursen, wie sie auf Gewalt in der Familie reagieren und an wen sie sich in solchen Fällen wenden können. In vielen Fällen sind diese Räume auch Schutzräume, in denen Frauen

ihre Sorgen und Ängste erstmals äußern können und ihnen Verständnis und Hilfestellungen entgegengebracht werden.

4.2.8 Praxisbeispiel: Maßnahmen gegen familiäre Gewalt

Sondershausen – Hasenholz/Wippertor



Stadt: 23.000 EW

Stadtquartier: 2.300 EW

Quartierstyp: Überwiegend Geschosswohnungsbau der 1970/80er Jahre

Soziale Stadt-Gebiet seit: 1999

Ausgangssituation

Der Stadtteil ist geprägt von einem hohen Anteil einkommensschwacher und arbeitsloser Haushalte sowie einem hohen Anteil an Kindern bzw. Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Das Quartier wird sowohl in der Außenansicht als auch aus Sicht der Bewohner mit Gewalt und Kriminalität assoziiert. Schulhöfe und öffentliche Plätze werden als besonders problematische Sozialräume eingestuft.

Im Rahmen des Programms Soziale Stadt wurde der Fokus auf die Zielgruppe der Jugendlichen gelegt: Maßnahmen zur Freiflächengestaltung wurden, ergänzt durch Sportprojekte mit dem Ziel der Gewalt- und Kriminalitätsprävention durchgeführt, wobei bei erstgenannten auch arbeitslose Anwohner integriert wurden.

(Sondershausen – Hasenholz/Wippertor siehe auch Kapitel 4.2.10)

Kinder- und Jugendclub als Anlaufstelle im Quartier

Im Jahr 2000 wurde im Rahmen des Programms Soziale Stadt das Hasenholz-Östertal-Centrum (HOC) zu einem Treff für Jung und Alt umgebaut. Seither betreut dort der Stadtjugendring e.V. einen Kinder- und Jugendclub, der für viele junge Menschen aus sozial schwachen und teilweise sehr schwierigen familiären Lebensverhältnissen auch „Ort der Zuflucht und des Haltes“ ist. Der Treffort im Quartier bietet den Jugendlichen eine Anlaufstelle und die Mitarbeiter vor Ort sind wichtige Vertraute. Hier besteht die Möglichkeit, zugehende Jugendarbeit zu leisten. Die Einzelgespräche mit Jugendlichen und zum Teil mit den Erziehungsberechtigten sowie die Einbindung in Freizeitaktivitäten und Projekte stärken Kinder und Jugendliche aus problematischen Familien und haben damit eine präventive Wirkung.

Durch eine enge Zusammenarbeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) mit Schule und anderen Netzwerkpartnern werden die Mitarbeiter des Stadtjugendrings auch gezielt auf problematische Kinder und Jugendliche aufmerksam gemacht, die dann in die Arbeit vor Ort integriert werden. Auch hier bieten die im Rahmen des Programms Soziale Stadt gebotenen Räumlichkeiten, aufgebauten Netzwerke und über die Programme Soziale Stadt, Lokales Kapital für Soziale Zwecke (LOS) und Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) initiierten Projekte Hilfestellungen.

Rückbau eines Plattenbaugebiets
(Foto: empirica)



Hasenholz-Östertal-Zentrum, saniert mit Mitteln der Sozialen Stadt (Foto: empirica)

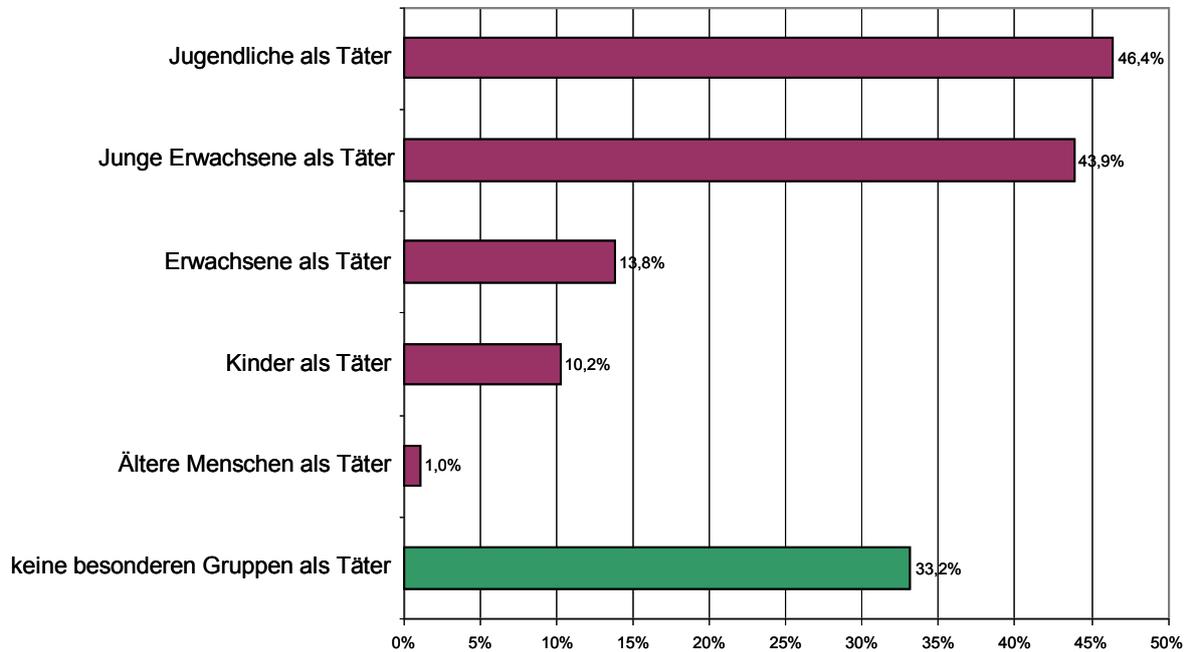


4.2.9 Jugendliche und junge Erwachsene als dominante Täter und Opfer

Die schriftliche Befragung nach Tätern und Opfern hat gezeigt, dass Jugendliche unter den Tätern mit über 46 % dominieren (vgl. Abbildung 18). Die zweitstärkste Gruppe sind junge Erwachsene, die ebenfalls vielfach als Täter in Erscheinung treten (43,9 %). Etwa ein Drittel der Experten sind der Auffassung, dass es keine besonderen Gruppen als Täter gibt. In etwa 10 % der befragten Gebiete spie-

len Erwachsene und Kinder als Täter eine Rolle. Ältere Menschen hingegen kommen so gut wie gar nicht als Täter in Betracht.

Abbildung 18: Betroffene Bewohnergruppen - Täter



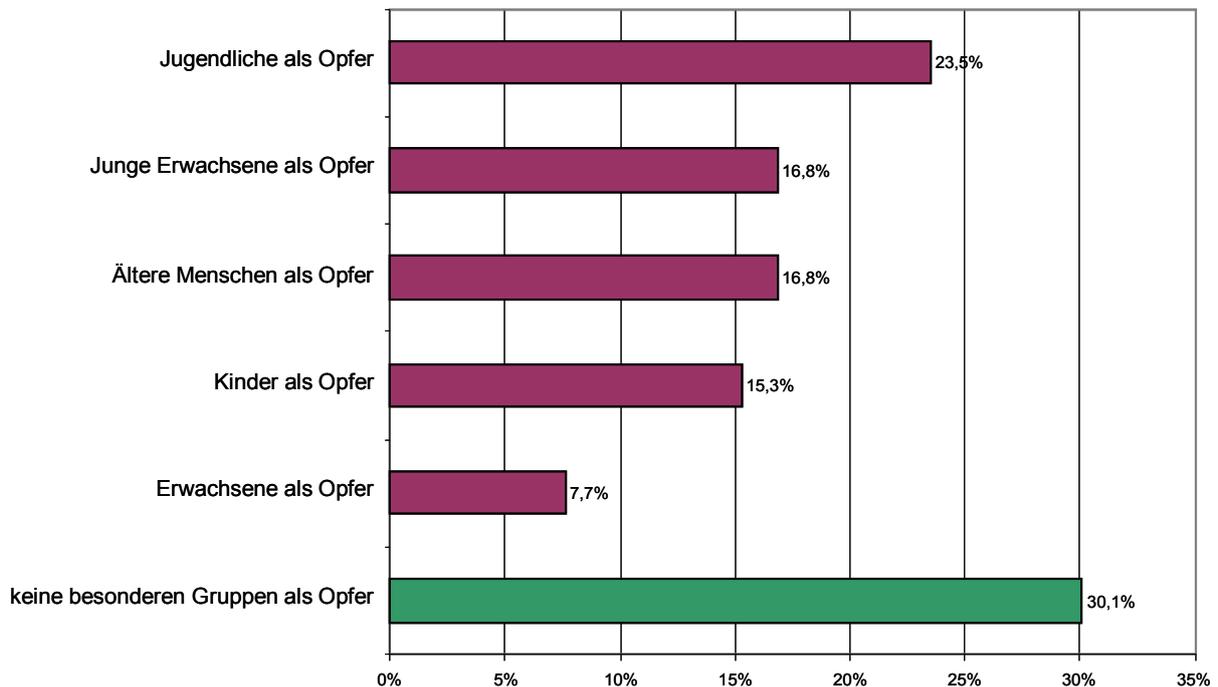
Frage: Werden eine oder mehrere Bewohnergruppe(n) als besondere Problemgruppe(n) im Zusammenhang mit Gewalt und Kriminalität gesehen?

Anmerkung: Mehrfachnennungen möglich, Prozentangaben beziehen sich auf alle Gebiete, die geantwortet haben (ohne keine Angabe).

Quelle: Eigene Erhebungen

empirica

Auch bei den Opfern spielen Jugendliche die größte Rolle. In etwa jedem vierten der untersuchten Gebiete sind Jugendliche Opfer (23,5 %). Junge Erwachsene, ältere Menschen und Kinder sind etwa gleich häufig Opfer von Gewalt (vgl. Abbildung 19). In rd. einem Drittel der Gebiete gibt es laut Experteneinschätzung keine besonderen Opfergruppen.

Abbildung 19: Betroffene Bewohnergruppen – Opfer

Frage: Werden eine oder mehrere Bewohnergruppe(n) als besondere Problemgruppe(n) im Zusammenhang mit Gewalt und Kriminalität gesehen?

Anmerkung: Mehrfachnennungen möglich, Prozentangaben beziehen sich auf alle Gebiete, die geantwortet haben (ohne keine Angabe).

Quelle: Eigene Erhebungen

empirica

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung wurden in den Expertengesprächen vor Ort bestätigt. Die Gruppe der Jugendlichen tritt im Zusammenhang mit Gewalt und Kriminalität in den Gebieten jeweils als dominierende Gruppe in Erscheinung. Zum Teil verhalten sich Jugendliche im öffentlichen Raum auffällig, insbesondere in den Gebieten, in denen es keine Angebote zur Freizeitgestaltung gibt und wo Jugendliche auch sonst wenig Perspektiven (schulisch/beruflich) für sich sehen.

In den Gebieten der Sozialen Stadt werden gezielt mit verschiedenen ergänzenden Programmen und Maßnahmen (BIWAQ, LOS etc.) Projekte mit Kooperationspartnern (wie Schule, Träger, Vereine etc.) initiiert, die versuchen, die Jugendlichen in Verantwortung zu nehmen und ihnen neue Anregungen zu geben. Positiv bewertet werden z.B. Projekte, die bestimmte Fähigkeiten/Eigenschaften, wie Pünktlichkeit, Ehrlichkeit, Verantwortungsbewusstsein, Teamgeist etc. bei den Jugendlichen fördern sowie praxisorientierte Projekte, die gezielt Anregungen für die Suche nach Praktikums- und Ausbildungsplätzen oder Arbeitsstellen geben. In den Gesprächen wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass viele Delikte in Quartieren (Einbruch, Vandalismus, leichte Körperverletzung unter Jugendlichen etc.) aufgrund von Ereignisarmut/Langeweile und Perspektivlosigkeit entstehen. Sobald Jugendliche aber in Maßnahmen eingebunden werden, ihnen Erfolge zugetraut werden und sie sich in Bereichen, die sie interessieren, engagieren dürfen, können neue Brücken geschaffen und über Gesprä-

che und Unterstützungen Lebensbiographien verändert werden (vgl. auch Sonderhausen, Kapitel 4.2.8). Projekte, die sowohl Jugendliche als auch andere Bewohnergruppen der Quartiere einbinden (z.B. in Raunheim oder Berlin), ermöglichen über das gemeinsame Projekt oft auch Verständnis der Generationen füreinander und mindern Nachbarschaftskonflikte.

Oft richten sich die Aggressionen der Jugendlichen auch gegeneinander, sodass vereinzelt über „Bandenkriege“ zwischen unterschiedlichen Jugendcliquen in den Gebieten der Fallstudien berichtet wurde. In Berlin haben sich beispielsweise türkische und arabische Jugendgruppen über einen längeren Zeitraum „bekriegt“, Schlägereien mit über 50 Jugendlichen, die dann aus dem gesamten Stadtgebiet zusammen kamen, waren kein Ausnahmefall. In der Regel „besetzen“ die Jugendgruppen auch einzelne Jugendeinrichtungen und deklarieren bestimmte Räume zu ihrem „Territorium“. In Berlin wurde diesem immer stärker auftretenden Problem im Programmgebiet mit einer innovativen, erfolgreichen Methode entgegengewirkt (vgl. Berlin Kapitel 4.2.10).

4.2.10 Praxisbeispiele: Kriminalpräventive Maßnahmen zur Einbindung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Berlin – Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße



Stadt: 3.500.000 EW

Stadtquartier: 8.600 EW

Quartierstyp: Überwiegend Geschosswohnungsbau, Gründerzeit sowie 1970er Jahre

Soziale Stadt-Gebiet seit: 1999

Ausgangssituation

Im Stadtteil leben 72 % Bewohner mit einem Migrationshintergrund, es gibt einen hohen Anteil an Arbeitslosen und Geringverdienern und einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen. Spezifische Probleme sind u.a. die massive Bauweise aus den 70er Jahren um den Platz „Kottbusser Tor“ mit einem hohen Anteil sozial schwacher Bewohner, ein zum Teil ungepflegtes Wohnumfeld, problematische Schulen und eine hohe Anzahl von Jugendlichen ohne Perspektive, überwiegend mit Migrationshintergrund.

Das Gebiet rund um das Kottbusser Tor hat ein sehr negatives Image, u.a. weil der U-Bahnhof „Kottbusser Tor“ als einer der zentralen Umschlagplätze für Drogen in Berlin gilt. Der Konsum von Alkohol und Drogen am Platz ist auch tagsüber Straßenbild prägend. Das subjektive Unsicherheitsgefühl der Bewohner wird durch einen hohen Anteil von Jugendlichen und Gruppen junger Erwachsener unterschiedlicher Nationalitäten geschürt.

Hauptzielgruppen der Projekte sind Kinder und Jugendliche und ihr näheres Umfeld. Hierbei findet eine enge Kooperation mit der Polizei und den Schulen statt.

(Berlin – Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße vgl. auch Kap. 4.2.12)

Kiezläufer

Hintergrund für das Projekt Kiezläufer waren zum einen die sich häufenden Beschwerden von Anwohnern im Kiez, die sich zunehmend unwohl fühlten. Grund waren vor allem größere Ansammlungen von Jugendlichen, die sich insbesondere in den Abendstunden trafen, laut waren und Passanten anpöbelten sowie Anwohner bedrohten. Sowohl türkische als auch arabische Jugendliche dominierten bestimmte Straßenzüge. Zum anderen nahmen aber auch gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den türkischen und arabischen Jugendcliquen im Quartier zu, oft unterstützt von Jugendlichen, die aus anderen Stadtbezirken spontan dazu stießen, um ihre Clique zu unterstützen. Ein Austragungsort von größeren Schlägereien mit über 50 Jugendlichen war ein nahe gelegener Stadtpark. Das Quartiersmanagement reagierte im Jahr 2006 in Absprache mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der Polizei mit einer Dringlichkeitsausschreibung. Initiiert werden sollte ein Projekt, das einen Zugang zu den Jugendcliquen schafft, um eine Kommunikationsbereitschaft der Jugendlichen herzustellen. Die Projektmitarbeiter sollten u.a. aus dem selben Quartier wie die Jugendlichen stammen und das Milieu gut kennen, um auch auf der Straße Kontakte aufzubauen, an die deutsche Sozialarbeiter und die Polizei nicht mehr herankommen.

Den Zuschlag für das Projekt „Kiezläufer“ erhielt der Verein Odak e.V. Die Finanzierung erfolgte über das Programm Soziale Stadt. Die Kiezläufer hatten die Aufgabe, Kontakte zu den Jugendlichen aufzubauen und herauszufinden, welche Bedürfnisse sie im Kiez hatten. Für das Projekt wurden Personen ausgewählt, die unter den Jugendlichen bekannt und anerkannt waren. Zum Teil hatten die Kiezläufer selbst keine einfache Vergangenheit. Umso wichtiger war die permanente Begleitung des Projektes durch die Polizei. Für ihre Arbeit mussten die Kiezläufer Kurse zur Suchtprävention, für Deeskalationstrainings und Schulungen zu rechtlichen Fragen besuchen. Pro Woche wurden sie von einem Präventionsexperten der Polizei vier Stunden lang in Strategien der Konfliktvermeidung und Gewaltprävention geschult.

Insgesamt übernahmen fünf Männer und eine Frau zwischen 28 und 48 die Aufgabe der Kiezläufer. Sie liefen je 20 Stunden pro Woche von 17 Uhr bis Mitternacht durch das Gebiet. Die Kiezläufer trugen einheitliche Pullover mit der Aufschrift „Sprich mit uns!“. Sie sollten die Angebote oder Arbeit der Streetworker im Kiez nicht ersetzen, sondern die Jugendlichen und jungen Erwachsenen an diese Angebote heranführen und vermittelnd tätig sein.

Das Projekt war sehr erfolgreich. U.a. wurde eine Jugendkonferenz mit 60 bis 70 Jugendlichen durchgeführt, aus der verschiedene Projekte, wie z.B. ein Jugendcafé hervorgingen. Des Weiteren haben die aggressiven Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen im öffentlichen Raum mit Hilfe der aufsuchenden Kontaktpersonen deutlich nachgelassen. Von den Wirkungen haben damit auch die Anwoh-

ner im Quartier profitiert, deren Unsicherheitsgefühl in den Abendstunden auf den Straßen deutlich reduziert werden konnte. Das Kiezläufer-Projekt ging im Jahr 2008 zu Ende.

Urbanität in Kreuzberg (Foto: empirica)



Quartiersmanagement (Foto: empirica)



Berlin – Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße: Offenes Jugendcafé

Nach dem Ende des Projektes „Kiezläufer“ im Jahr 2008 war es notwendig, den Jugendlichen, die sich nun wieder „ohne Betreuung und Ansprechpartner“ in den Abendstunden auf der Straße aufhielten, einen Ort als Anlaufpunkt zu bieten. Ziel war es, mit der Eröffnung eines Jugendcafés Konflikte zwischen den Jugendgruppen (insbesondere arabischer und türkischer Herkunft) zu mindern. Auch die kriminelle Geldbeschaffung (Überfälle, Einbrüche, Verkauf von Drogen) und Suchtgefährdung (Glücksspiel, Drogen, Alkohol) sollten reduziert und wenn möglich vermieden werden.

Mit der Öffnung eines Jugendcafés konnte auch vermieden werden, dass sich die Jugendlichen in den Abendstunden in „ihren Revieren“ (in Blocks bzw. Innenhöfen) aufhalten, was bei der übrigen Nachbarschaft zu Unsicherheitsgefühlen geführt hatte.

Die Einrichtung des Treffpunktes für Jugendliche ab 16 Jahre erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Wohnungsunternehmen GSW, das die Räume mietfrei zur Verfügung stellte. Neben den Freizeitangeboten konnten die Jugendlichen im Café folgende Angebote wahrnehmen:

- *Konfliktgespräche (in Gruppen- oder Einzelgesprächen)*
- *Problembesprechungen (Aufklärung, Rolle der Frau, Religionen, Kulturen und Identität)*
- *Computerkurse*
- *Berufsvorbereitung und Bewerbungstraining*
- *Hilfe bei der Suche von Arbeits- und Ausbildungsplätzen*
- *Aufklärung bei rechtlichen Fragen bzw. Vermittlung von Grundlagen und die damit verbundenen Konsequenzen bei Straftaten*
- *Einladung von Experten (Bundeskriminalamt, Suchtverbände) zur Information der Jugendlichen*

- *Unterstützung und Beratung von Jugendlichen, die alkohol- oder drogenabhängig sind*

Das Café hatte an vier Tagen in der Woche zwischen 18 und 22 Uhr geöffnet.

Aus Sicht des Quartiersmanagements waren wesentliche Schwerpunkte und Erfolge des zweijährigen Projektes die Bewältigung von Konflikten, der Umgang mit Unsicherheiten und Schwierigkeiten der Jugendlichen und Gewaltprävention.

Urbanität in Kreuzberg (Fotos: empirica)



Sondershausen – Hasenholz/Wippertor (Thüringen): JIB - Jugend in Bewegung (BIWAQ)

Ziel des ESF-Bundesprogramms Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) ist es u.a., benachteiligte Jugendliche, die keine berufliche Perspektive sehen, bei der Suche nach Praktika, Ausbildungsplätzen und Arbeitsstellen zu unterstützen. In Sondershausen Hasenholz-Östertal werden im Rahmen des geförderten Projekts „Jugend in Bewegung (JIB)“ des Stadtjugendrings jährlich mindestens 40 Jugendliche längerfristig bei der Berufsfindung und während der Bewerbungsphase betreut. Am Ende eines Betreuungsjahres sollen jährlich mindestens zehn Jugendliche in Ausbildungs- oder Arbeitsplätze vermittelt werden. Der Abbau von Perspektivlosigkeit wird im Fördergebiet der Sozialen Stadt Hasenholz-Östertal gleichzeitig als eine präventive Maßnahme gegen Gewalt und Kriminalität verstanden.

In Sondershausen werden vier Praxisfelder im Rahmen von BIWAQ angeboten:

- 1. Freiflächengestaltung im Wohnumfeld*
- 2. Mediengestaltung (Drehbuch erarbeiten, Filmbeitrag zusammenstellen, Filmschnitt, Vertonung etc.)*
- 3. Erlebnispädagogik (u.a. in Kooperation mit dem benachbarten Ferienpark)*
- 4. Sport (Eventmanagement, Jugendveranstaltungen/Sportveranstaltungen)*

Ziel ist es, Jugendlichen einen Überblick über mögliche Berufe zu vermitteln. Sie werden in den Praxisprojekten von Fachkräften angeleitet. Ein individuelles Bewerbercoaching hilft ihnen, sich beruflich zu orientieren und dem Zielberuf eventuell entgegenstehende Hemmnisse abzubauen. Diese

Coachings finden in Kleingruppen von zwei bis vier Personen statt. Um auch die sozialen Kompetenzen der Jugendlichen zu stärken, werden sie in weitere Projekte des Stadtjugendrings eingebunden.

Für viele Jugendliche ist dies eine Chance, bisherige Brüche in der (Bildungs-)Biographie zu überwinden. Das Projekt stellt somit eine präventive Arbeit dar. Gleichzeitig ist die zugehende Arbeit und Einbindung der Jugendlichen in den Kinder- und Jugendclub des Stadtjugendrings wichtig, da die NPD ebenfalls mit Angeboten für Kinder und Jugendliche im Quartier wirbt.

Aktionen mit Kindern und Jugendlichen
(Foto: Stadtjugendring Sondershausen e.V.)



Bau des Generationengartens
(Foto: Stadtjugendring Sondershausen e.V.)



Spielanlage unter Berücksichtigung der Interessen der Jugendlichen (Foto: empirica)

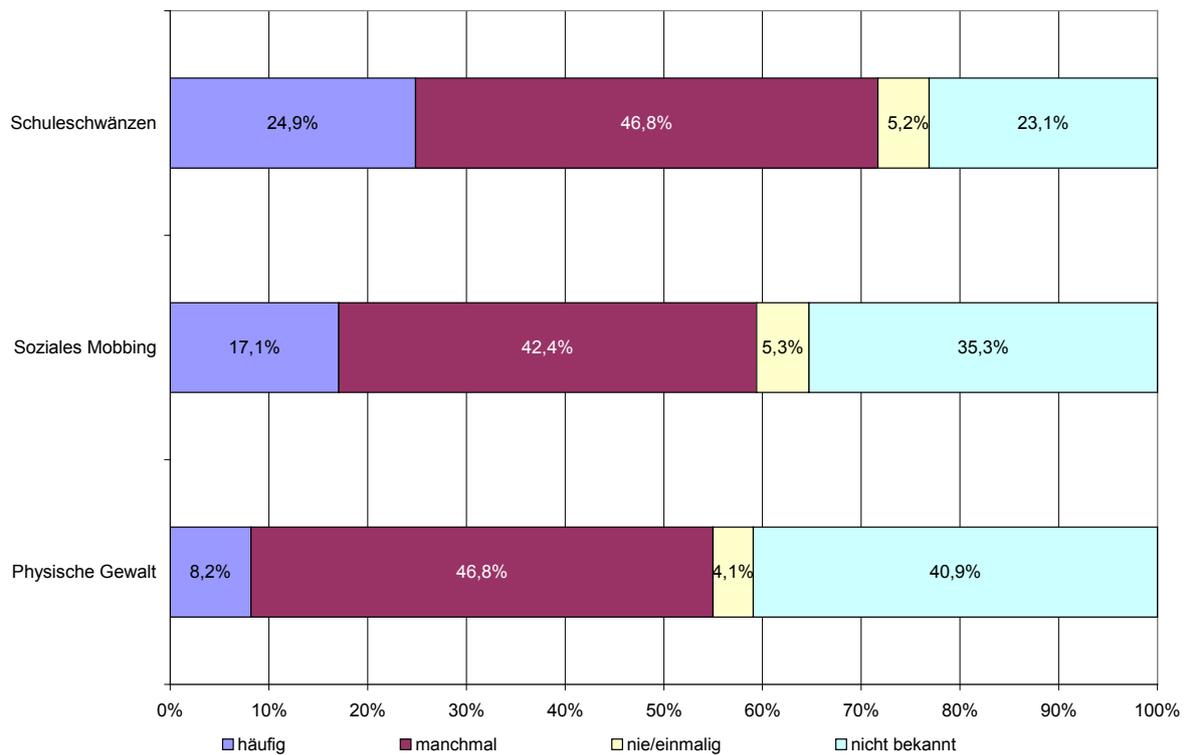


Gestaltung des Abenteuerspielplatzes mit Jugendlichen (Foto: empirica)



4.2.11 Gewalt und Kriminalität – ein Thema an Schulen

Nach Einschätzung der Experten spielt in den befragten Gebieten der Sozialen Stadt das Thema Gewalt und Kriminalität auch an den Schulen eine Rolle. Das Thema Schuleschwänzen hat für fast Dreiviertel der Befragten eine Relevanz („häufig“ und „manchmal“). Aber auch soziales Mobbing und physische Gewalt stellt für über die Hälfte der Schulen im Alltag ein Problem dar.

Abbildung 20: Probleme an Schulen

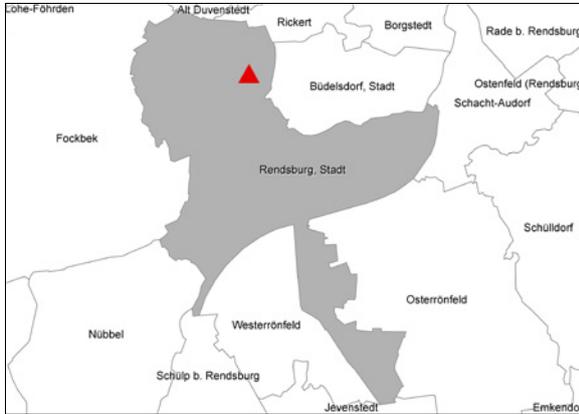
Frage: Sind folgende Probleme in den Schulen im Einzugsgebiet aufgetreten?

Anmerkung: Mehrfachnennungen möglich, Prozentangaben beziehen sich auf alle 192 Gebiete, die geantwortet haben.
Quelle: Eigene Erhebungen empirica

Diese Ergebnisse der schriftlichen Befragung wurden in den Expertengesprächen vor Ort bestätigt. Bereits in den Kitas und Grundschulen sind Auffälligkeiten (besondere Gewaltbereitschaft und Aggressivität) bei Kindern keine Seltenheit. Einige der Schulen haben sich der Thematik angenommen und Projekte, die präventiv ansetzen, im Rahmen des Programms Soziale Stadt etabliert (vgl. Rendsburg, Göttingen, Berlin Kapitel 4.2.12).

4.2.12 Praxisbeispiele: Maßnahmen an Schulen

Rendsburg – Mastbrook



Stadt: 28.000 EW

Stadtquartier: 3.200 EW

Quartierstyp: Überwiegend Geschosswohnungsbau, 1950/60er Jahre

Soziale Stadt-Gebiet seit: 2005

Ausgangssituation

Das Gebiet Rendsburg-Mastbrook hat vor allem strukturelle Probleme wie eine hohe Leerstandsquote bei den Wohneinheiten und eine unzureichende Nahversorgung. Der Arbeitslosenanteil liegt bei 29 %.

Das Gebiet leidet unter einem negativen Außenimage, obwohl die Kriminalität im Quartier sich laut Aussagen von Vertretern der Polizei vor allem auf Streitigkeiten bezieht (u.a. Beziehungsstreitigkeiten), oftmals in Verbindung mit Alkohol. Häufig bekommen die im Haushalt lebenden Kinder diese Auseinandersetzungen mit, in deren Verlauf es immer wieder auch zu Sachbeschädigungen und (leichten) Körperverletzungen kommt.

Seitens der Schule wurde eine zunehmende Aggressivität und Gewaltbereitschaft unter den Schülern – bereits in der Grundschule – festgestellt, die in der Regel mit familiären Problemen einhergehen.

Hauptzielgruppen der Präventionsmaßnahmen im Rahmen der Sozialen Stadt sind Kinder und Jugendliche. Ein Großteil der Initiativen vor Ort geht von der im Gebiet liegenden Grundschule – in enger Kooperation mit dem Quartiersmanagement (BIG-STÄDTEBAU GmbH), dem Stadtteilhaus (Brücke Rendsburg-Eckernförde e.V.) und den Kitas – aus.

Projekt Tadel-Los!

Viele Kinder an der Grundschule des Stadtteils Mastbrook kommen aus schwierigen familiären Lebensverhältnissen und bringen eine erhöhte Gewaltbereitschaft mit. Der Schulalltag wird begleitet von vielen Auseinandersetzungen zwischen den Schülern, aber auch zwischen Schülern und Lehrern, was den Unterricht zum Teil sehr schwierig gestaltet. Oft werden Auseinandersetzungen aus der Pause mit in die nächste Unterrichtsstunde getragen und verhindern den regulären Unterricht. Die vielen Konflikte konnten von den Lehrern im Schulalltag nicht mehr bewältigt werden; zum Teil hatten Schüler derartige Aggressionsausbrüche, dass die Lehrer an ihre Grenzen stießen.

Das Projekt „Tadel-Los“, ein Modellvorhaben der Sozialen Stadt, zielt auf das Vermitteln von Konfliktlösungen und das Vermeiden von Aggressionen und Handgreiflichkeiten, um Kinder in den Schulalltag zu integrieren. Im Rahmen von Tadel-Los! wurde ein pädagogisches Einsatzteam (eine Frau und ein Mann) in der Schule als feste Ansprechpartner etabliert. Ihre Aufgabe besteht darin, sowohl zwischen Schülerkonflikten zu vermitteln als auch Lehrer bei der Konfliktbewältigung mit Schülern zu unterstützen. Sie führen Elterngespräche und Einzelgespräche mit Schülerinnen und Schülern oder wohnen dem Unterricht bei.

Im Projektverlauf hat sich die Arbeit der zwei Schulsozialarbeiter immer stärker in Richtung zugehender Elternarbeit entwickelt. Oft war die Unterstützung der Elternhäuser der Schlüssel zum Erfolg ausgeglichener Kinder. Die Eltern wurden bei den unterschiedlichsten Belangen unterstützt und betreut, sodass sich ein enges Vertrauensverhältnis zwischen Elternhaus, Kindern und Schule entwickeln konnte.

Gleichzeitig haben die Lehrer von den Schulsozialarbeitern neue Sichtweisen und Herangehensweisen gelernt. So wird bei auffälligen Kindern zunächst nach Stärken und Potenzialen gesucht, bei denen sie gefördert und unterstützt werden können. Laut ehemaligem Schulleiter hat sich in der Projektlaufzeit die Stimmung an der Schule entscheidend verbessert. Viele Eltern sind stärker als zuvor in den Schulalltag eingebunden und haben Hemmschwellen gegenüber Lehrern und Schulsozialarbeitern ablegen können.

Rendsburg-Mastbook: „Faustlos“ an der Grundschule Mastbrook

Das Gewaltpräventionsprogramm „Faustlos“ findet in Kooperation von der Grundschule und den vier Kindertagesstätten, die der Schule über 90 % der Schulkinder zuführen, statt. Diese Kooperation wurde aufgenommen und per Kooperationsvereinbarung festgehalten, da sowohl in den Kindertagesstätten als auch in der Grundschule eine erhöhte Gewaltbereitschaft (verbal und körperlich) und Aggressivität der Kinder festgestellt wurde. Als Gewaltpräventionsmaßnahme wird auf das sogenannte Faustlos-Curriculum des Heidelberger Präventionszentrums zurückgegriffen, das sowohl Kindergärten als auch Grundschulen erfasst.

Im Rahmen des Programms „Faustlos“ werden mit Hilfe von altersspezifischen Lerneinheiten sozial-emotionale Kompetenzen in den Bereichen Empathie, Impulskontrolle und Umgang mit Ärger und Wut gefördert und erlernt. Da das Programm bereits in den Kindertagesstätten angewendet wird, kann in der Grundschule auf die gleiche Methodik aufgebaut werden.

Ziel ist es, den Kindern gewaltfreie Verhaltensmuster zu Konfliktlösungen zu vermitteln und Defizite in der Empathiefähigkeit der Kinder zu beheben. Anhand eines Ordners mit Lernunterlagen finden Unterrichtseinheiten im Klassenverbund (in der Regel in der Verfügungsstunde) durch Lehrer, Erzieher und anderes pädagogisches Personal statt. Alle Lehrer sowie Schulsozialarbeiter haben an einer Schulung teilgenommen und können ihr Wissen anhand der Arbeitsmaterialien auch innerhalb des Kollegiums weiter geben. In der Grundschule begleitet das Programm die Kinder von Klasse eins bis Klasse vier. Laut Beschreibung des ehemaligen Rektors der Grundschule zeigt sich, dass seit Einsatz des Programms bei den Kindern von Jahrgangsstufe zu Jahrgangsstufe stärkere sozial-emotionale Kompetenzen festzustellen sind.

Projekt „Faustlos“ (Foto: Schule Mastbrook)



Schule Mastbrook (Foto: Schule Mastbrook)



Göttingen – Maschmühlenweg



Stadt: 130.000 EW

Stadtquartier: 2.700 EW

Quartierstyp: Mischgebiet mit Einfamilienhäusern (30 %) und Geschosswohnungsbau der 1950/60er und 1970er Jahre

Soziale Stadt-Gebiet seit: 2009

Ausgangssituation

Das Gebiet weist einen hohen Anteil an Einwohnern unter 21 Jahren (43 %) und an Bewohnern mit Migrationshintergrund (50 %) auf. Im Gebiet liegen städtische Notunterkünfte der Stadt Göttingen, in denen ein hoher Anteil an Roma aus dem Kosovo lebt.

Laut statistischen Erhebungen der Stadt Göttingen ist das Gebiet im stadtweiten Vergleich nicht überdurchschnittlich von Kriminalität betroffen. Dennoch fühlt sich ein Teil der Bewohner (v.a. Ältere) unsicher und aufgrund einzelner Ereignisse, wie z.B. (Massen-) Schlägereien und lautstarken Auseinandersetzungen unter Bewohnergruppen, hat das Quartier ein schlechtes Image.

Im Rahmen des Programms Soziale Stadt wurden verschiedene Projekte zur Gewalt- und Kriminalprävention initiiert, z.B. LiSA und das Modellvorhaben SPIN/CTC (Sozialräumliche Prävention in Netzwerken).

(Göttingen – Maschmühlenweg vgl. auch Kapitel 4.2.14.)

Lernen in Schule & Alltag (LiSA)

Im Programmgebiet Maschmühlenweg in Göttingen existieren mehrere Wohnblöcke, in denen Asylbewerber und andere Transferleistungsempfänger leben. Hierbei handelt es sich überwiegend um zugewanderte Flüchtlingsroma aus dem Kosovo. Sie leben in Großfamilien teilweise bereits seit Ende der 90er Jahre in Göttingen, sodass viele der Kinder die ehemalige Heimat gar nicht mehr kennen.

Zwischen verschiedenen Clans hat es in den vergangenen zwei bis drei Jahren mehrere gewalttätige Auseinandersetzungen (Messerstechereien, Schlägereien, etc.) gegeben, die sich negativ auf das Quartier ausgewirkt haben. Auf der einen Seite schüren diese Auseinandersetzungen das Unsicherheitsgefühl der übrigen Bewohnerschaft im Quartier (insbesondere viele ältere allein stehende Bewohner), aber bedeuten auch eine psychische Belastung für die Familienmitglieder der Roma. Oft verlassen Frauen der Romafamilien wochenlang nicht die Wohnungen und halten ihre Kinder aus Angst vor Übergriffen des anderen Clans von Kita- und Schulbesuch fern. In den Familien selbst spielt das Thema familiäre Gewalt ebenfalls eine Rolle.

In direkter Nachbarschaft zum Programmgebiet der Sozialen Stadt liegen drei Grundschulen, die auch von Kindern dieser Bewohnergruppe besucht werden. Die Jugendhilfe Göttingen e.V. führt an den drei Grundschulen das Projekt LiSA (Lernen in Schule & Alltag) sowie das daraus entwickelte Projekt KiSS (Kinder in Schule & Sozialraum) durch. LiSA wird ausschließlich aus kommunalen Mitteln finanziert. Mit sozialraumbezogener Schulsozialarbeit versuchen Schulsozialarbeiter für jede Grundschule bereits im ersten Schuljahr oder gar in der Einschulungsphase Kontakt zu den Kindern und deren Familien aufzubauen. Über die Arbeit mit den Kindern haben die Schulsozialarbeiter das Ziel, auf niedrigschwelligem Niveau ebenfalls Kontakt zu den Eltern, v.a. den Müttern aufzubauen, um hier gezielte Angebote und Beratungsleistungen anzubieten. Die Ziele von LiSA sind dabei:

- *Förderung von Bildungschancen und Abbau von Benachteiligungen*
- *Gesundheitsförderung durch Prävention und Intervention*
- *Integrationsunterstützung von Familien mit Migrationshintergrund.*

Die Angebote finden nicht nur in der Schule, sondern auch in den Notunterkünften der Stadt selbst (z.B. regelmäßige Hausaufgabenbetreuung) und im LiSA-Büro im Quartier statt. Hausbesuche gehören zum Arbeitsalltag. Weitere Anknüpfungspunkte im Stadtteil, wie z.B. der Kleidertausch, das Elterncafé, der Mittagstisch oder Kreativangebote in der Gemeinwesenbedarfseinrichtung „Weststadtzentrum“ werden ebenfalls genutzt, um die Mütter anzusprechen, um Möglichkeiten der Kontaktaufnahme zu den Schulsozialarbeitern oder anderen Frauen/Eltern auf niedrigschwelligem Niveau zu ermöglichen.

Mit dem LiSA-Projekt wurde in Göttingen ein neuer Weg erprobt, durch intensive zugehende Arbeit eine schwer erreichbare Bevölkerungsgruppe anzusprechen. Über die Kinder in der Einschulungsphase und ersten Klasse wird Kontakt zu den Schülern und deren Familien gesucht und Vertrauen aufgebaut. Diese Arbeit wird aus Sicht der Schulsozialarbeiter ebenfalls als Arbeit der Gewalt- und Kriminalprävention gesehen, weil sowohl in den Familien als auch zwischen den Clans andere Regel- und Wertvorstellungen bestehen, die nur über Gespräche, Beratungsleistungen und Begleitung aufgebrochen werden können. Dennoch ist es für die Schulsozialarbeiter ein sehr mühseliger Prozess. Nach den bis-

herigen Erfahrungen dauert es Jahre, bis die Familien sich öffnen und Einblicke in ihre familiären Strukturen und ihren Lebensalltag geben. Oft reisen Familien aber auch von heute auf morgen ab, weil laut Experten vor Ort beispielsweise eine Abschiebung droht oder Frauen/Mädchen zwangsverheiratet werden (sollen).

Kindergruppe überreicht dem Oberbürgermeister ihre Ideen im Beteiligungsprojekt „Quartiersgestaltung“
(Foto: Jugendhilfe Göttingen e.V)



Mal- und Mitmachaktion beim Stadtteilstfest
(Foto: Jugendhilfe Göttingen e.V)



Göttingen – Maschmühlenweg: Kinder in Schule & Sozialraum (KiSS)

Das Projekt KiSS ist aus dem LiSA-Projekt hervorgegangen. Ziel ist es, die drei Grundschulen im Schulsprengel des Soziale Stadt-Gebietes als Orte der Demokratie und Toleranz zu qualifizieren. Das Programm setzt bereits im frühen Kindesalter an und hat einen starken Fokus auf das Zusammenleben im Stadtteil. In den Einzugsgebieten der Schulen leben neben Flüchtlingsfamilien, bei denen die größte Gruppe aus dem Kosovo stammende Roma sind, auch viele deutsch-russische Kinder. Das Aufeinandertreffen dieser Gruppen aus sehr verschiedenen Kulturräumen birgt ein hohes Konfliktpotential, weswegen frühe gegenseitige Toleranz sehr wichtig ist.

Im Rahmen des Projektes werden folgende Punkte gemeinsam mit Kindern, Eltern, Lehrern, aber auch interessierten Stadtteilakteuren bearbeitet:

- *Ermutigung von Kindern, sich gegen Vorurteile und Ausgrenzungen zu wehren*
- *Unterstützung der Kinder durch Erwachsene bei diesem Thema*
- *Passende Gestaltung der Lernumgebung, damit Kinder Vielfalt respektieren lernen und sich mit Unterschieden wohlfühlen*
- *Eröffnung neuer Beteiligungsräume für Eltern und Kinder im Schulalltag*

Gemeinsam mit Schulen und Stadtteilakteuren wurden Bedürfnisse, Potenziale und bereits vorhandene erfolgreiche Instrumente zum Demokratielernen und Kompetenzerwerb von Kindern und Eltern an den jeweiligen Schulen in Form von Befragungen und Interviews identifiziert. Schulstandortspezifisch entwickeln KiSS-Mitarbeiter und Schule neue Lernsituationen unter Berücksichtigung der Angebotsstruktur im Stadtteil. An den Schulen zählen jahrgangsübergreifende Beteiligungswochen, interkulturelle Trainings, AGs für Schüler und Eltern, Sprachförderung (u.a. Feriensprachcamps), Theaterprojektwochen, Konfliktraumarbeit, Schulhofgestaltung, Ferienangebote für Kinder etc. dazu. Im Stadtteil wirkt KiSS u.a. mit Aktivitäten zum Austausch und Dialog der Stadtteilbewohner in Form von Tagesveranstaltungen, Ausstellungen, Mikroprojekten und Stadtteilfesten. Dazu zählen u.a. (berufliche) Bildung für Mütter/Eltern, gemeinsame Aktionen mit Sportvereinen, Beteiligungsprozesse für Kinder (u.a. Neugestaltung eines Quartiersplatzes), gemeinsames Kochen und Schwimmkurse für Kinder. Durch die Einbeziehung von Stadtteilakteuren in die verschiedenen Aktivitäten ist eine zunehmende Öffnung der Schulen in Richtung Sozialraum gewährleistet.

Das Projekt KiSS wird als Modellvorhaben im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern, Kompetenzen stärken“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und in Ergänzung zu LiSA vom Verein Jugendhilfe Göttingen e.V. durchgeführt. Analog zu dem Vorgehen in LiSA ist es ein Prozess, der keine schnellen Erfolge sichtbar macht, sondern auf den langfristigen Aufbau von Vertrauen setzt, um Kindern und auch Eltern ein offenes, tolerantes und möglichst aktives Leben in der Nachbarschaft zu ermöglichen.

Mitmachaktivitäten beim Stadtteilfest
(Foto: Jugendhilfe Göttingen e.V)



Lesenacht in der Hagenbergschule
(Foto: Jugendhilfe Göttingen e.V)



Berlin – Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße: AG Bildung als kompetentes Begleitgremium in der Sozialen Stadt

Die schwierige Bildungssituation und zunehmenden Konflikte an den Schulen haben im Kiez-Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße zur Gründung einer Bildungs-AG unter Federführung des Quartiersmanagements geführt. Die AG Bildung vernetzt lokale Initiativen und Vereine unter Einbindung des Jugendamtes, der Schulen, Kindertagesstätten, Bibliothek etc. Die Einrichtungen treffen sich regelmäßig (ca. alle sechs bis acht Wochen) und diskutieren über mittel- bis langfristig zu initiierende Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen an den Schulen und im Quartier. Dabei geht es u.a. darum, dass sich Angebote (v.a. auch im Bereich Sprachentwicklung) ergänzen und – wenn möglich – aufeinander aufbauen.

Die AG reagiert aber auch auf akute Probleme, u.a. im Bereich von Gewalt und Kriminalität an den Schulen: So informierte eine Schulleiterin im Jahr 2006 in einer gemeinsamen Sitzung, dass ihre Grundschule mit 18 registrierten Gewaltvorfällen in einem Schuljahr im Bezirk an erster Stelle stehe. Zwar gab es zu diesem Zeitpunkt bereits das Programm „Training sozialer Kompetenzen“ (z.B. Gewaltprävention durch die Polizei, Schulstation, Schulsozialarbeit/soziale Gruppenarbeit, Konfliktlotsen) und das Unterrichtsfach „Soziales Lernen“ (nach Lehrplan, Note etc. ab Klasse 3), doch es wurde deutlich, dass weitere präventiv begleitende Maßnahmen an der Schule notwendig seien. Daraufhin hat sich das Quartiersmanagement als Mitglied der AG Bildung mit der Senatsverwaltung Bildung, dem Bezirk und weiteren Akteuren zusammengesetzt, verschiedene individuelle Projekte zur Problembewältigung an der Schule erarbeitet und Handlungsschritte abgestimmt.

Im Ergebnis wurden durch Projekte des Quartiersmanagements die Lehrer in der Gewalt- und Kriminalprävention gefördert (Qualifizierung, Verhalten bei Konflikten etc.). Eine immer größere Rolle spielt hierbei die Auseinandersetzung mit den Themen körperliches mobbing (schlagen, stoßen, treten), verbales mobbing (hänseln, drohen, „verletzende Sprüche“) oder indirektes mobbing (Gerüchte verbreiten oder jemanden ausschließen), cyber-mobbing (verschiedene Formen der Diffamierung über elektronische Kommunikationsmittel) sowie eine intensive Elternarbeit. Des Weiteren wurde ein Pavillon mit Spielgeräten auf dem Schulhof aufgestellt, um Konflikte während der Pausen zu reduzieren und ein Elterncafé eingerichtet, damit Eltern sich austauschen und beraten lassen können. Seit 2011 wird das Kinderbüro an der Grundschule durch ein über das Programm Soziale Stadt gefördertes Projekt „Deeskalation und Konfliktreduzierung“ gestärkt. Die Situation an der Grundschule hat sich durch die kontinuierliche Intervention und das Netzwerken der AG Bildung deutlich verbessert.

Durch das regelmäßige Zusammenkommen der Bildungsakteure im Kiez konnten insgesamt feste Netzwerke aufgebaut werden, die eine stetige Unterstützung und Weiterentwicklung der Bildungsan-

gebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene vor Ort fördern sowie die Initiierung passgenauer Maßnahmen an den Schulen zur Gewalt- und Kriminalprävention ermöglichen.

4.2.13 Institutionalisierte Formen der Kriminalprävention

Bei gut der Hälfte der Programmgebiete existiert eine institutionalisierte Form der Kriminalprävention. In einer Vielzahl dieser Programmgebiete gibt es dazu Arbeitskreise, Bündnisse oder Runde Tische, die sich mit der Thematik auseinandersetzen. Die beteiligten Akteure sind Mitarbeiter der Verwaltung (z.B. Stadtplanung, Jugend), von sozialen Trägern, Wohnungsunternehmen, Polizei, Schule, Kirche bis hin zu Gewerbetreibenden und engagierten Bewohnern. Bei einigen Fallstudien wurde deutlich, dass die enge Zusammenarbeit einer Vielzahl von Gebietsverantwortlichen zu den entscheidenden Erfolgen der kriminalpräventiven Arbeit geführt hat. Kurze Wege der Verständigung, gemeinsam Verantwortung übernehmen und abgestimmtes Handeln wurden als wesentliche Voraussetzungen genannt.

Daneben spielt vornehmlich in den größeren Städten mit oftmals mehreren Soziale Stadt-Gebieten die Einrichtung eines kommunalen Präventionsrates eine Rolle. Daneben gibt es viele unterschiedliche Ansätze, die individuell auf die Bedürfnisse im jeweiligen Gebiet abgestimmt sind, wie z.B. Hilfeinseln für Kinder, Stammtische, Informationsveranstaltungen und mobile Jugendarbeit.

4.2.14 Praxisbeispiel: Steuerungsstrategie „Communities that Care“

Exkurs¹¹ Göttingen – Weststadt: Sozialräumliche Prävention in Netzwerken (SPIN)

Das Programm „Communities That Care“ (CTC) ist eine aus den USA stammende kommunale Steuerungsstrategie für präventive Aktivitäten und wird in Niedersachsen modellhaft umgesetzt. Sowohl in den USA als auch in anderen Ländern (v.a. Niederlande) wurde diese Strategie bereits mehrfach angewandt und positiv evaluiert. In Niedersachsen wird diese Strategie an drei Modellstandorten im Zeitraum von 2008 bis 2012 erprobt. Die Fragen, die hinter diesem Programm stehen sind: Welches sind die Risiko- und Schutzfaktoren für Kriminalität bei Kindern und Jugendlichen und wie können Kinder und Jugendliche vor Kriminalität geschützt werden?

SPIN (Sozialräumliche Prävention in Netzwerken) basiert auf „Communities That Care“. In der Göttinger Weststadt, in der das Projekt als ein Modellstandort zum Einsatz kommt, wurde eine Befragung von Jugendlichen zu bestimmten Risiko- und Schutzfaktoren, die speziell in ihrer Wohngegend ihre Entwicklung maßgeblich beeinflussen können, durchgeführt. Die Befragung, mit der z.B. an Schulen

¹¹ Die als Exkurs dargestellten Beispiele wurden nicht im Rahmen einer Fallstudie analysiert. Es sind good-Practice Beispiele, die ergänzend aufgenommen wurden.

und Jugendzentren 12- bis 18-Jährige internetbasiert befragt werden, wurde für die Steuerungsstrategie (Risikofaktoren, Schutzfaktoren, Sozialraumprofil, Aktionsplan) auf Basis von CTC entwickelt und wissenschaftlich erprobt. Dabei geht es um folgende Themen:

- Gewalt und Delinquenz,
- Alkohol- und Suchtmittelgebrauch,
- Schulausfall,
- Teenagerschwangerschaften,
- Depressionen.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen ein spezifisches kleinräumiges Profil hinsichtlich der Risiken von Jugendlichen in familiären, schulischen und nachbarschaftlichen Bereichen sowie der Peergruppe. Die bisherigen Erkenntnisse zeigen dabei, dass es handlungsrelevante Unterschiede im Hinblick auf kleinräumige Risikoprofile gibt. Die Risikoprofile werden von den Verantwortlichen (zum Beispiel Schulsozialarbeiter, Lehrer, Kita-Mitarbeiter, Quartiersmanagement, Polizei, Vertreter von Vereinen) vor Ort besprochen und hinsichtlich der resultierenden Handlungsbedarfe abgestimmt. Die Profile liefern wichtige Hinweise für Defizite und Handlungsbedarfe, die jedoch mit den Erfahrungen vor Ort abgestimmt werden. Somit können dann bereits vorhandene Projekte und Programme besser aufeinander abgestimmt und fehlende Ansätze und Aktivitäten ergänzt werden. Ein wesentlicher Fortschritt ist dabei die Messbarkeit bzw. Überprüfbarkeit der Ergebnisse von Maßnahmen im Zeitverlauf. Hierzu müssen die Befragungen wiederholt werden und liefern somit eine fundierte Messgrundlage für die Beobachtung und damit die gezielte Steuerung von Präventionsstrategien.

Umgesetzt wird die Steuerungsstrategie schließlich durch Maßnahmen im Rahmen eines Aktionsplans, die auf einem Katalog, der sogenannten „Grüne Liste Prävention“ basieren. Hier werden Maßnahmen und Programme erfasst, die bereits bei anderen Modellen funktioniert haben und als Erfolg versprechend bewertet und evaluiert wurden. Der Maßnahmenkatalog ist eine wesentliche Hilfestellung für die Akteure vor Ort, um geeignete Projekte zu initiieren und umzusetzen. Die wissenschaftlichen Erfolgsnachweise wurden z.B. für Projekte der Frühförderung von Familien, der Förderung sozialer und emotionaler Kompetenzen von Kindern oder Trainingsmaßnahmen für Eltern erbracht. CTC stellt dabei auch die unterschiedlichen Detailstufen der Wirkungskontrollen auf.

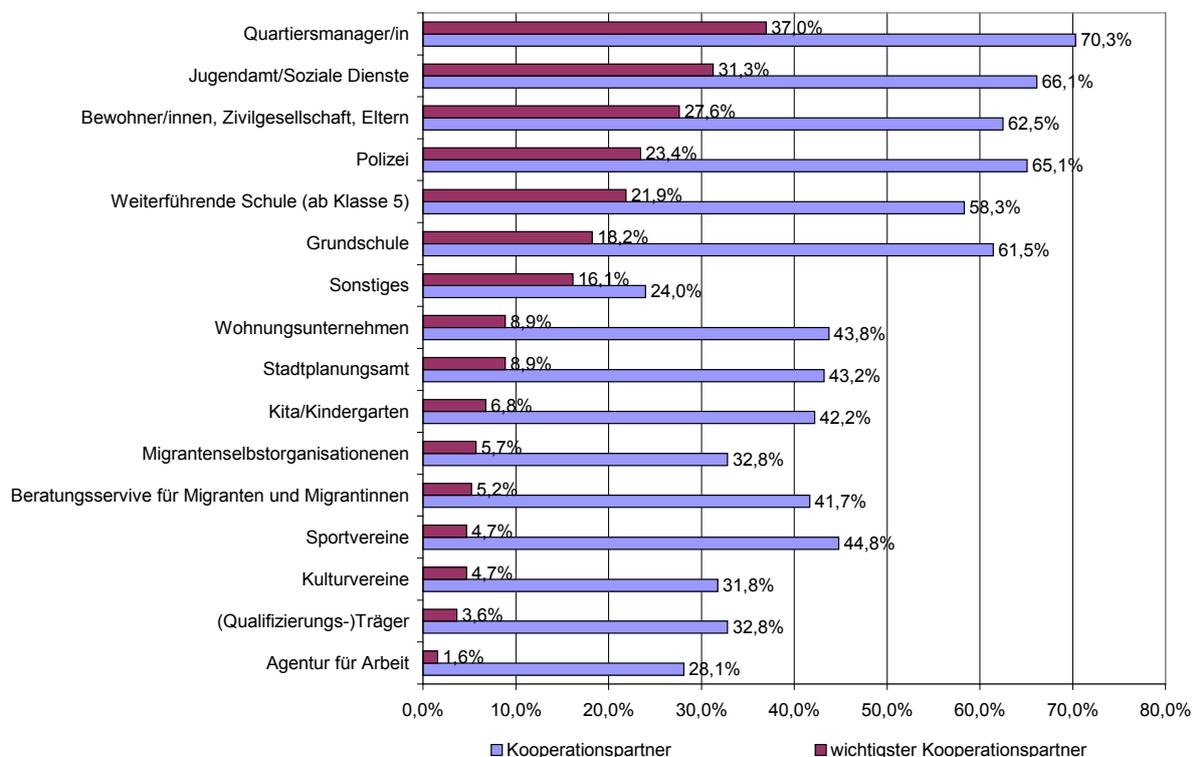
In Göttingen werden die Mitarbeiterinnen der Jugendhilfe Göttingen e.V. so qualifiziert, dass sie die Strategie und Maßnahmen später auch auf andere Stadtteile übertragen können. Zur Evaluierung und Überprüfung der Fortschritte wurden konkrete Zielformulierungen abgestimmt, die zukünftig alle drei bis vier Jahre überprüft werden sollen. SPIN soll in der Göttinger Weststadt mit den Maßnahmen der Sozialen Stadt verknüpft werden. So werden die Maßnahmen im Rahmen des Programms Soziale

Stadt im Themenbereich des sicheren Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen um ein evidenzbasiertes und wissenschaftlich erprobtes Instrument ergänzt.

4.2.15 Quartiersmanager als wichtigster Kooperationspartner vor Ort

In den Programmgebieten der Sozialen Stadt sind bei der Umsetzung von kriminalpräventiven Maßnahmen viele Akteure beteiligt, wie die Ergebnisse der bundesweiten Befragung zeigen (vgl. Abbildung 21). Das Quartiersmanagement wird dabei am häufigsten und zudem als wichtigster Kooperationspartner (37 %) benannt. Weitere wichtige Partner sind das kommunale Jugendamt bzw. die Sozialen Dienste (31,3 %), die Gruppen der Bewohner und Eltern (27,6 %), die Polizei (23,4 %) und die weiterführenden Schulen (ab Klasse 5) (12,9 %). Laut Expertengesprächen aus den Praxisbeispielen ist insbesondere die ressortübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Kommunalverwaltung für den Erfolg kriminalpräventiver Maßnahmen von großer Bedeutung (vgl. auch Gera, Raunheim und Cottbus Kapitel 4.2.16). Dies gilt im Übrigen auch für Quartiere, die nicht im Programm Soziale Stadt sind (vgl. Wiesbaden Kapitel 4.2.16). Es gibt weiterführende Maßnahmen, wie z.B. in Ludwigshafen, wo die Polizeiarbeit, die staatsanwaltliche Tätigkeit, die Sozial- und Jugendarbeit im Haus des Jugendrechts zusammengelegt werden.

Abbildung 21: Kooperationspartner



Frage: Gibt es im Rahmen der Maßnahmen/Projekte Kooperationen/Zusammenarbeit mit folgenden Partnern? Welche drei Partner sind für eine erfolgreiche Projektumsetzung am wichtigsten?

Anmerkung: Mehrfachnennungen möglich, Prozentangaben beziehen sich auf alle 192 Gebiete, die geantwortet haben.

Quelle: Eigene Erhebungen

empirica

4.2.16 Praxisbeispiele: Verschiedene Formen der Kooperation

Gera – Bieblach



Stadt: 100.000 EW

Stadtquartier: 12.000 EW

Quartierstyp: Überwiegend Geschosswohnungsbau, 1950/60er Jahre sowie ab 1980er bis heute

Soziale Stadt-Gebiet seit: 2000

Ausgangssituation

Der Stadtteil Bieblach setzt sich aus zwei Teilbereichen (Bieblach-Ost und Bieblacher Hang) zusammen. Ein großer Anteil der Bewohner ist über 65 Jahre (39 %), 28 % der Bewohner sind unter 21 Jahren.

Obwohl das randstädtische Wohngebiet laut Aussagen des Bürgerbeamten nicht überdurchschnittlich von Gewalt und Kriminalität betroffen ist, spielen diese Themen im Zusammenhang mit dem Außenimage und subjektiven Sicherheitsgefühl der Bewohner eine Rolle. Als besonders problematisch werden laut Experten der z.T. unattraktive Außenraum, ungenutzte Erdgeschosszonen und Trefforte von Jugendlichen z.B. an öffentlichen Plätzen, Schulen und Spielplätzen genannt.

Präventionsmaßnahmen im Rahmen der Sozialen Stadt zielten vor allem auf die Gewaltprävention bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Quartier, die oft ohne Arbeit sind.

Interne und offene Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendeinrichtungen im Quartier

In Gera gibt es auf städtischer Ebene eine Steuerungsgruppe für das Programm Soziale Stadt. Dieser Steuerungsgruppe gehören neben der Stadtteilmanagerin, die das Stadtteilbüro Bieblach – mit beiden Teilbereichen – betreut, die Fachdienste Stadterneuerung, Soziale-/Unterhaltsleistungen sowie Kin-

der- und Jugendhilfe, das Jobcenter Gera, die Wohnungsbaugesellschaft GWB „Elstertal“ mbH sowie die Immobilienverwaltung „Elstertal“-Infraprojekt GmbH an. Die Steuerungsgruppe nimmt übergeordnete Aufgaben wahr, wie z.B. die Ziele für den Stadtteil zu entwickeln oder Entscheidungen zur Durchführung von Projekten zu treffen (z.B. die Finanzierung von Jugendprojekten wie Streetsoccerturniere im Rahmen des Aktionsfonds). In beiden Teilbereichen (Bieblach-Ost und Bieblacher Hang) gibt es darüber hinaus Stadtteilgremien, die sich aus Vertretern der Einrichtungen vor Ort (Schule, Kita, Kirche, Jugendclub etc.) und Vereinen zusammensetzen. Zu den Beratungen der Stadtteilgremien werden als Gäste Vertreter der Fachdienste, der Bürgerbeamte und Mitglieder des Bürgergremiums eingeladen. In den Quartalsstreifen informieren sich die Akteure über die Entwicklungen im Stadtteil, ihre Arbeit und besprechen Aktivitäten (z.B. Sprechstunden des Kontaktbeamten im Jugendclub, um niedrigschwellige Kontakte zu den Jugendlichen aufbauen zu können, Familiensportfest).

Darüber hinaus gibt es ein „Netzwerk Jugend“, welches nur aus Vertretern der Kinder- und Jugendeinrichtungen besteht. In diesem Netzwerk treffen sich alle Akteure aus Bieblach, die Kinder- und Jugendarbeit vor Ort anbieten: Vertreter der zwei Jugendhäuser/Jugendclubs, der AWO Migrationsdienst, Vertreter des Fachdienstes Kinder und Jugend der Stadt, Vertreter von laufenden BIWAQ-Projekten, Quartiersmanager sowie der Bürgerbeamte. Durch die jahrelange Zusammenarbeit im Rahmen des Programms Soziale Stadt findet hier ein offener Austausch über Konflikte und Auffälligkeiten (Problemlagen erkennen, Vandalismus vorbeugen etc.) im Quartier statt. Neben dem Versuch, gemeinsam Projekte und Angebote gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit und damit verbundene Perspektivlosigkeit zu initiieren, kann durch das gute Netzwerk auch auf besondere Situationen im Quartier sehr schnell von allen Beteiligten (u.a. Polizei) reagiert werden. Haben beispielsweise Jugendliche im Club Hausverbot und halten sich verstärkt im Außenraum auf, kann der Kontaktbeamte auf kurzem Wege informiert werden und den Kontakt zu den Jugendlichen im Wohnumfeld suchen. Damit kann Vandalismusschäden, hervorgerufen durch Langeweile sowie Alkoholkonsum im öffentlichen Raum, bereits im Vorfeld begegnet werden.

Ebenfalls präventiv wirkt die Präsenz der vier Mitarbeiter der OTEGAU (Arbeitsförder- und Berufsbildungszentrum GmbH Ostthüringen/Gera), die als „Park & City Service“ regelmäßige Rundgänge im Stadtteil machen. Ihre Aufmerksamkeit gilt der Ordnung und Sicherheit vor allem in öffentlichen Grünanlagen, an den Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs, an Schulen und Kindereinrichtungen. Die „Citypräsenz“ nimmt Hinweise von Bürgern entgegen und übermittelt etwaige Probleme an das Stadtteilbüro, an die Wohnungsgesellschaften oder städtischen Einrichtungen. Möglich wurde das Projekt durch Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und Unterstützung durch das Jobcenter Gera sowie die Stadtverwaltung Gera.

Gremienarbeit im Quartier
(Foto: S. Nauber/Stadtteilbüro Bieblach)



Jugendliche beim Streetsoccerturnier
(Foto: S. Nauber/Stadtteilbüro Bieblach)



Raunheim – Ringstraße: Ressortübergreifende Zusammenarbeit

Im Raunheimer Programmgebiet „Ringstraßensiedlung“ wurde das Thema Gewalt von Anfang an sehr ernst genommen. In Studien und Gutachten, die im Rahmen des Programms Soziale Stadt erarbeitet wurden, wurde auch diese Thematik explizit aufgegriffen. Im Stadtteil wurde eine erhöhte Jugendkriminalität festgestellt, weswegen das Netzwerk „Gewalt- und Kriminalprävention“ gegen Gewalt und Kriminalität bei Jugendlichen aufgebaut wurde. Durch das Programm Soziale Stadt konnten neue Räumlichkeiten für das Kooperationsnetzwerk geschaffen werden. Einmal im Monat finden Treffen des Netzwerkes statt.

In dem Netzwerk arbeiten Schulen, die Bewährungshilfe, die Jugendgerichtshilfe, die Polizei, Streetworker, eine Jugendrichterin, das Jugendamt, das Stadtteilmanagement und weitere Einrichtungen Hand in Hand, um individuelle Lösungskonzepte für straffällig gewordene bzw. gewalttätige Jugendliche zu entwickeln.

Tritt ein Konfliktfall ein (z.B. ein Jugendlicher wird in den Vormittagsstunden beim Diebstahl erwischt), setzen sich alle Akteure mit dem Jugendlichen und seinen Eltern an einen Tisch und entscheiden gemeinsam über das weitere Vorgehen und wer hierbei welche Aufgaben übernimmt (z.B. wer kontrolliert, dass der Jugendliche in den Vormittagsstunden in der Schule ist und nicht schwänzt? Wer spricht mit den Eltern und bietet ggf. Unterstützungsleistungen an? Wer bindet den Jugendlichen in weitere Freizeitmaßnahmen im Quartier ein? Wer betreut den Jugendlichen im Fall einer Anzeige?). Jeder der Netzwerkpartner bekommt bei diesen Treffen abgesprochene, zielgerichtete Aufgaben für die Betreuung des Jugendlichen. Wichtig ist, dass diese Gespräche von einem externen Moderator geleitet werden. Dadurch entsteht ein „neutrales“, gleichberechtigtes Miteinander und die beteiligten

Institutionen sind eher bereit, Daten über die Jugendlichen bereit zu stellen, um gemeinsam ein sinnvolles einzelfallbezogenes Gesamtkonzept zu erarbeiten.

Ein Bericht über die Sitzung mit dem jugendlichen Straftäter geht an die Staatsanwaltschaft. Dies kann zu einer Verringerung des Strafmaßes führen, wenn das Gespräch gut verläuft, der Täter einsichtig ist und die Wahrheit sagt. Durch die vertrauensvolle Atmosphäre kann zudem erreicht werden, dass die Polizei von den Jugendlichen als Helfer und nicht mehr als Verfolger angesehen wird.

Durch das Netzwerk gibt es sehr hohe Erfolge bei der Stabilisierung von jungen Straftätern und der Reduzierung von Straffälligkeit. Die enge Kooperation und Bekanntheit des Quartiersmanagers hat darüber hinaus präventiven Charakter: Die Jugendlichen in der Siedlung kennen und vertrauen dem Quartiersmanagement und zeigen frühzeitig Konflikte an. Dies trägt im konkreten Konfliktfall zu einer hohen Aufklärungsquote und abgeleiteten Lösungshilfen bei. In der Kriminalitäts- und Schulstatistik von Raunheim zeigen sich außerdem deutliche Verbesserungen seit der Einführung des Kooperationsnetzwerkes. Aufgrund dieses Erfolges wird das Konzept nun kreisweit eingeführt.

Cottbus – Neu-Schmellwitz



Stadt: 102.000 EW

Stadtquartier: 4.500 EW

Quartierstyp: Überwiegend Geschosswohnungsbau der 1980/90er Jahre

Soziale Stadt-Gebiet seit: 2007

Ausgangssituation

Seit Ende der 1990er Jahre besteht ein anhaltender Wegzug von Einwohnern und damit ein Anstieg der Wohnungsleerstände. Im Herbst 2006 startete deshalb der Stadtumbau in Neu-Schmellwitz mit dem Rückbau erster Wohngebäude.

Sicherheit, Gewalt und Kriminalität spielen im Zusammenhang mit dem subjektiven Sicherheitsgefühl, dem negativen Image des Stadtteils wie auch mit konkreten Ereignissen eine Rolle. Problematische Sozialräume sind öffentliche Plätze, Grünanlagen und leerstehende Gebäude. Im stadtweiten Vergleich weist Schmellwitz keine überdurchschnittliche Kriminalitätsrate auf.

Im Rahmen der Sozialen Stadt wurden zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention verschiedene Projekte in Kooperation mit der Polizei durchgeführt. Zudem wurde ein Jugendstadtteilmanagement eingerichtet und ein „Offenes Netzwerk Schmellwitz“ initiiert.

Offene Zusammenarbeit verschiedener Akteure

Mit dem seit Ende der 1990er Jahre einsetzenden Wegzug vieler Einwohner hat sich die soziale Segregation im Gebiet Neu-Schmellwitz beschleunigt. Aus diesem Grund wird der Stadtumbau sozial begleitet. Um die sozialen Herausforderungen im Stadtteil bewältigen zu können, ist das „Offene Netzwerk Schmellwitz“ 2006 gegründet worden. Das Netzwerk ist Partner des Bürgervereins e.V. Schmellwitz.

Die Akteure treffen sich einmal im Monat, um sich gegenseitig zu informieren und gemeinsame Aktivitäten, z.B. mit Stadtverwaltung und Wohnungsgesellschaften zu organisieren.

Weil es im Stadtteil viele Probleme mit Jugendlichen gibt, ist ein Schwerpunkt der sozialen Begleitung die Jugendarbeit. Bevor das Programm Soziale Stadt initiiert wurde, gab es Treffen verschiedener Cliques im Wohnumfeld und z.T. auch in den leer stehenden Gebäuden. Es gab Prügeleien und Angriffe. Viele Jugendliche trafen sich im öffentlichen Raum, um zu trinken. Es wurde in Keller eingebrochen und Fahrräder gestohlen. Die Bewohner haben sich auch viel über Graffiti und Sachbeschädigung beschwert. Das Stadtteilmanagement hat immer wieder, wenn es Probleme im Quartier gab, reagiert und u.a. mit Polizei und Bürgern Rundgänge im Gebiet organisiert.

Um günstige Rahmenbedingungen für die Jugendbeteiligung in Schmellwitz zu schaffen, wurde auf Initiative des Stadtteilmanagements ein Jugendstadtteilmanagement initiiert. Ziel ist es, zwischen Jugendlichen und Jugendarbeitern, zwischen Jugendlichen und der Stadt sowie zwischen Jugendarbeitern im Stadtteil und der Stadt zu vermitteln. Es gibt diverse Beteiligungsangebote, Veranstaltungen, Projekte und Workshops, wie z.B. ein Graffitiworkshop. Im Rahmen eines Projektes zum Thema Medienkompetenz haben Jugendliche unter professioneller Anleitung einen Film zum Thema Mobbing und Gewalt gedreht. Die soziale Begleitung in Schmellwitz ist erfolgreich, weil über das Offene Netzwerk bei allen relevanten Akteuren Vertrauen aufgebaut wurde.

Treffen im Stadteilladen (Foto: Stadteilladen Cottbus-Schmellwitz)



Rundgang mit der Polizei durch das Quartier (Foto: Stadteilladen Cottbus-Schmellwitz)



Exkurs: Wiesbaden: Sicherheitskonzept Kulturpark und Schlachthofgelände¹²

Der ehemalige Schlachthof und der in 2009 eröffnete Kulturpark in der Nähe des Wiesbadener Hauptbahnhofs sind in den vergangenen Jahren zu einem innerstädtischen Szenetreffpunkt und auch zunehmend zu einem kriminalitätsbelasteten Brennpunkt geworden. Die Problemfelder des Kulturparks,

der von verschiedenen Jugendszenen und Gruppen junger Menschen aus dem ganzen Stadtgebiet frequentiert wird, sind Alkoholmissbrauch, Drogenkonsum, Gewaltüberschreitungen sowie Vandalismus. Überschattet wurde das überwiegend durch Ordnungswidrigkeiten belastete Gelände Ende 2010 durch ein Tötungsdelikt an einem Jugendlichen.

Auf Initiative und unter Federführung des Ordnungsamtes und der Polizeidirektion Wiesbaden wurde Ende 2010 eine ressortübergreifende Arbeitsrunde eingerichtet (u.a. mit Ordnungsamt, Grünflächenamt, Bauamt, Jugendamt, Kulturamt, Landespolizei, den Einrichtungen vor Ort, der Bahn AG als Anlieger). Im Rahmen der gemeinsamen Besprechungen mussten dabei auch gegenseitige Irritationen z.B. zwischen den Ordnungskräften und Sozialpädagogen ausgeräumt werden. Durch das Kennenlernen der unterschiedlichen Sichtweisen konnten bestehende Distanzen abgebaut werden. Die Arbeitsrunde hat in kurzer Zeit ein Sicherheitskonzept für das Gelände und die neu entstehende Halle, die als Veranstaltungsort das ehemalige Schlachthofgebäude ersetzen wird, erarbeitet.

Als Sofortmaßnahmen wurden zunächst Ordnungsmaßnahmen vereinbart, die in der Folge um baulich-gestalterische Sicherheitsaspekte sowie sozialpädagogische Maßnahmen ergänzt werden sollten.

Zunächst wurde die offene Präsenz von Ordnungskräften intensiviert. Durchgeführt wurden Gefährdeten-Ansprachen und es wurden Platzverweise für Straftäter durchgesetzt. Es erfolgten kontinuierliche Kontrollgänge sowie ein Beziehungsaufbau uniformierter Beamter zu den unterschiedlichen Jugendgruppen vor Ort. Verkaufsstellen für Alkohol im Umfeld des Kulturparks wurden sensibilisiert und die Einhaltung des Verkaufsverbots an Minderjährige kontrolliert. Darüber hinaus wurde ein privater Sicherheitsdienst engagiert, um die erforderliche hohe Präsenz vor Ort zu gewährleisten. Dieser hatte zudem die Aufgabe, den Raum zu beobachten und Auffälligkeiten der Polizei zu melden.

Als baulich-gestalterische Maßnahmen wurden Beleuchtungsmaßnahmen, die Schaffung von Sichtachsen in den Grünbereichen, die Einrichtung und Gestaltung von Toilettenanlagen sowie die Sicherung von Gleisanlagen vereinbart und sukzessive umgesetzt. Dabei wurden jeweils ressortübergreifende Kompromisse zwischen den Sicherheitsanforderungen der Ordnungsressorts, den Anforderungen der Sozialpädagogen und den Mitarbeitern der übrigen Einrichtungen an die Aufenthaltsqualität für die jungen Zielgruppen ausgehandelt.

In dem Sicherheitskonzept wurde zudem der Einsatz von „Kümmerern“ vor Ort vereinbart. Dazu ist ein Team von vier Personen, die aus den Einrichtungen auf dem Gelände und den dort tätigen Vereinen/Stiftungen rekrutiert wurden, in dem Kulturpark tätig. Das Team kümmert sich um eine kulturelle

¹² Kein Fördergebiet der Sozialen Stadt.

Belebung durch Veranstaltungen und Aktivierungsprojekte mit den Jugendgruppen. Koordiniert wird das Team, das derzeit mittwochs bis samstags aktiv ist, durch das Jugendamt.

Ergänzend wurde vor Ort von dem Suchthilfezentrum eine Suchtberatung in einem Container eingerichtet. Dort erfolgt eine aufsuchende Sozialarbeit mit dem Schwerpunkt suchtpreventiver Angebote.

In der bisherigen Bilanz des Sicherheitskonzeptes konnte das zuvor hohe Aufkommen von Straftaten im Kulturpark in kurzer Zeit drastisch reduziert werden. Durch die räumlich gebündelten Maßnahmen und die Sicherstellung einer hohen Präsenz durch den Wachdienst wurden Straftaten wie Körperverletzungen, Raubdelikte und Vandalismus deutlich gemindert. Die Sorge der Eltern und das negative Image des Kulturparks bleiben demgegenüber bisher noch bestehen. Für eine dauerhafte Veränderung der belasteten Ausgangssituation – auch in der öffentlichen Wahrnehmung – muss sich das neue Konzept insbesondere mit den erst vor kurzer Zeit angelaufenen ergänzenden Maßnahmen bewähren.

Ludwigshafen – Westend



Stadt: 163.000 EW

Stadtquartier: 5.299 EW

Quartierstyp: Gemischtes Quartier mit Blöcken unterschiedlicher Baualters-phasen

Soziale Stadt-Gebiet seit: 2000

Ausgangssituation

In Ludwigshafen-Westend findet ein Wegzug sozial besser gestellter Einwohner statt, zudem gibt es eine hohe Leerstandsquote und ein schlechtes Image. Die Arbeitslosenquote lag 2010 bei rund 21 % und der Anteil von Bewohnern mit Migrationshintergrund bei rund 37 %.

Das Gebiet ist durch eine stadtweit vergleichsweise hohe Kriminalitätsrate betroffen, was sich zudem in einem subjektiven Unsicherheitsgefühl der Bewohner und einem negativen Außenimage niederschlägt. Es lassen sich einzelne Wohnblöcke und Bereiche, an denen sich Jugendliche treffen, als besonders problematische Sozialräume identifizieren.

Die kriminalpräventiven Projekte im Programmgebiet der Sozialen Stadt wenden sich hauptsächlich an Kinder und Jugendliche. Es wurden Beratungsstellen eingerichtet und Straßensozialarbeit durchgeführt.

Haus des Jugendrechts

Im Rahmen des mittlerweile abgeschlossenen Fördergebietes im Städtebauförderprogramm Soziale Stadt „Ludwigshafen-Westend“ sind über die elfjährige Laufzeit in verschiedenen Bereichen viele kleine Schritte erfolgt. In der Bilanz sind nach Angaben der Stadtverwaltung ca. 300 Einzelprojekte angestoßen worden, mit denen etwa 11.000 Teilnehmer erreicht wurden. Zu den Handlungsschwerpunkten des Gebietsprogramms zählen auch Maßnahmen für eine sichere Stadt, wie z.B. zur städtebaulichen Beseitigung von Angsträumen. Einer der früher markantesten Angsträume im Stadtteil war das

Außengelände im Haus der Jugend. Das Unsicherheitsgefühl vieler Bewohner wurde u.a. in den Bürgersprechstunden beim Bezirksvorsteher artikuliert und bei gemeinsamen Ortsbesichtigungen erfasst. Das Außengelände hatte sich zu einem stadtteilübergreifenden Treff der Drogenszene entwickelt. Dunkle Ecken und unübersichtliche Durchgangswege sowie ein Spielplatz im Außengelände des Gebäudes bildeten Angsträume für Besucher und Passanten.

Im Zuge der Vorbereitungen zur baulichen Umgestaltung entstand die Idee, nach dem Stuttgarter Vorbild im ehemaligen Haus der Jugend im Westend die Polizeiarbeit, die staatsanwaltlichen Tätigkeiten, die Sozialarbeit und die Jugendarbeit zu einem Haus des Jugendrechts zusammenzulegen. Polizei, Justiz und Jugendhilfe sollten nicht mehr jeweils für sich selbst an neuen Konzepten arbeiten, sondern gemeinsam institutionenübergreifende Gesamtstrategien entwickeln und bestehende wechselseitige Vorbehalte, Vorurteile und Abgrenzungen zugunsten einer partnerschaftlichen Verantwortung abbauen.

Im September 2005 wurde das „Ludwigshafener Haus des Jugendrechtes“ (JuReLu) zunächst als Modellprojekt mit zwei Jahren Laufzeit und einer intensiven wissenschaftlichen Begleitung als erstes Haus des Jugendrechts in Rheinland-Pfalz in Dienst gestellt. Mit einer Gesamtinvestition von rund 1,6 Millionen Euro (die Baukosten wurden mit 80 % aus dem Programm Soziale Stadt gefördert) wurde 2005 das Haus umgebaut. Dabei entstanden neue Büro-, Vernehmungs- und Besprechungsräume für das JuReLu und der Veranstaltungstrakt des Hauses sowie das Kulturzentrum wurden saniert. Auch die Außenräume wurden mit Blick auf die subjektiven Sicherheitsbedürfnisse der Stadtteilbewohner neu geordnet und gestaltet.

Das mittlerweile im Regelbetrieb arbeitende JuReLu mit der gesamtstädtischen Aufgabe der Kriminalitätsbekämpfung und –prävention bei jungen Menschen harmonisiert die Zuständigkeiten der unterschiedlichen Ressorts, schafft deutliche Verkürzungen der Reaktionszeiten bei staatsanwaltlichen Verfahren und bündelt die Kompetenzen für innovative vorbeugende Maßnahmen als auch Kriseninterventionen. Das JuReLu versteht sich heute als inhaltliche Denkfabrik für die Weiterentwicklung einer modernen Jugendstrafrechtspflege und fördert u.a. die Zusammenarbeit mit den Schulen in Ludwigshafen. Mittlerweile hat sich ein Förderverein für das Ludwigshafener Haus des Jugendrechts – JuReLu e.V. gebildet, der präventive und erzieherische Projekte auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendhilfe sowie des Jugendstrafrechts fördert.

Zu den Aufgaben des JuReLu gehört in der Zwischenzeit die Förderung von wissenschaftlicher Forschungstätigkeit sowie die Information der Öffentlichkeit über aktuelle Themen auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendhilfe, des Jugendstrafrechts und von Fort- und Ausbildungsmaßnahmen.

Neugestalteter Außenraum (Foto: empirica)



Neugestalteter Spielplatz (Foto: empirica)

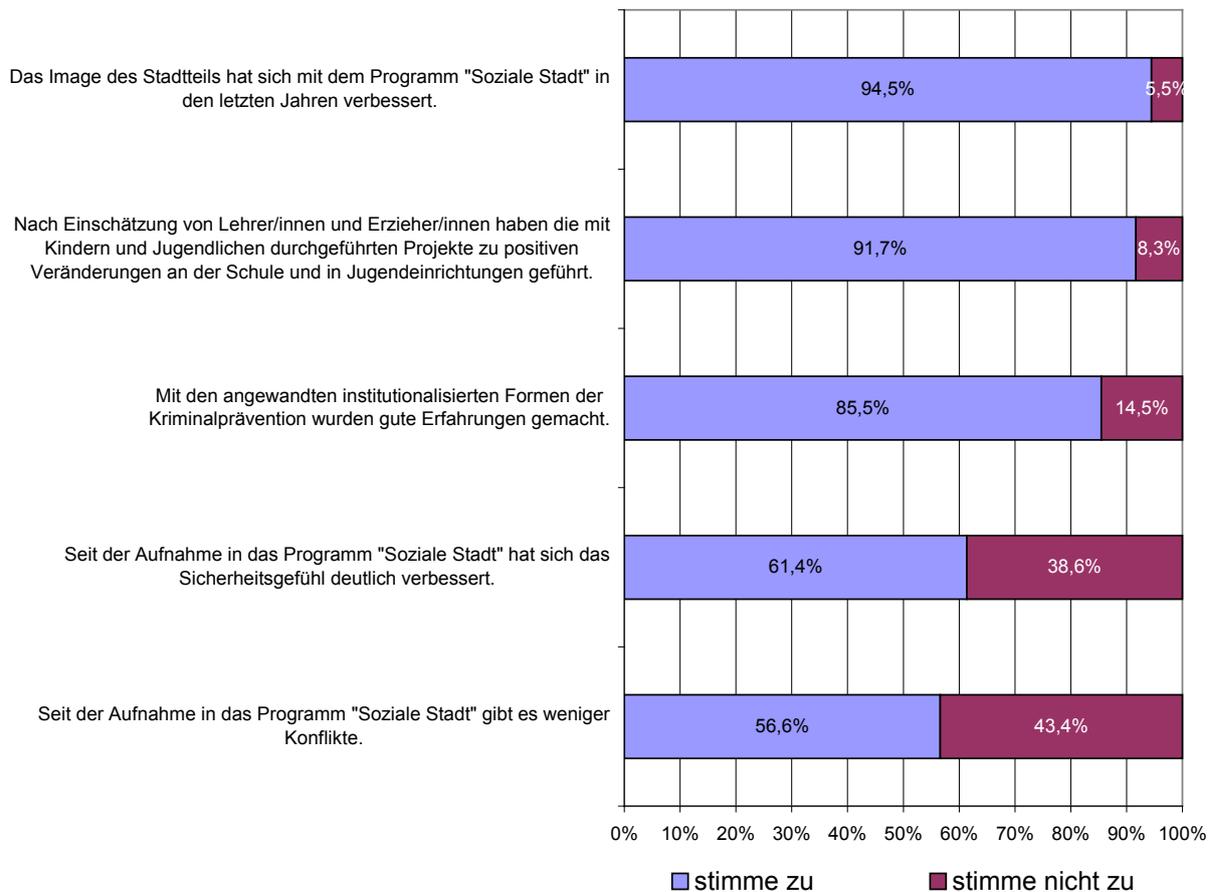


4.2.17 Wirkungen des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt für die Gewalt- und Kriminalprävention aus Sicht der Experten

Im Rahmen der Online-Befragung wurden die Experten auch zur Einschätzung der Lebenssituation im Quartier in den Programmgebieten im Allgemeinen befragt. Insgesamt wird die Verbesserung sehr positiv eingeschätzt. Die Inhalte (z.B. bauliche Maßnahmen oder Konfliktmanagement durch den Quartiersmanager) und Wirkungen der einzelnen Maßnahmen sind anhand der Ergebnisse der Online-Befragung und Fallstudienenerhebung in den Kapiteln 4.2.2 bis 4.2.16 dargestellt.

Insgesamt werden die Maßnahmen und Veränderungen, die auf Quartiersebene mit dem Programm Soziale Stadt erreicht werden können, sehr positiv bewertet. So hat sich laut Onlinebefragung in knapp 95 % der Programmgebiete das Image des Stadtteils verbessert (vgl. Abbildung 22). In gut 90 % der Programmgebiete werden positive Veränderungen an Schulen und in Jugendeinrichtungen als Folge der Projektarbeit gesehen. Auch die Aussage „Mit den angewandten institutionalisierten Formen der Kriminalprävention wurden gute Erfahrungen gemacht“ findet hohe Zustimmung (85,5 %). In fast zwei Dritteln der Programmgebiete hat sich seit Aufnahme in das Programm Soziale Stadt das subjektive Sicherheitsgefühl deutlich verbessert. Mit der Aufnahme in das Programm konnten auch Konflikte vermieden werden (56,6 %).

Abbildung 22: Verbesserung der Lebenssituation im Quartier der Bewohnerinnen und Bewohner insgesamt in den Programmgebieten



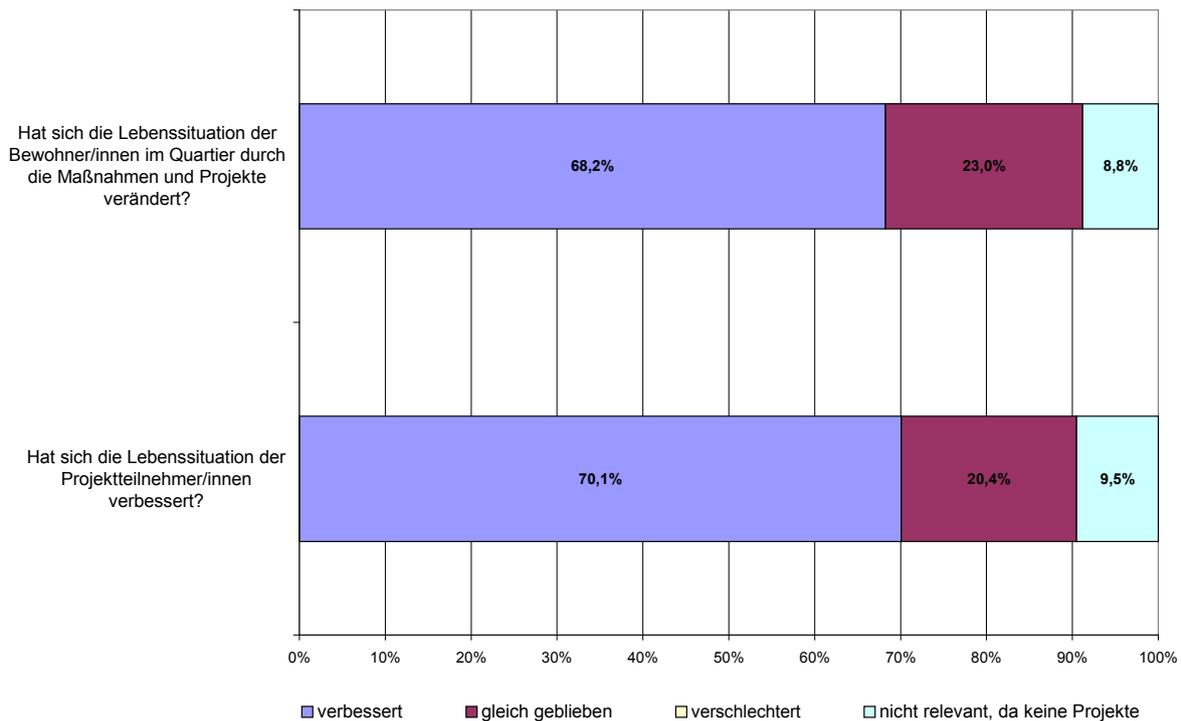
Frage: Im Folgenden sind Aussagen zum Thema Gewalt- und Kriminalprävention im Rahmen des Programms Soziale Stadt formuliert. Bitte geben Sie an, ob Sie den Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen würden:

Anmerkung: ohne keine Angabe, 100 % sind jeweils diejenigen, die auf die Frage geantwortet haben.

Quelle: Eigene Erhebungen

empirica

In gut zwei Dritteln der Programmgebiete hat sich durch die Maßnahmen die Lebenssituation im Quartier für die Bewohner insgesamt verbessert. Ähnlich wird die Verbesserung der Lebenssituation im Quartier der Projektteilnehmer eingeschätzt (vgl. Abbildung 23). Auch die Einschätzung der befragten Experten in den Fallstudiengebieten bestätigt dieses Ergebnis. Laut ihren Kontakten mit den Bewohnern und Projektteilnehmern vor Ort unterstreichen sie, dass viele der initiierten Projekte und Maßnahmen sowohl im Wohnumfeld aber auch im Rahmen von zielgruppenspezifischen Projekten oder Beteiligungsverfahren zu einer höheren Zufriedenheit und verbesserten Lebenssituation geführt haben. Die Bandbreite der Beispiele ist weit: Sie reicht von der Beseitigung von Angsträumen im Außenraum, oft einhergehend mit einem attraktiveren und besser nutzbaren Wohnumfeld, bis hin zu Unterstützungsmaßnahmen für einzelne Familien, Jugendliche und Kinder (vgl. Kap. mit Praxisbeispielen).

Abbildung 23: Verbesserung der Lebenssituation in den Programmgebieten

Fragen: Hat sich die Lebenssituation der Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier durch die Maßnahmen und Projekte verändert? / Hat sich die Lebenssituation der Projektteilnehmer/innen verändert?

Anmerkung: ohne keine Angabe, 100 % sind jeweils diejenigen, die auf die Frage geantwortet haben.

Quelle: Eigene Erhebungen

empirica

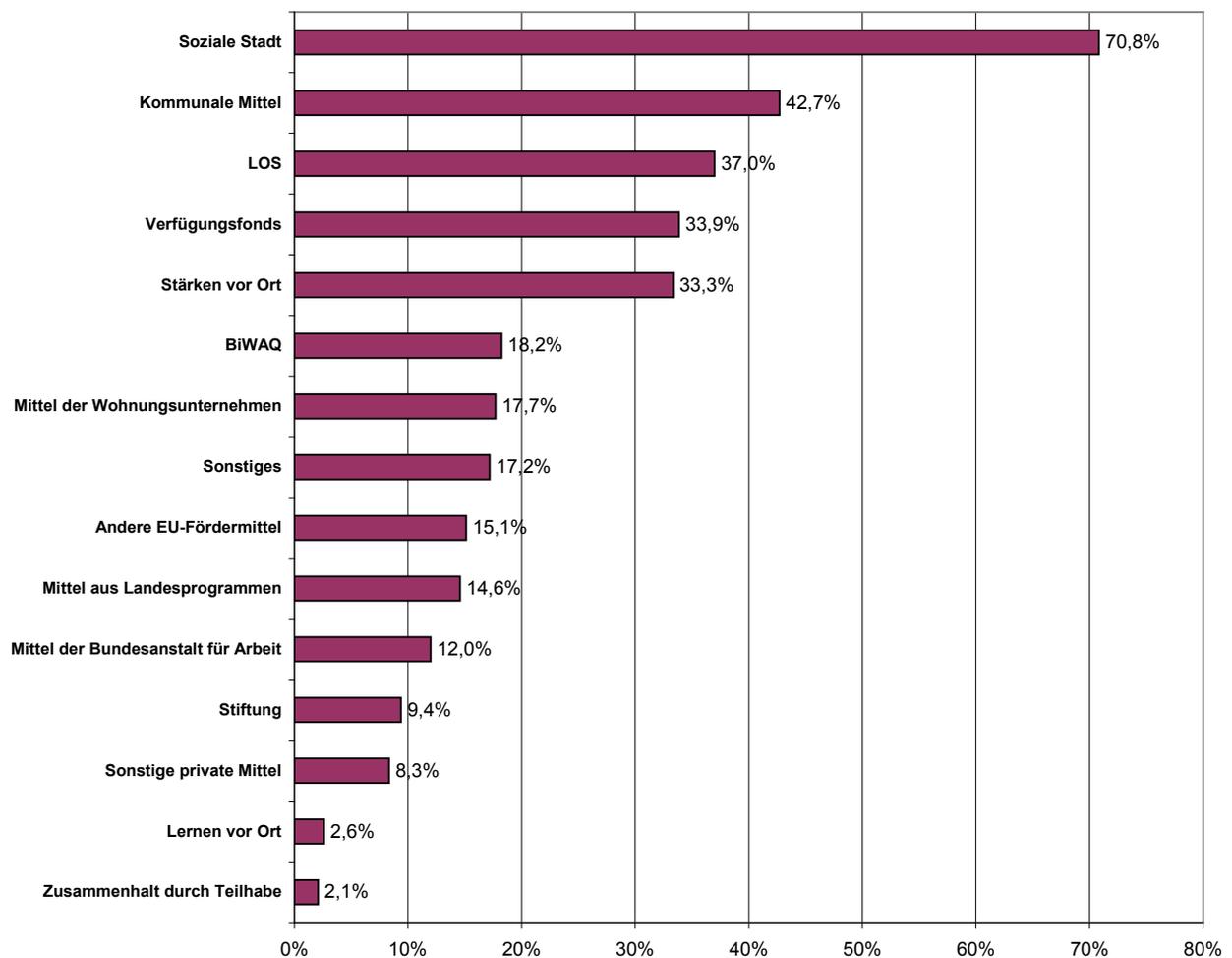
4.2.18 Finanzierung der Maßnahmen

Maßnahmen mit direkter wie auch indirekter Wirkung zur Gewalt- und Kriminalprävention in den Sozialen Stadt-Gebieten werden überwiegend mit Mitteln aus dem Programm finanziert (70,8 %) (vgl. Abbildung 24). Daneben werden kommunale Mittel (42,7 %), Mittel aus dem Programm „Lokales Kapitel für soziale Zwecke (LOS) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (37,0 %), aus dem Verfügungsfonds (33,9 %) oder dem Programm „Stärken vor Ort“ des BMFSFJ (33,3 %) eingesetzt. Sonstige Finanzierungsquellen kommen je nach inhaltlicher Ausrichtung der Maßnahmen zum Einsatz (z.B. „BIWAQ – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ des BMVBS für Bildungs- und Arbeitsförderungsprojekte oder „Lernen vor Ort“ des BMBF zur Entwicklung von lokalen Bildungsmanagements, die lebenslanges, aufeinander abgestimmtes Lernen für alle Bürger ermöglichen). Hervorzuheben ist, dass sich auch die Wohnungsunternehmen in 17,7 % der Gebiete an der Finanzierung der Maßnahmen beteiligen.

Diese Situation findet sich in den Fallstudien vor Ort wieder. Der überwiegende Teil der Maßnahmen und Projekte, die sich direkt oder indirekt mit dem Thema Gewalt- und Kriminalprävention beschäfti-

gen, werden aus dem Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt finanziert. Dazu zählt auch die Arbeit des Quartiersmanagers, der bei vielen Fallstudien durch seine koordinierende Tätigkeit der Programmmaßnahmen (zwischen den Arbeitsebenen, aber auch zur Einbindung der Bewohner) sowie Konfliktmanagertätigkeit wie zum Beispiel in Raunheim, einen wesentlichen Beitrag zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention beiträgt. Daneben spielen bei den Fallstudien ergänzende mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierte Förderprogramme wie zum Beispiel LOS, das Nachfolgeprogramm Stärken vor Ort und BIWAQ eine Rolle.

Abbildung 24: Finanzierung der Maßnahmen



Frage: Wie wurden die Maßnahmen/Projekte finanziert?

Anmerkung: Mehrfachnennungen möglich, Prozentangaben beziehen sich auf alle 192 Gebiete, die geantwortet haben.

Quelle: Eigene Erhebungen

empirica

5. Werkstattgespräch mit Experten

Im Rahmen des ExWoSt-Forschungsprojektes erfolgte auch ein Werkstattgespräch mit rd. 35 Experten. Die Teilnehmerrunde des ressortübergreifenden Werkstattgesprächs setzte sich neben dem einladenden Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung aus Vertretern der Bundesministerien des Innern, für Justiz und Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz, verschiedenen Landesministerien, der Polizei sowie kommunalen Vertretern aus Verwaltung, Institutionen und Vereinen zusammen. Ergänzt wurde die Runde durch wissenschaftliche Vertreter von Stiftungen, Hochschulen und privaten Instituten.

Das Fachgespräch diente dazu, die Zwischenergebnisse der Studie vorzustellen und mit den Experten zu erörtern. Weiterhin wurden Ergebnisse aus den unterschiedlichen Fallstudien präsentiert. Erfolge, Hemmnisse und Handlungserfordernisse, die im Rahmen des Programms Soziale Stadt erkennbar sind, wurden diskutiert sowie über die Erfahrungen aus anderen Programmen (z. B. „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern) berichtet. Im Folgenden werden die wesentlichen Ergebnisse dargestellt.

5.1 Zusammenhänge von Kriminalprävention und Sozialraum

In der Diskussion der Experten wurde auf den hohen Stellenwert der Nachbarschaften als „starker Schutzfaktor“ hingewiesen. Die Befragungen und Fallstudien zeigten zudem, dass die Quartiersebene einen hohen Einfluss auf das subjektive Unsicherheitsgefühl und damit die Lebensqualität der Bewohner hat. Hier wurde in der Diskussion auf den Unterschied zwischen dem Image und der subjektiv empfundenen Sicherheitslage verwiesen. Das häufig negative Image von belasteten Quartieren wirkt meist vor allem nach außen (negatives Außenimage), während die subjektiv empfundene Sicherheit im Wohnquartier demgegenüber in erster Linie die Wahrnehmung der Bewohner selber umfasst. Hier kann es erhebliche Diskrepanzen geben. Wenn z.B. durch städtebauliche Maßnahmen Angsträume entschärft werden und sich das Sicherheitsempfinden der Bewohner spürbar verbessert, kann gleichzeitig weiterhin ein negatives Außenimage bestehen bleiben.

Ein wesentliches Ergebnis der Diskussion war, dass die subjektive Unsicherheit in einem hohen Maß durch den baulichen Zustand und die Wohnsituation geprägt wird. In diesem Zusammenhang wurde auf den Stellenwert der investiven baulichen Maßnahmen der Sozialen Stadt hingewiesen. In der Praxis hat sich gezeigt, dass z.B. die Neugestaltung und Pflege von Plätzen, Gebäuden, Eingangsbereichen und Wegführungen, klare Zonierungen für unterschiedliche Nutzergruppen und gute Beleuchtungen die Lebensqualität und das subjektive Sicherheitsempfinden der Bewohner deutlich verbes-

sern kann. Mit Blick auf die Außenwahrnehmung kann eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu konkreten, erfolgreichen Maßnahmen auf das Außenimage aus Sicht von Bewohnern anderer Stadtteile Einfluss nehmen. Aus Sicht der Experten muss jedoch vermieden werden, dass „reine Marketingmaßnahmen“ ohne tatsächliche Verbesserungen und Gebietserfolge durchgeführt werden. Erfahrungen zeigen, dass dieses Herangehen langfristig ins Gegenteil umschlagen kann und auch bei den Bewohnern selbst zu hoher Frustration führt.

5.2 Das Quartier als zentrale räumliche Ebene für konkrete integrierte Maßnahmen der Kriminalprävention

Im Ergebnis wurde übereinstimmend festgehalten, dass die integrierte Quartiersperspektive mit Blick auf städtebauliche Maßnahmen als auch auf sozial präventive Herangehensweisen – wie sie in den Quartieren der Sozialen Stadt umgesetzt wird – den Handlungsanforderungen in den Quartieren entspricht. Damit ist das Quartier die zentrale räumliche Ebene für die konkrete Umsetzung der Kriminalprävention. Bauliche und soziale Maßnahmen gehen idealerweise Hand in Hand. Die Akzeptanz für quartiersbezogene, sozialintegrative Maßnahmen steigt, wenn sich gleichzeitig baulich etwas verändert: damit wird für die Bewohner unmittelbar ersichtlich, dass sich etwas „bewegt“. Sozialintegrative Maßnahmen selbst sind zunächst eher individuell oder zielgruppenbezogen wahrnehmbar und haben eine geringere „Außenwirkung“.

Ergänzend dazu wird aus Schleswig-Holstein berichtet, dass in verschiedenen Soziale Stadt-Gebieten im Rahmen von Modellvorhaben der Sozialen Stadt (bis 2010 förderfähig; Umsetzung bis 2014) Maßnahmen für Stadtteilschulen gefördert werden. Die Schulen werden jeweils für den Stadtteil geöffnet, indem Angebote für Bewohner des Stadtteils in der Schule angesiedelt werden. Zu den Zielsetzungen gehört vor allem die Förderung der Elternarbeit (u.a. verbesserte Zusammenarbeit von Eltern, Lehrern und Pädagogen). Angebote wie zum Beispiel „Gesundes Kochen“ sollen gerade Familien mit Migrationshintergrund einen niedrigschwelligen Zugang in die Schule ermöglichen. Darüber hinaus können den Eltern dabei auch kriminalpräventive Angebote wie Erziehungshilfen oder Beratungsleistungen näher gebracht werden.

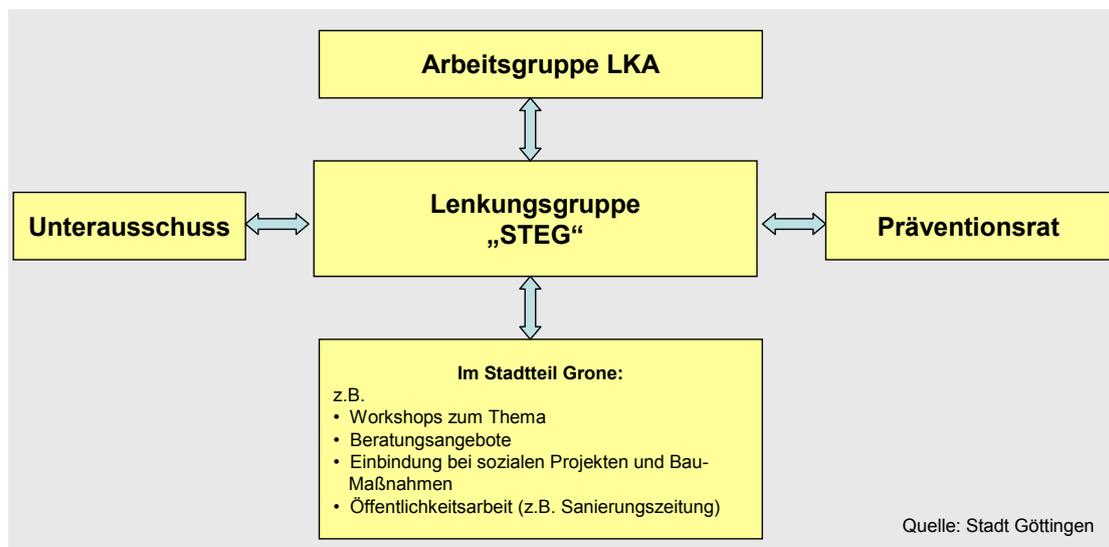
Seitens des KFN gehen Forderungen an die Öffnung von Stadtteilschulen noch weiter. Aus Sicht dieser Experten wäre es sinnvoll, wenn Stadtteilschulen auch die Rolle von Freizeitzentren übernehmen. In diesem Zusammenhang wurden Ergebnisse der KFN-Studie zu dem „Kippen von Freizeitzentren“ in Großstädten geschildert. Diese Entwicklung kann durch eine homogene Besetzung der Zentren von bestimmten Jugendgruppen und damit gegebenenfalls einer Dominanz von negativen Verhaltensvorbildern entstehen. In der Konsequenz sollten aus Sicht der KFN-Experten Stadtteilschulen die Rolle der Freizeitzentren übernehmen und zu Trägern der Freizeitgestaltung (u.a. Sportangebote, musi-

sche Angebote und Kreativangebote) werden. Dies würde aus Sicht der Experten einer einseitigen Entwicklung einiger Freizeitzentren entgegenwirken.

In der Diskussion ergänzt wurde auch der Hinweis, dass die quartiersbezogenen Ansätze immer in eine gesamtstädtische Strategie eingebunden sein sollten. In diesem Zusammenhang wurde auf die Arbeit und Rolle der Präventionsräte hingewiesen, die mit einem gesamtstädtischen Blick auch auf Quartiersebene agieren. Zudem gibt es Stadtgebiete, meist in den Innenstadtbereichen, in denen sich Kriminalitätsdelikte häufen. Diese Bereiche werden zu Austragungsorten, ohne dass ein unmittelbarer Bezug zum eigenen Wohnumfeld von Täter und / oder Opfer besteht. Dieses Phänomen erfordert eigene Konzepte, die sich von den eher wohnräumlichen Quartiersansätzen unterscheiden. Häufiger ist hier die Integration ordnungspolitischer Maßnahmen erforderlich.

5.3 Quartiersmanagement als Scharnier der querschnittsorientierten Entwicklung

In der Diskussion wurde festgehalten, dass die Kriminalprävention als übergreifendes Thema mit städtebaulichen, ordnungspolitischen oder sozialintegrativen Ansätzen nicht als gesondertes Handlungsfeld berücksichtigt werden sollte. Es ist ein Querschnittsthema, das in integrierte Quartiersentwicklungsansätze eingebunden werden muss. Am Beispiel der Stadt Göttingen wurde deutlich, wie die Themen der Gewalt- und Kriminalprävention in diesem Kontext eingebunden sind: die gemeinsame Federführung für den Soziale Stadt-Prozess haben das Bau- und Sozialdezernat, die gemeinsam mit dem Quartiersmanagement die Lenkungsgruppe stellen und für die Entwicklung und Umsetzung aller Maßnahmen verantwortlich sind. In der Verwaltung wurden die Fachbereiche Jugend, Beschäftigungsförderung, Stadtgrün und Umwelt, Sport, Soziales etc. in die Arbeit eingebunden, eine ressortübergreifende Kooperation ist selbstverständlich. Über den Unterausschuss Sanierung als institutionalisiertes Begleitgremium (paritätisch besetzt aus neun Bürgervertretern und neun politischen Vertretern) findet eine kontinuierliche Abstimmung und Zusammenarbeit mit externen Akteuren statt. Die Partner vor Ort wurden über eine intensive Netzwerkarbeit in verbindliche Strukturen eingebunden (AG's, projektbezogene Workshops, Runder Tisch/Stadtkonferenz, Stadtteilforen u.a.). Neben dem Unterausschuss wurde des Weiteren ein Präventionsrat eingerichtet, der sich insbesondere mit dem Thema der Unsicherheitsfaktoren im öffentlichen und privaten Raum auseinandergesetzt hat und eng mit der Lenkungsgruppe und den weiteren Strukturen verknüpft war.

Abbildung 25: Modellprojekt Kriminalprävention im Städtebau „Sicheres Wohnen in Grone“

In der öffentlichen Diskussion wird die Bedeutung der Quartiersentwicklung mit Blick auf die kriminalpräventiven Wirkungen oft nicht erkannt. Viele Projekte und Maßnahmen wirken kriminalpräventiv, obwohl sie nicht unter diesem Ziel erfolgen. Dies unterstreicht die Querschnittsaufgabe der Kriminalprävention.

Für die Umsetzung der integrierten Quartierskonzepte sind Quartiersmanager vor Ort eine wichtige Voraussetzung. Erfolgreiche Beispiele des Quartiersmanagements finden sich dort, wo eine konsequente horizontale Steuerung in der Verwaltung stattfindet und die Quartiersarbeit nicht isoliert von der Verwaltung erfolgt. Quartiersmanagement hat damit auch einen Einfluss auf die verschiedenen Bereiche innerhalb der Verwaltung, was unter anderem gerade für das Querschnittsthema der Kriminalprävention ein Erfolgskriterium ist. Betont wird dabei auch die Scharnierfunktion der Quartiersmanager. Sie erfüllen diese Funktion innerhalb der Verwaltungsressorts und Behörden, aber auch in der Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft, den Schulen, der Polizei, den Trägern und Vereinen und nicht zuletzt Bewohnern. Die guten Beispiele zeigen, dass gerade diese Verbindungen und Netzwerke entscheidende Erfolgsfaktoren für kriminalpräventives Handeln sind.

5.4 Beobachtung und Erfassung von Wirkungen

Diskutiert wurde, dass sich die projektverantwortlichen Beteiligten künftig intensiver als bisher mit den Wirkungen von Maßnahmen und Quartiersansätzen auseinandersetzen sollten. Die integrierten Zielsetzungen und Maßnahmen können bisher kaum auf ihre Erfolge überprüft bzw. bewertet werden. Voraussetzung hierfür ist, dass Zielsetzungen zeitlich und räumlich konkretisiert und auf der Grundlage gemeinsamer klarer Zielformulierungen Bewertungsmaßstäbe entwickelt werden. Erst dadurch werden Veränderungsprozesse auch im Bereich der Gewalt- und Kriminalprävention messbar und sichtbar.

Auf städtischer Ebene kann durch den Einsatz eines Monitorings mithilfe kleinräumiger Daten bereits eine Früherkennung von städtebaulichen und sozialen Missständen erfolgen. Dies ermöglicht es, dass je nach Problemlage bereits präventiv wirkende Maßnahmen und Programme eingeleitet werden können. Solche frühen Präventionen könnten auch ohne Programmaufnahme, initiiert durch die Kommune, erfolgen. In der Regel benötigen Kommunen, die keine öffentliche Förderung durch die Programmteilnahme Soziale Stadt erhalten, hierbei aber ebenfalls Unterstützung, sei es durch entsprechende Instrumente (Leitfäden, Qualifizierungsangebote, Erfahrungsaustausch) oder andere finanzielle Förderung (z.B. privat, Stiftungen, Vereine).

5.5 Lokales Engagement als wichtige Ressource der Gewalt- und Kriminalprävention

Die Erfahrungen in einem Stadtteil in Donauwörth, bei dem hohe Kriminalitätsbelastungen zu einem extrem schlechten Image des Stadtteils geführt haben, haben gezeigt, was präventive Arbeit leisten kann. Nachdem auf die massiven Probleme mit Jugendlichen zunächst repressiv reagiert wurde, wurde mit der Aufnahme in das Programm Soziale Stadt ein neuer Weg eingeschlagen. Zentraler Erfolgsfaktor für die Aktivierung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund (fast ausschließlich Aussiedler), war der Quartiersmanager. Durch sein Engagement und seine sprachliche Qualifizierung hat er es geschafft, eine Clique von 50 bis 60 Jugendlichen anzusprechen und für Projekte zu gewinnen. Durch Unterstützung des Quartiersmanagers und Ehrenamtliche haben die Jugendlichen, die bis dahin keine Vereinsstrukturen kannten, ein Gebäude für Freizeitnutzungen am Rand der Siedlung neu hergerichtet. Mittlerweile betreiben sie seit mehreren Jahren in eigener Verantwortung das Jugendhaus und haben Vereinsstrukturen aufgebaut. In Kombination mit anderen Maßnahmen (v.a. bauliche Maßnahmen und Aufwertungen im Außenraum) hat dies innerhalb weniger Jahre die Wahrnehmung des Stadtteils einschließlich der subjektiven Kriminalitätswahrnehmung der anderen Bewohnerinnen und Bewohner ins Positive gelenkt. Die Jugendlichen werden von den Anwohnern nicht mehr

als Bedrohung und Störenfriede im Stadtteil gesehen und die vorher regelmäßigen nächtlichen Anrufe bei der Polizei wegen Ruhestörungen etc. durch (betrunkene) Jugendliche bleiben vollständig aus.

5.6 Ressortübergreifende Zusammenarbeit auf Landes- und lokaler Ebene

Auf der kommunalen Ebene sind integrierte Handlungskonzepte eine Fördervoraussetzung für die Soziale Stadt. Ein Beispiel für ressortübergreifende Zusammenarbeit auf der Landesebene ist die interministerielle Arbeitsgruppe in Nordrhein-Westfalen. Ähnliche Ansätze werden auch in anderen Bundesländern wie z. B. Berlin und Hamburg verfolgt. Die Auswahl der Gebiete durch die interministerielle Arbeitsgruppe in NRW erfolgt nur dann, wenn gewährleistet ist, dass in den wesentlichen Handlungsbereichen auch andere Ressorts tätig werden. Das betrifft den Wohnungsbau (auch Unternehmen), den Bildungsbereich sowie den Umweltbereich. In der Umsetzung funktioniert es letztlich nicht immer idealtypisch, aber die Städtebauförderung mit dem Programm Soziale Stadt hat eine Leitfunktion, an der sich raumbezogen die anderen Ressorts andocken sollten. Förderanträge werden nicht aufgenommen, wenn die ressortübergreifende Kooperation nicht gewährleistet ist.

Daran knüpft das Modellvorhaben der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und der Bertelsmann Stiftung „Kein Kind zurücklassen“ an, das im März 2012 gestartet wurde. Ziel ist es, in den Kommunen Präventionsstrategien zu entwickeln, vorhandene Maßnahmen auf kommunaler und Kreisebene besser und gezielter zu nutzen sowie den Ressourceneinsatz zu optimieren. Die Initiative war zunächst nicht sozialräumlich ausgerichtet. Das Bauministerium hat schließlich erreicht, dass die Initiative als ressortübergreifender Ansatz in den Quartieren der Sozialen Stadt erprobt wird. In einer ersten Phase bis 2015 nehmen 18 Städte und Kreise teil. Auch in dem beim Justizministerium angesiedelten Landespräventionsrat wurde der Gedanke der Sozialen Stadt als ressortübergreifender Ansatz eingebracht.

In der Werkstattdiskussion wurde in diesem Zusammenhang auch auf das Göttinger Beispiel verwiesen, bei dem die ressortübergreifende Gebietszusammenarbeit in Form eines Unterausschusses institutionalisiert wurde. Die Erfahrungen dort haben gezeigt, dass die institutionelle Form wichtig war, um „ernst genommen“ zu werden. Zugleich hat auch die Politik eine neue Rolle in dem Prozess erhalten, was zur Erhöhung der Akzeptanz der integrierten Gebietsaufgaben geführt hat. Auch aus Sicht der Verwaltung war die strukturierte, institutionelle Form ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg.

In der Diskussion wurde ebenfalls darauf aufmerksam gemacht, dass es keine institutionalisierten Formen der ressortübergreifenden Zusammenarbeit auf Bundesebene (Zusammenarbeit der unterschiedlichen Bundesministerien) sowie zwischen Bund und Ländern im Hinblick auf das Thema Ge-

walt- und Kriminalprävention in der Sozialen Stadt gibt. Von den Experten wurde hier ein Handlungsbedarf gesehen, um diese Lücke zu schließen.

5.7 Integrierte Quartiersentwicklung mit Kriminalprävention als kommunale Pflichtaufgabe?

Der Wissenstransfer aus Wissenschaft und praktischer Erfahrung ist eine wichtige Aufgabe, die z.B. mit dem Städtenetzwerk des Deutschen Forums für Kriminalprävention unterstützt wird. In den wissenschaftlichen Erkenntnissen spielt das Quartier als mittelbarer Faktor für deviantes Verhalten und als ein Sozialisationsfaktor eine Rolle. Der Sozialraum eignet sich daher als gemeinsame Klammer für die komplexen Problemlagen und Entwicklungsaufgaben und darin eingebunden auch die kriminalpräventiven Aufgaben. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Organisationsformen einerseits nicht durch die Komplexität der Aufgaben überlastet und andererseits auch nicht auf Einzelthemen isoliert werden. Ebenso sind auch die kommunalen Erfahrungen einzubeziehen. Es gibt jedoch einen erheblichen Widerspruch zwischen der Programmatik der Kooperation, Vernetzung und Bündelung einerseits und der Realität der Zusammenarbeit andererseits. Letztere ist oft durch starke Ressortegoismen und von geringen Budgets geprägt und von persönlichen Faktoren und Differenzen abhängig. Von den Experten wurde angesprochen, dass die Lösung dieser Probleme durch eine Institutionalisierung dieser komplexen Entwicklungsaufgabe nicht erreicht werden kann. Vielmehr ist die inhaltliche Zusammenarbeit der Fachressorts erforderlich. Zudem ist es notwendig, gemeinsame Prioritäten durch die Akteure vor Ort und nicht durch neue Funktionseinheiten zu bestimmen. Die verfügbaren Instrumente z.B. im Rahmen des Programms Soziale Stadt reichen hierfür bereits aus.

In der Diskussion wurde jedoch auch davor gewarnt, durch eine systematische Einbindung der Kriminalprävention in die Soziale Stadt eine Stigmatisierung zu fördern. Es könnte eine Schieflage entstehen, wenn Soziale Stadt nicht aus sozialen und städtebaulichen Missständen, sondern nur aus Sicherheitsüberlegungen heraus initiiert wird und damit benachteiligte Stadtteile immer mit Kriminalität verknüpft werden. Es wird darauf verwiesen, dass das Programm Soziale Stadt kein primär kriminalpräventives Programm ist, sondern dass vielmehr kriminalpräventive Bausteine in komplexe Entwicklungsaufgaben eingebunden werden und viele der Maßnahmen auch eine kriminalpräventive Wirkung haben. Kontrovers diskutiert wurde zudem, in welchem Ausmaß „Unsicherheit“ auch zum urbanen Leben in einer Stadt gehört, insbesondere, da Unsicherheit sehr subjektiv wahrgenommen wird. Gewarnt wurde z.B. vor der Umsetzung von sehr stringenten „nur auf Sicherheit“ ausgerichteten städtebaulichen Maßnahmen, die zu einem Verlust an Aufenthaltsqualität führen könnten. Diese Fachdiskussion bewegt sich allerdings bisher auf einer sehr theoretischen Ebene.

5.8 „Communities That Care“ als geeignetes Instrument zur Ergänzung bzw. Präzisierung der integrierten präventiven Ansätze in der Sozialen Stadt

Aus wissenschaftlicher Sicht beginnt gerade erst der Prozess der Evaluation zur Einbindung von CTC (Communities That Care) in die Soziale Stadt¹³. Theoretisch passen beide Instrumente gut zusammen, CTC als evidenzbasierter instrumenteller Baustein in einer breit angelegten Quartiersstrategie in der Sozialen Stadt.

CTC setzt einen integrierten Ansatz mit Gebietsbezug voraus, der in der Sozialen Stadt gegeben ist. Die Strategie CTC kann in jedem städtischen Gebiet eingesetzt werden, nicht ausschließlich in benachteiligten Gebieten. Inwieweit sich die Prozesse von CTC und Sozialer Stadt sinnvoll verknüpfen lassen, muss sich nun in der Praxis erweisen (siehe hierzu auch Kapitel 4.2.14). Die unterschiedlichen zeitlichen Perspektiven und Handlungsrhythmen können ebenso wie unterschiedlich begründete Gebietsbezüge hinderlich sein. Z.B. musste das Integrierte Handlungskonzept in Göttingen zu einem bestimmten Zeitpunkt vorliegen, zu dem die CTC-Befragungen noch nicht abgeschlossen waren.

Wenn sich die Akteurskooperationen in der Stadtentwicklung insgesamt weiterentwickeln und sich das gebietsbezogene Denken und Handeln in der Kommune etabliert, befördert dies auch Instrumente wie CTC. Dieses kann somit ein Baustein der Stadtteilentwicklungspolitik werden, der in Programmen wie der Sozialen Stadt zur Anwendung kommt.

In der Diskussion wurde in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, dass kriminalpräventive, sozial-integrative Maßnahmen mit den Zielsetzungen der Geschlechtergerechtigkeit, Integration und Demographiesensibilität umgesetzt werden und daher im Kern in den Fokus der Sozialen Stadt passen. Somit ist eine hohe inhaltliche Anschlussfähigkeit von Instrumenten wie CTC zur Sozialen Stadt zu erwarten.

5.9 Soziale Stadt als Rahmen für sozialräumliche Kriminalprävention

In den Praxisbeiträgen wurde übereinstimmend sichtbar, dass die praktische Umsetzung vieler kriminalpräventiver Maßnahmen integrierte Ansätze und vor allem auch den Raumbezug im Quartier braucht. Auch der in den Praxisbeispielen sichtbare hohe Stellenwert der quartiersspezifischen subjektiven Unsicherheit verdeutlicht die hohe Relevanz kriminalpräventiver Ansätze in der Quartiersentwicklung.

¹³ In Deutschland wird das Programm seit dem Jahr 2008 in drei Standorten in Niedersachsen implementiert, erprobt und evaluiert. Ein Standort ist die Göttinger Weststadt mit SPIN (Sozialräumliche Prävention in Netzwerken)

Dabei bilden bauliche Maßnahmen oft einen sichtbaren Ankerpunkt - auch für sozialintegrative Maßnahmen. Die Soziale Stadt als Programm der Stadtentwicklung und Städtebauförderung kann – eingebettet in eine gesamtstädtische Strategie – diesen Rahmen für das betroffene Quartier bieten. Insbesondere die Strukturen, wie ressortübergreifende Lenkungsgruppen oder das Quartiersmanagement, sind Erfolgsfaktoren für die erfolgreiche Bündelung von Maßnahmen und Aktivitäten und der Projekte der unterschiedlichen Programme der Länder und des Bundes im Quartier.

6. Fazit und Empfehlungen “Gewalt- und Kriminalprävention in der Sozialen Stadt“

Die empirischen Befunde der quantitativen Analysen, der Kommunalbefragung sowie der detaillierten Analyse der Fallstudien bestätigen die quartiersbezogene Relevanz kriminalpräventiver Ansätze. Diese Relevanz wurde im Rahmen des Werkstattgesprächs bestätigt.

In den untersuchten Programmgebieten spielen Gewalt und Kriminalität auf zwei grundsätzlich unterschiedlichen Ebenen eine Rolle. Da ist zum einen die individuelle Perspektive, die sich darin ausdrückt, dass es in einem Großteil der Programmgebiete eine „gefühlte“ Unsicherheit gibt. Die gefühlte Unsicherheit basiert nicht unbedingt auf tatsächlicher Gewalt oder Kriminalität in den untersuchten Wohngebieten. In der Regel handelt es sich vielmehr um räumliche Missstände, die Angst vor Kriminalität erzeugen. Auch die Sonderauswertung verdeutlicht den Zusammenhang zwischen der strukturellen räumlichen Belastung und der Kriminalitätsfurcht, obwohl empirisch keine höhere Kriminalitätsbelastung nachweisbar ist.

Die zweite Ebene betrifft die nachweisbaren konkreten Gewalttaten und kriminelles Verhalten. Allerdings spielt diese Ebene, im Vergleich zur ersten, weniger häufig eine Rolle. Konkrete Beispiele sind Gewalt und Aggression an Schulen, Bandenkriege in der Nachbarschaft, Vandalismus oder Diebstahl sowie familiäre Gewalt.

Die Programmgebiete der Sozialen Stadt bieten mit dem integrierten Gebietsentwicklungsverständnis einen geeigneten Rahmen, um querschnittsorientierte kriminalpräventive Maßnahmen und Strategien umzusetzen. Eine zentrale Strategie des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt ist, durch überwiegend bauliche Maßnahmen, die sich auf die Gesamtentwicklung des Quartiers ausrichten, eine Basis für das „Andocken“ von Programmen anderer Ressorts zu bieten. So können (Frei-) Räume geschaffen werden, die durch Bildungs- und Freizeitangebote anderer Ressorts „bespielt werden“ und als Orte qualifiziert werden, die z.B. auf die Akzeptanz von Jugendlichen stoßen können und damit kriminalpräventiv wirksam sind. Es gibt Beispiele dafür, wie im Rahmen des Programms Soziale Stadt, Orte wie z.B. Schulen oder Jugendeinrichtungen, als Orte der Anerkennung und des Vertrauens qualifiziert und damit konkrete Gewalttaten und kriminelles Verhalten (Ebene 2) verhin-

dert werden. Damit ist die Basis für eine Prävention, aber auch Vermeidung von weiterem delinquenten Verhalten geschaffen. Kriminalprävention sollte daher auch zukünftig als ein querschnittsorientierter Baustein der Gebietsentwicklung im Rahmen der Sozialen Stadt verankert sein.

Ein anderer Aspekt, der viele Bewohner sehr belastet ist das negative Außenimage, das die Programmgebiete oft stigmatisiert. Durch das negative Image von außen wird suggeriert, dass in dem Wohngebiet Gewalt und Kriminalität tatsächlich eine Rolle spielt. Dies befördert auch die gefühlte Unsicherheit. Die baulichen Veränderungen bilden häufig sichtbare Ankerpunkte und Aufenthaltsorte und verbessern die subjektive Sicherheitswahrnehmung, die Einstellung zum Quartier sowie das Image.

Die Erfahrungen in den Programmgebieten zeigen, dass die ressortübergreifende Arbeit vor Ort ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg ist. Dies gilt oft noch nicht für die Zusammenarbeit auf Länder- und Bundesebene. Der Einsatz von verschiedenen Förderprogrammen der jeweiligen Bundes- und Landesministerien ist in der Praxis oft bürokratisch (unterschiedliche Antragsverfahren) und erschwert damit die Arbeit vor Ort im Sinne eines effektiven Mittel- und Maßnahmeneinsatzes für die Gewalt- und Kriminalprävention. Ein Beispiel dafür ist, dass Sozialarbeiter an Grundschulen – um Vertrauen zu Schülern und Eltern aufzubauen, familiäre Gewalt nachzuweisen und entsprechende Lösungen zu finden – in vielen Bundesländern nicht finanziert werden. Eine Finanzierung über das Programm Soziale Stadt ist nicht möglich. Sind keine passgenauen additiven Programme vorhanden, fehlt eine Schnittstelle, um delinquentem Kinder- und Jugendverhalten im Quartier präventiv und systematisch zu begegnen.

Aus den Ergebnissen und Diskussionen können folgende Empfehlungen für die Umsetzung bzw. die Weiterentwicklung der Sozialen Stadt mit Blick auf die Kriminalprävention formuliert werden:

Bund/Länder

In den Gebieten der Sozialen Stadt werden zahlreiche Projektangebote und Sonderprogramme unterschiedlicher Ressorts umgesetzt. Diese haben verschiedene Zielgruppen und besondere Problemsituationen im Fokus (z.B. Jugendliche ohne Schulabschluss/Ausbildung, Rechtsextremismus). Die Bündelung der Maßnahmen ist sehr schwierig, weil die Schnittstellen oft erst geschaffen werden müssen. Träger beklagen, dass dies aufgrund der unterschiedlichen Programmlaufzeiten nicht immer effektiv gestaltbar ist. Zudem ist die Vernetzungsarbeit oft nicht Bestandteil des Programms.

- Das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt bietet mit seinem sozialraumbezogenen Ansatz im Quartier bereits viele Möglichkeiten für eine gebündelte quartiersorientierte Gewalt- und Kriminalprävention. Aus diesem Grund sollte kein zusätzliches Gebietsprogramm mit kriminalpräventivem Schwerpunkt initiiert werden. Vielmehr sollte der erfolgreiche Einsatz der Sozialen Stadt noch stärker mit weiteren, bestehenden Programmen für die Arbeit vor Ort gebündelt werden.
- Die vorhandenen Programme und Instrumente sind durch eine intensivere ressortübergreifende Abstimmung (vor allem auf Bundesebene) und gegenseitige Kompatibilität mit Blick auf die quartiersbezogenen kriminalpräventiven Aufgaben zu qualifizieren. Hierzu bedarf es insbesondere auf Bundesebene einer entsprechenden Lenkungsgruppe und des politischen Willens. Folgende thematische Zuständigkeiten sollten ressortübergreifend eingebunden werden: z.B. Bauen/Wohnen, Jugend, Soziales, Bildung sowie Sicherheit und Recht, um ggf. die Ansätze zu verstetigen oder nachzujustieren. Ein ergänzender Weg sind regelmäßige Berichte auf Bundesebene zu den praxisrelevanten Fortschritten der ressortübergreifenden Zusammenarbeit und Abstimmung „quartiersbezogener Kriminalprävention“.
- Das gebietsbezogene Programm Soziale Stadt sollte eine – für andere Ressorts anschlussfähige – räumliche Leitfunktion übernehmen. Bei den Vorgaben von Bund und Ländern für die integrierten Handlungskonzepte ist darauf zu achten, dass Handlungsbereiche der Gewalt- und Kriminalprävention identifiziert werden, bei denen andere Ressorts (z.B. im Rahmen einer Lenkungsgruppe vor Ort) kooperieren können (Absprache der Maßnahmen, finanzielle Mittel).
- Finanzierungsvoraussetzungen für alle quartiersbezogenen Ansätze – auch die der Gewalt- und Kriminalprävention - sollten sein:
 - Einbindung quartiersbezogener Ansätze in eine gesamtstädtische Strategie
 - Verstetigung von Ansätzen der Gewalt- und Kriminalprävention durch eine langfristige Einbindung in die Regelstrukturen und Aufgaben der verschiedenen Ämter der Verwaltung, z.B. Jugend, Soziales, Stadtentwicklung
 - Praxistaugliche Methoden und Grundlagen zur Erfassung und Bewertung von Wirkungen gebietsbezogener Veränderungen

- Die Qualität des Quartiersmanagements ist ein zentraler Erfolgsfaktor der integrierten Gebietsentwicklung. Ein Anforderungs- und Kompetenzprofil im Hinblick auf kriminalpräventive Tätigkeiten sollte als Hilfestellung für die Vor-Ort-Besetzung in Form einer Qualifizierung abgestimmt und entwickelt werden (z.B. ein Leitfaden oder ein Lehrgang/eine Weiterbildung, die von Bund und Ländern organisiert werden).
- Die Anschlussfähigkeit des evidenzbasierten Instruments „Communities That Care“ (CTC) als Baustein einer Gebietsstrategie im Rahmen der Sozialen Stadt sollte in verschiedenen Städten erprobt werden.

Kommunen/Quartiere

- Die Kriminalbelastungen und sicherheitsrelevanten Anforderungen sollten vor Ort (Kommune in Zusammenarbeit mit Quartiersmanagement) differenziert beobachtet und in die integrierten Handlungskonzepte eingebunden werden. Für die untersuchten Programmgebiete der Sozialen Stadt liegen in der Regel keine statistischen Daten vor. Die Analysemöglichkeiten kleinräumiger amtlicher Polizeistatistiken sind deshalb zu verbessern. Hierzu sollte die Expertise der Polizei, Ordnungsämter sowie Jugend- und Sozialarbeiter, die vor Ort tätig sind, genutzt werden.
- Das subjektive Sicherheitsempfinden der Quartiersbewohner und -besucher sowie das schlechte Stadtteilimage sollten dazu systematisch und strukturiert (z.B. durch Befragungen) in die konzeptionellen und strategischen Arbeitsgrundlagen einfließen. Dies kann im Rahmen der Erarbeitung des integrierten Handlungskonzeptes geschehen und im Verlauf des Prozesses durch Evaluationen weiterentwickelt werden.
- Entsprechend der jeweiligen Rahmenbedingungen vor Ort sollten individuelle Gebietsstrategien und Handlungsprioritäten „gemeinsam“ (Kommune in Absprache mit Quartiersmanagement) formuliert werden. Empfehlungen in Form von Checklisten zur Einbindung der relevanten Personen und Institutionen (Netzwerkarbeit) sollten entwickelt werden.
- Mit Blick auf die öffentliche Diskussion und Akzeptanz sollten die kriminalpräventiven Wirkungen der integrierten Quartiersentwicklung durch die Stadt bzw. das Quartiersmanagement für die Bewohner der Quartiere kommuniziert werden.
- Ziele sollten operationalisierbar formuliert werden, das heißt, dass konkrete Maßnahmen entwickelt werden können.
- Sichergestellt sollte sein, dass das Quartiersmanagement in die Steuerungsprozesse der relevanten Verwaltungsressorts eingebunden wird.

Quartiersbezogene Strategien und Ansätze sind eine wesentliche Ergänzung und Konkretisierung kommunaler Gewalt- und Kriminalprävention auf Stadtteilebene. Dadurch können kurz- und mittelfristig insbesondere städtebauliche Maßnahmen sozialräumlichen Belastungen durch Kriminalitätsfurcht entgegenwirken und daraus resultierende negative Folgewirkungen positiv beeinflussen. Mittel- und langfristig können darüber hinaus insbesondere soziale Maßnahmen helfen, negative sozialisationsbezogene Einflussfaktoren zu vermeiden. Idealerweise kombinieren Sozialraumstrategien städtebauliche und soziale Herangehensweisen in einem integrierten, passgenauen Ansatz.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt in besonderer Weise geeignet ist, um gewalt- und kriminalpräventiv in den Quartieren zu agieren. Deshalb sollte dieses Handlungsfeld auch zukünftig weiterhin explizit in der Verwaltungsvereinbarung erwähnt werden, damit Maßnahmen zur Gewalt- und Kriminalprävention vor Ort über das Programm initiiert werden können. Die Strukturen (z.B. Lenkungsgruppen, Steuerungsgremien, Quartiersmanagement), die in den einzelnen Kommunen im Rahmen des Programms aufgebaut wurden, bieten eine gute Grundlage zur Bündelung. Die Bandbreite der dargestellten Beispiele macht deutlich, dass unterschiedliche Ebenen (individuelles Empfinden und konkrete tatsächliche Gewalt und Kriminalität) bedient werden müssen (v.a. in Bezug auf den Einsatz der finanziellen Mittel).

Die empfohlenen regelmäßigen Berichte auf Bundesebene zu den praxisrelevanten Fortschritten der ressortübergreifenden Zusammenarbeit und Abstimmung können ebenfalls eine wichtige Vorreiterrolle im Sinne der Übertragbarkeit auf andere Quartiere und Kommunen übernehmen.

7. Literaturverzeichnis

Baier, D./Pfeiffer, C./ Rabold, S. (2008): Jugendgewalt und Jugenddelinquenz in Hannover. Aktuelle Befunde und Entwicklungen seit 1998. Forschungsbericht Nr. 105. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KfN). Hannover. Download unter: <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/fb105.pdf>.

Baier, D./Rabold, S. (2009a): Jugendgewalt in segregierten Stadtteilen. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften. 2/2009. S. 35-49. Berlin.

Baier, D./Rabold, S. (2009b): Stadtteile als Bedingungsfaktoren von Jugendgewalt. In: Stadtforschung und Statistik. 01/2009. S. 24-28.

Baier, D./Rabold, S. (2010): Sozialräumlicher Kontext und Jugenddelinquenz. Zum Einfluss von Stadtteileigenschaften auf gewalttätiges Verhalten von Jugendlichen am Beispiel Hannovers. Erscheint in Oberwittler, Dietrich, Rabold, Susann, Baier, Dirk (Hrsg.), Städtische Armutsquartiere - Kriminelle Lebenswelten? Studien zur sozialräumlichen Kontexteffekten auf Jugendkriminalität im nationalen und internationalen Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag.

Baier, D. et. al. (2010): Kinder und Jugendliche in Deutschland. Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum. Forschungsbericht Nr. 105. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KfN). Hannover. Download unter <http://kfn.de/versions/kfn/assets/fob109.pdf>.

Browning, C. R., Feinberg, S. L., Dietz, R. D. (2004): The Paradox of Social Organization: Networks, Collective Efficacy, and Violent Crime in Urban Neighborhoods. *Social Forces*, 83, 503-534.

Crane, J. (1991): The epidemic Theory of Ghettos and Neighborhood Effects on Dropping Out and Teenage Childbearing. In: *The American Journal of Sociology*. Vol. 96. No. 5. S. 1226-1259. Download unter <http://www.uvm.edu/~pdodds/files/papers/others/everything/crane1991a.pdf>.

Floeting, H./Seidel-Schulze, A. (2012): Sicherheit in der Stadt – eine Gemeinschaftsaufgabe. Ergebnisse aus zwei Kommunalbefragungen. Difu-Paper, Berlin.

Haynie, D.L./Silver, E./Teasdale, B. (2006): Neighborhood Characteristics Peer Networks, and Adolescent Violence. *Journal of Quantitative Criminology*. Vol. 22. S. 147-169.

Heinz, W. (2004): Kommunale Kriminalprävention aus wissenschaftlicher Sicht. In: Kerner, H.J./Marks, E. (Hrsg.): *Internetdokumentation Deutscher Präventionstag*. Hannover. Download unter: http://www.uni-konstanz.de/FuF/Jura/heinz/heinz-9-kommunale-kp-vortrag_praeventionstag.pdf.

- Kling, J.R./Ludwig, J./Katz, L.F. (2005): Neighborhood effects on crime for female and male youth: evidence from a randomized housing voucher experiment. In: Quarterly Journal of Economics. Vol. 120. S. 87-130. Download unter http://home.uchicago.edu/~ludwigj/papers/QJE_MTO_Final.pdf.
- Klocke, A./Becker, U. (2003): Die Lebenswelt Familie und ihre Auswirkungen auf die Gesundheit von Jugendlichen. In: Hurrelmann, K. et. al (Hrsg.): Jugendgesundheitsurvey. Weinheim. S. 183-242.
- Kunadt S./Reinecke, J. (2008): Jugendkriminalität und öffentliche Missstände. In: Stadtforschung und Statistik. 01/2008. S. 19-23.
- Kunadt, S. (2010): Sozialräumliche Determinanten der Jugendkriminalität. Test eines Modells informeller Sozialkontrolle zur Erklärung des Gewalthandelns Jugendlicher aus verschiedenen Duisburger Ortsteilen. In: Oberwittler, D./Rabold, S./Baier, D. (Hrsg.): Städtische Armutsquartiere – Kriminelle Lebenswelten? Studien zu sozialräumlichen Kontexteffekten auf Jugendkriminalität und Kriminalitätswahrnehmungen. Wiesbaden.
- Kunz, F. (2011). Kriminelles Verhalten und polizeiliche Registrierung. Selbstberichte von Menschen im höheren Lebensalter. Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 44, 55-65.
- Lukas, T. (2010): Kriminalprävention in Großsiedlungen. Wirkungen baulicher und sozialer Maßnahmen am Beispiel der randstädtischen Neubaugebiete Marzahn Nord und Gropiusstadt. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Band K 152. Berlin.
- Morenoff, J.D./Sampson, R.J./Raudenbush, S.W. (2001): Neighborhood Inequality, Collective Efficacy, and the Spatial Dynamics of Urban Violence. In: Criminology. Vol. 39. S. 517-558. Download unter: http://scholar.harvard.edu/sampson/files/2001_crim.pdf.
- Oberwittler, D. (2003): Geschlecht, Ethnizität und sozialräumliche Benachteiligung - überraschende Interaktionen bei sozialen Bedingungsfaktoren von Gewalt und schwerer Eigentumsdelinquenz von Jugendlichen. In: Lamnek, S. & M. Boatca (Hg.), Geschlecht - Gewalt - Gesellschaft (Otto-von-Freising Tagungen der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, Bd. 4), Opladen: Leske + Budrich, 269-294.
- Oberwittler, D. (2004a): A Multilevel Analysis of Neighbourhood Contextual Effects on Serious Juvenile Offending. The Role of Subcultural Values and Social Disorganization. In: European Journal of Criminology. Vol. 1. S. 201-235.
- Oberwittler, D. (2004b): Stadtstruktur, Freundeskreise und Delinquenz. Eine Mehrebenenanalyse zu sozialökologischen Kontexteffekten auf schwere Jugenddelinquenz. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 43. S. 135-170.

Sampson, R.J./Groves, W.B. (1989): Community Structure and Crime. Testing Social-Disorganization Theory. In: American Journal of Sociology. Vol. 94, No. 4. S. 774-802.

Sampson, R.J./Raudenbush, S.W./Earls, F. (1997): Neighborhoods and Violent Crime: A Multilevel Study of Collective Efficacy. In: Science. Vol. 277. S. 918-924.

Shaw, C. R., McKay, H. D., 1969 (1942): Juvenile Delinquency and Urban Areas: A Study of Rates of Delinquency in Relation to Differential Characteristics of Local Communities in American Cities (Revised Edition). Chicago: University of Chicago Press.

Simons, R. L., Simons, L. G., Burt, C. H., Brody, G. H., Cutrona, C. (2005): Collective Efficacy, Authoritative Parenting, and Delinquency: A Longitudinal Test of a Model Integrating Community- and Family-level Processes. *Criminology*, 43, 989-1029.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.). Datenreport 2006. Teil 11. Öffentliche Sicherheit und Kriminalitätsbedrohung. Wiesbaden.